

Konfliktszenarien im Zusammenhang mit konkreten religiösen Versammlungsräumen der untersuchten religiösen Gemeinschaften in Steiermark und Tirol (Planung, Bau und Betrieb)

- 1. Konkrete Erfahrungen mit der Planung und dem Betrieb von Königreichssälen**
- 2. Konkrete Erfahrungen mit der Planung und dem Betrieb von muslimischen Gebetsräumen**
 - a) Zwei nicht realisierte Bauprojekte in Leoben**
 - b) Geplantes Bauprojekt in Kufstein**
 - c) Rechtsgrundlage und Betrieb von ATIB in Wörgl**
 - d) Errichtung einer/eines Glaubenssäule / Gebetssäule / Stele / Gebetsturms / Moscheeturms / Minaretts in Telfs**
 - e) Das „Islamische Kulturzentrum Graz“ in der Laubgasse**
 - f) Ein trotz Protesten realisiertes Bauprojekt in Knittelfeld**

Die folgende Darstellung zur Planung bzw. zum Betrieb von religiösen Versammlungsräumen basiert zum Großteil auf Medienberichten und in einigen ausgewählten Fällen auch auf Interviews mit Beteiligten.

Hinsichtlich der Frage, wann ein Konflikt auch öffentlich (mit medialer Begleitung) ausgetragen wird, lässt sich feststellen dass es hier kein direktes Verhältnis zwischen einer „Problemgröße“ bzw. der Anzahl betroffener NachbarInnen und dem Grad der medialen Öffentlichkeit bzw. politischen Diskussion gibt. Vielmehr zeigt sich, dass es oft am Engagement weniger AnrainerInnen liegen kann, dass ein Konflikt – im Unterschied zu anderen, vergleichbaren Situationen - in die Medien kommt und damit öffentlich diskutiert wird. Ebenso wurde uns im Laufe des Projektes immer wieder davon berichtet, dass BetreiberInnen von religiösen Versammlungsräumen etwa aufgrund fehlender Nutzungsbewilligungen wiederholt und über Jahre hinweg Verwaltungsstrafen bezahlen müssen, ohne dass diese Vorgänge jemals Eingang in einen öffentlichen politischen oder medialen Diskurs gefunden hätten.

Dadurch kommt es zu eindeutigen Verzerrungen der „Problemlage“ in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung. Dies trifft vor allem für musli-

mische Gebetsräume zu, deren Konflikte, auch im Interesse gewisser beteiligter politischer Parteien, unverhältnismäßig oft in den Medien auftauchen.

Dies ergab auch unsere Detailstudie in Graz, in welcher von uns NachbarInnen und PassantInnen in der Nähe von religiösen Versammlungsräumen hinsichtlich ihrer Erfahrungen zu diesen befragt wurden. Dabei zeigte sich, dass auch die Auswirkungen des Betriebes katholischer Kirchen von befragten AnrainerInnen teilweise als nachteilig empfunden wurden. Es handelt sich dabei um Veranstaltungsauswirkungen (etwa Parkplatznöte, vermehrter Lärmpegel, ...), wie sie in der Nähe vieler Kultur- oder Sportstätten ebenfalls vorkommen. Bestätigt wird dies durch die Erfahrungen von Mediationsprojekten (unter Einbindung etwa des Grazer Büros für Frieden und Entwicklung sowie von Diversity Network Consulting) im Umfeld von christlichen und muslimischen religiösen Versammlungsräumen.

Gerade bei muslimischen Versammlungsräumen lässt sich feststellen, dass Öffentlichkeit oft hergestellt wird durch Aktivitäten von BürgerInneninitiativen und parteipolitische Agitationen, welche sich im Inhalt prinzipiell gegen deren religiöse Versammlungsräume oder gewisse Gestaltungsformen aussprechen. Hier kommt es in der Folge zu einer Verknüpfung der Konfliktsituation mit der Religion an und für sich, ihrer Praxis und der Herkunft der Gläubigen.

Zu unterscheiden sind zudem die Konfliktstrukturen in der Phase des Bauvorhabens und Konflikte aufgrund des Betriebes von religiösen Versammlungsräumen.

Gerade im Bereich von geplanten Projekten von religiösen Versammlungsräumen fällt auf, dass es zu einer Thematisierung der BetreiberInnen- und NutzerInnenstruktur kommt. Dies zeigt sich wiederum vor allem bei muslimischen Projekten, aber auch bei kleineren, weniger bekannten christlichen Gemeinschaften ohne staatliche Anerkennung.

Die Debatte um den Bau und Betrieb religiöser Versammlungsräume ist daher fast regelmäßig verkürzt auf so genannte und zum eigenen Topos ge-

wordene „Moscheebaukonflikte“. Dies führt jedoch zu einer strukturellen Stigmatisierung einer einzelnen religiösen Gemeinschaft und zu einer bereits a priori angenommenen Mutmaßung, dass ein geplanter Bau eines muslimischen religiösen Versammlungsraumes Konflikte auslösen müsse und es daher NUR für diese Gruppe bereits im Vorfeld (bzw. parallel zu behördlichen Bauverfahren?) etwa Mediationsverfahren oder spezielle Anleitungen geben solle.

Der historische Rückblick zeigt jedoch, dass es immer wieder Konflikte und Ressentiments gegenüber gewissen religiösen Gemeinschaften bzw. Minderheiten und ihrer öffentlichen kollektiven Religionsausübung gegeben hat.

Gleichsam als „missing link“ in der Betrachtung der Geschichte der Konflikte um religiöse Versammlungsräume in Österreich - zwischen der Zerstörung jüdischer Synagogen in der Zeit des Nationalsozialismus vor über 70 Jahren und dem Wunsch nach Verhinderung muslimischer Gebetsräume in den letzten beiden Jahrzehnten - erweisen sich die zahlreichen Konflikte um Bauprojekte der Religionsgemeinschaft der Jehovas Zeugen, vorwiegend in den 1980er und 1990er Jahren.

1. Konkrete Erfahrungen mit der Planung und dem Betrieb von Königreichssälen der Jehovas Zeugen in der Steiermark und Tirol

In der Steiermark wurden die Zusammenkünfte der Jehovas Zeugen nach dem Ende des Nationalsozialismus zuerst in verschiedenen Grazer Gasthäusern durchgeführt. Durch den Umbau der ehemaligen Backstube einer Keksfabrik in der Grazer Ballhausgasse stand dann ab den 1950er Jahren ein eigener Königreichssaal für die verschiedenen Grazer Gruppen zur Verfügung.¹ In den kommenden Jahrzehnten wurden weitere Königreichssäle in Graz errichtet. Für die ebenfalls bereits seit den 1960er Jahren existierenden steirischen Gruppen außerhalb von Graz gab es lange Zeit noch keine eigenen Räumlichkeiten:² Einer der ersten Königreichssäle war jener in Weinitzen in der Nähe von Graz, der im Februar 1989 eröffnet wurde.³

Hinsichtlich der in den letzten Jahrzehnten errichteten Königreichssäle lässt sich aus Sicht steirischer Jehovas Zeugen zusammenfassen, dass deren Errichtung trotz Raumordnungs- und Bauordnungsgesetzen in den konkreten Fällen oft von den handelnden Personen vor Ort in den einzelnen Kommunen abhängt. Immer dann, wenn BürgermeisterInnen/PolitikerInnen und Jehovas Zeugen eine Kommunikationsbasis gefunden haben, war es in den Kommunen möglich, dass Kompromisse gesucht und gefunden wurden. So haben BürgermeisterInnen teilweise Standortempfehlungen ausgesprochen und hinsichtlich Flächenwidmungen waren Änderungen möglich.⁴ Genauso kam es jedoch bisweilen vor, dass BürgermeisterInnen bzw. Gemeinden sich teilweise Jahre für das Ausstellen von Bescheiden zu eingereichten Bauvorhaben Zeit gelassen haben bzw. ganz eindeutig aktiv gegen Bauprojekte vorgegangen sind.

¹ Vgl. Jan Schuster: Die Geschichte und Entwicklung der Zeugen Jehovas in Österreich, Diplomarbeit Graz 1998, S. 82. Dieser Bau wurde bis vor einige Jahre genutzt. Das Gebäude wurde inzwischen abgerissen und durch einen Neubau ersetzt.

² Vgl. Jan Schuster: Die Geschichte und Entwicklung der Zeugen Jehovas in Österreich, Diplomarbeit Graz 1998, S. 82f, 97

³ Vgl. Jan Schuster: Die Geschichte und Entwicklung der Zeugen Jehovas in Österreich, Diplomarbeit Graz 1998, S. 83

⁴ Interview mit Bernd Gsell und Michael Schwab, 8. Juni 2013.

Bestands- und Nutzungsstruktur

Bezogen auf die untersuchten Bundesländer **Tirol und Steiermark** lassen sich bei Projekten von **Jehovas Zeugen** folgende Aussagen treffen:⁵

Die meisten Königreichssäle werden innerhalb weniger Wochen als Neubauten mittels einer international bewährten Schnellbauweise⁶ und unter Einbindung zahlreicher HelferInnen errichtet und befinden sich im Eigentum der Jehovas Zeugen, sodass Umnutzungen bereits bestehender Räumlichkeiten nur selten vorkommen. Inzwischen ist der Bedarf an Neubauten gedeckt und, da die Anzahl der Gläubigen recht stabil bleibt, ist in den nächsten Jahren kaum mit einer größeren Anzahl von neuen Königreichssälen zu rechnen. Bei Konflikten wurde von den BetreiberInnen immer wieder der Rechtsweg beschritten, bisweilen durch alle Instanzen und mit wechselndem Erfolg.

Ortsbildfrage: Obwohl Königreichssäle keine hohen Türme oder Glocken besitzen, tauchen im Rahmen der Bauverfahren immer wieder Fragen hinsichtlich der äußeren Gestaltung auf. So mussten bei mehreren Bauprojekten Anpassungen hinsichtlich der äußeren Gestaltung vorgenommen werden. So wurden in Weinitzen u.a. die Dachneigung, Biberschwanzziegel und nach unten gezogene Fenster vorgeschrieben. In mehreren Kommunen, so etwa auch in Oberfeistritz, wollte die Gemeindeverwaltung, so die Interpretation von Seiten der BetreiberInnen, bei der Gestaltung intensiver eingreifen, da die Königreichssäle öffentliche Gebäude seien. Da derartige Gestaltungswünsche jedoch für die BetreiberInnen teuer kommen können, sei dies einer der Gründe dafür, warum Jehovas Zeugen von sich aus Gewerbe- und Industriegebiete bevorzugen. In diese eigentlich nicht für religiöse Versammlungsräume vorgesehenen und geeigneten Bereiche gäbe es erfah-

⁵ Bezogen auf Tirol und Steiermark: für Steiermark basierend auf der Diplomarbeit von Jan Schuster (1998) auf einem Interview mit Bernd Gsell und Michael Schwab, 8. Juni 2013.

⁶ Vgl. etwa <http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/wil/wv-ht/Koenigreichssaal-errichtet;art253,1567095>

rungsgemäß weniger Auflagen hinsichtlich der Gestaltung, wodurch der Bau eines religiösen Gebäudes dort billiger käme.⁷

Überörtliche Nutzung: Thema ist immer wieder die Frage der überörtlichen Nutzung des Gebäudes, da die Gemeindegrenzen nicht mit den Grenzen der lokalen Gruppen der Religionsgemeinschaft übereinstimmen. Es ist daher für die BetreiberInnen verständlich, dass BürgermeisterInnen sich fragen, warum das religiöse Gebäude gerade in ihrer und nicht in einer anderen betroffenen Gemeinde stehen solle.⁸ Die überörtliche Nutzung wird auch aus der Analyse der Bauweise der Königreichssäle ersichtlich. In vielen Fällen verfügen die Neubauten über großzügige Parkplätze, um für die mit dem Auto anreisenden Gläubigen genug Abstellmöglichkeiten am eigenen Grundstück zu bieten.

Dieser Aspekt findet sich bereits bei einem der ersten größeren Bauprojekte in Innsbruck.

- Bereits im Jahr 1979 reicht der lokale Königreichssaalverein der Zeugen Jehovas in Innsbruck ein Baubewilligungsansuchen für den Bau eines zweigeschossigen „Bethauses“ und eines Vortragsraumes für ca. 120 Personen sowie 16 Autoabstellplätze⁹ in der Schützstraße auf einem als Wohngebiet gewidmeten Grundstück ein. Im September 1979 wird das Ansuchen vom Stadtmagistrat Innsbruck ohne Durchführung einer mündlichen Verhandlung wegen Widerspruchs zum gültigen Bebauungsplan abgewiesen. Begründet wird dies vor allem damit, dass für den zu erwartenden Parkplatzbedarf laut Bebauungsplan die Errichtung einer Tiefgarage notwendig sei. Die geplante Errichtung von 16 asphaltierten oberirdischen Parkplätzen sei daher zu wenig.
- Im Juni 1990 wird an derselben Adresse eine Baubewilligung für die Errichtung eines „Bethauses“ und 6 Abstellplätze für ca. 130 Personen er-

⁷ Interview mit Bernd Gsell und Michael Schwab, 8. Juni 2013.

⁸ Interview mit Bernd Gsell und Michael Schwab, 8. Juni 2013.

⁹ „Nach der im Bescheid wiedergegebenen Baubeschreibung handelte es sich dabei um ein zweigeschoßiges Bethaus mit einer Länge von 23 m, einer Breite von 11 m und einer maximalen Höhe von 7 m.“ (Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes vom 15.12.1994 (Geschäftszahl 91/06/0065), http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vwgh&Dokumentnummer=JWT_1991060065_19941215X00)

teilt.¹⁰ Welche veränderten Gründe 11 Jahre nach der Ablehnung eines ersten Vorhabens nunmehr die Bewilligung verursachen, wird nicht erwähnt.¹¹ Gegen diese Baubewilligung werden von NachbarInnen Einwendungen vorgebracht. Neben der auch von ihnen befürchteten Parkplatznot würde es durch den Bau und Betrieb des religiösen Versammlungsraumes zu unzumutbaren Lärm-, Rauch- und Geruchsbelästigungen kommen. Zum anderen wird vorgebracht, dass das Bauvorhaben nicht – wie gesetzlich in der damals gültigen Raumordnung vorgeschrieben – der Versorgung der BewohnerInnen des Wohngebietes diene. Zu befürchten sei daher, dass der religiöse Versammlungsraum überwiegend von Personen entfernterer Wohngebiete frequentiert werden würde. Die Einwendungen der NachbarInnen werden noch im Juni 1990 vom Stadtmagistrat als unbegründet abgewiesen: die Errichtung und Benützung eines Bethauses im Wohngebiet sei zulässig und eine Bedarfsprüfung sei der Baubehörde verwehrt. Da das verstärkte Verkehrsaufkommen durch NutzerInnen des „Bethauses“ erst durch die Benützung einer öffentlichen Verkehrsfläche hervorgerufen werde, ließen sich daher diesbezüglich keine Nachbarschaftsrechte im Baubewilligungsverfahren geltend machen. Auch die Forderung nach Schaffung von Parkplätzen und Garagen sei nicht im Nachbarschaftsrecht enthalten. Hinsichtlich der NutzerInnen hätten die Jehovas Zeugen „glaubhaft dargetan, dass im nä-

¹⁰ „Wie sich aus der im Bescheid wiedergegebenen Baubeschreibung ergibt, handelt es sich dabei um ein Bethaus, das insgesamt 25 m lang, im Mittel 10,35 m breit und sich im Mittel 5,60 m über das gewachsene Gelände erheben soll.“ (Geschäftszahl 91/06/0065),

http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vwgh&Dokumentnummer=JWT_1991060065_19941215X00

¹¹ So wird von einem Nachbarn, der gegen die Baubewilligung Beschwerde einlegt, angeführt: „Der Beschwerdeführer sieht sich zunächst im gesetzlich gewährleisteten Recht auf Beachtung der entschiedenen Sache verletzt. Es sei ein im wesentlichen unverändertes Projekt des gleichen Beschwerdeführers neuerlich Gegenstand einer Entscheidung der Behörde gemacht worden; im Jahre 1979 sei ein im wesentlichen identes Bauvorhaben mit rechtskräftigem Bescheid abgewiesen worden. Das Ansuchen des Beschwerdeführers, das offenbar die Aufrollung einer bereits rechtskräftig entschiedenen Sache zum Ziel habe, wäre wegen entschiedener Sache zurückzuweisen gewesen. Hinsichtlich der bei der seinerzeitigen Abweisung des Bauvorhabens als maßgeblich erachteten Erwägungen, nämlich Anzahl und Unterbringung der als notwendig vorausgesetzten Abstellplätze, könne jedenfalls keine in der Zwischenzeit eingetretene Änderung der Umstände erblickt werden, die eine andere Beurteilung, als die seinerzeit von der Baubehörde vorgenommene, zuließe. Im Gegenteil habe sich die Verkehrssituation seit 1979 wesentlich verschärft; bereits jetzt seien die Pkw-Abstellmöglichkeiten der betroffenen Wohnbevölkerung äußerst eingeschränkt.“ (Geschäftszahl 91/06/0065 http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vwgh&Dokumentnummer=JWT_1991060065_19941215X00)

heren Umkreis des geplanten Bethauses eine größere Anzahl von Angehörigen der "Zeugen Jehovas" wohnhaft seien (ca. 120 Personen), sodass nicht von vornherein angenommen werden könne, dass sämtliche Benutzer des Bethauses ein Kraftfahrzeug benutzen müssten“. Gegen diesen Bescheid des Stadtmagistrats vom Juni 1990 wird von einem Nachbarn im Jahr 1990 wiederum Berufung eingelegt, mit Bezug auf die Tiroler Bauordnung. Das genehmigte „Bethaus“ der Jehovas Zeugen diene nicht der Bevölkerung des Wohngebietes, da im betreffenden Stadtteil „lediglich 13 Personen des Königreichssaalvereins der Zeugen Jehovas ihren ordentlichen Wohnsitz hätten“ und im benachbarten Stadtteil ebenfalls nur 17 Mitglieder der Jehovas Zeugen wohnen würden.

- Im Februar 1991 wird die Berufung des Nachbarn wiederum abgewiesen. Begründung: das Tiroler Raumordnungsgesetz ziele nicht darauf ab, „welcher Teil der Bevölkerung eine bauliche Anlage zu benutzen beabsichtige, sondern schreibe in objektiver Weise vor, dass das zur Genehmigung eingereichte Gebäude objektiv geeignet sein müsse, den sozialen und kulturellen Bedürfnissen von Bevölkerungsteilen zu dienen. (...) Diese Betrachtungsweise sei unabhängig von der exakten Anzahl der diesen Teil der Bevölkerung darstellenden Bewohnerschicht anzustellen (...) eine Widmungswidrigkeit der Bewilligung des gegenständlichen Bethauses liege daher nicht vor.“¹²
- Schließlich wendete sich der Nachbar an den Verwaltungsgerichtshof, welcher 1994 alleine darüber entscheidet „ob das Bauprojekt der mitbeteiligten Partei (Bethaus) als Einrichtung anzusehen ist, die gemäß § 12 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 1984 "den sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung des Wohngebietes" dient.“ Der Verwaltungsgerichtshof stellt dazu fest: „Unzulässig wäre eine solche Einrichtung im Wohngebiet also dann, wenn von vornherein feststünde, dass die potentiellen Nutzer aus anderen Gebieten kommen werden. Insoweit ist also auf die ungefähre Zahl der im Wohngebiet wohnenden Angehörigen der religiösen Gemeinschaft abzustellen. Vom Beschwerdeführer wurde in seiner Berufung eine Zahl von 30 Personen genannt.

¹²

(Geschäftszahl 91/06/0065),
http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vwgh&Dokumentnummer=JWT_1991060065_19941215X00

Nach einer im Akt einliegenden Darstellung der mitbeteiligten Partei kommen im Wohngebiet sogar 121 Personen als potentielle Benutzer des Bethauses in Betracht. Die belangte Behörde hat im angefochtenen Bescheid - in diesem Sinn zu Recht - die Auffassung vertreten, dass "das zur Genehmigung eingereichte Gebäude OBJEKTIV geeignet sein muss, den sozialen und kulturellen Bedürfnissen von BevölkerungsTEILEN zu dienen". Sie hat es aber unterlassen, konkrete Feststellungen darüber zu treffen, welche ungefähre Anzahl der Angehörigen der religiösen Gemeinschaft nun tatsächlich als potentielle Nutzer im betreffenden Wohngebiet selbst wohnen; vor allem hätte sie den offenkundigen Widerspruch zwischen dem Berufungsvorbringen und der Darstellung der mitbeteiligten Partei zum Anlass amtswegiger Feststellungen machen müssen, wobei es genügt, wenn die Behörde von verlässlichen Erfahrungswerten hinsichtlich des Anteiles von Mitgliedern der Zeugen Jehovas an der Gesamtbevölkerung ausginge, solange nicht feststünde, dass es sich in diesem Wohngebiet anders verhält. Sollten die Ermittlungen ergeben, dass das Bethaus zumindest überwiegend von Bewohnern des Wohngebietes aus dem betreffenden Wohngebiet benützt werden wird, bestünden aus der Sicht der gegebenen Flächenwidmung gegen die Zulässigkeit im Beschwerdefall keine Bedenken.“ Da die Innsbrucker Behörden nicht ausreichend überprüft hatten, wer nun den religiösen Versammlungsraum benutze, wurde der Bescheid wegen Verletzung von Verfahrensvorschriften als rechtswidrig aufgehoben.¹³

- Inzwischen befindet sich an der Adresse ein Königreichssaal der Jehovas Zeugen.
- Dieses Urteil selbst hat bis heute Bedeutung, da es immer wieder Anwendung findet hinsichtlich geplanter Bauvorhaben von zahlenmäßig kleineren religiösen Gemeinschaften in Wohngebieten.

Nutzungszeiten: Die religiösen Versammlungsräume werden im Schnitt zwei- bis dreimal pro Woche genutzt, zumeist am Abend. Bei Sälen, welche von mehreren Gruppen der Glaubensgemeinschaft gemeinsam verwendet

¹³

(Geschäftszahl 91/06/0065),
http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Vwgh&Dokumentnummer=JWT_1991060065_19941215X00

werden, kommt es etwa am Sonntag zu einer höheren Nutzungsfrequenz. Die maximale Nutzungszeit am Abend ist bis ca. 21.30 Uhr.¹⁴

Erhöhtes Verkehrsaufkommen/Abstellplätze für Fahrzeuge: Es kommt durch die NutzerInnen der religiösen Versammlungsgebäude zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen. Durch die NutzerInnenstruktur der Jehovas Zeugen ist die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl für Abstellplätze für den Bedarf eigentlich zu gering. Die vorgeschriebene Anzahl an Abstellflächen wird daher, soweit möglich, übererfüllt. Wo jedoch nicht genügend eigener Parkraum verfügbar ist, kann es vorkommen, dass in der Umgebung der Königreichssäle geparkt wird. Als Reaktion darauf wurden in der Umgebung der Madersbergerstraße in Graz-Eggenberg von den AnrainerInnen vermehrt „Parken verboten“-Schilder aufgestellt.¹⁵ In Gleisdorf in der Steiermark liegt der Königreichssaal in einem Wohngebiet. Da einige BewohnerInnen am Sonntag teilweise länger schlafen wollen, ergibt sich durch die Gläubigen, die mit ihren Autos zum Versammlungsraum kommen, ebenfalls ein Konfliktpotential, etwa durch schlagende Autotüren. Daher wird von den BetreiberInnen dieses Königreichssaales besonders darauf hingewiesen, möglichst leise zu sein. Aus Rücksicht auf NachbarInnen werden die Gläubigen in verschiedenen Orten beim Verlassen der Königreichssäle gebeten, nicht zu laut zu sein.¹⁶

Nutzungen im Außenbereich: Außer als Parkabstellplätze wird die äußere Umgebung der Königreichssäle nicht bis kaum durch die Gläubigen der Jehovas Zeugen genutzt. Zudem gibt es in kleineren Kommunen am Land größere Abstände zu den NachbarInnen, was offenbar ebenfalls konfliktvermeidend wirkt.¹⁷

¹⁴ Interview mit Bernd Gsell und Herrn Michael Schwab, 8. Juni 2013.

¹⁵ Interview mit Bernd Gsell und Herrn Michael Schwab, 8. Juni 2013.

¹⁶ Interview mit Bernd Gsell und Herrn Michael Schwab, 8. Juni 2013.

¹⁷ Interview mit Bernd Gsell und Herrn Michael Schwab, 8. Juni 2013.

Bewertung der religiösen Inhalte/Image der religiösen Gemeinschaft:

Neben diesen Auswirkungen von Neubauten auf die Nachbarschaft bzw. „typische“ Nachbarschaftskonflikte durch den Betrieb der Versammlungsräume, war in der Vergangenheit die religiöse Praxis und der offizielle Anerkennungsstatus der religiösen Gemeinschaft immer wieder Thema in Zusammenhang mit Bauprojekten.

Da die religiöse Gemeinschaft der Jehovas Zeugen erst 1998 als Bekenntnisgemeinschaft eingetragen und 2009 als Religionsgesellschaft gesetzlich anerkannt wurde, wurden alle vor 2009 umgesetzten Bauprojekte über Jahrzehnte durch eine lokale Vereinsstruktur errichtet und betrieben. Auch danach hat man diese Vereinsstruktur noch eine Zeitlang im Sinne einer temporären Übergangsregelung aufrechterhalten. Inzwischen wurden jedoch alle lokalen Vereine aufgelöst.¹⁸

Die Erfahrungen der Jehovas Zeugen hinsichtlich der Errichtung von religiösen Versammlungsräumen werden in ihrer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Jahr 2005 wie folgt zusammen gefasst: *„Ein wesentlicher Bestandteil der Religionsfreiheit ist das Recht, die Religion auch in Gemeinschaft mit anderen öffentlich auszuüben (Art 9 Abs 1 der Konvention). Dieses Recht wird Jehovas Zeugen vielfach dadurch genommen, dass ihnen von staatlichen Einrichtungen die Benützung von Räumlichkeiten verweigert wird, weil sie nicht zu den anerkannten Religionsgemeinschaften zählen. Oftmals reagieren staatliche Behörden, bei welchen Baubewilligungen für Königreichssäle beantragt werden mit einer grundsätzlichen Verweigerung, wobei oft verschiedene Gründe vorgeschoben werden. Manchmal initiieren die für die Behandlung des Bauansuchens zuständigen staatlichen Organe (Bürgermeister, Gemeinderat) mit öffentlichen Aufforderungen in behördlichen Publikationen zur Boykottierung und Unterstützung von Unterschriftenaktionen. In einem Fall wurden sogar Plakate angeschlagen und von der Behörde hergestellte Flugblätter verbreitet, in welchen offen die Boykottierung von „Sekten“ gefordert wurde. Der Aufruf, eine Gemeinde oder eine Stadt „sektenfrei“ zu halten, erinnert in der Vorgangsweise und sogar in der Wortwahl an*

¹⁸ Interview mit Bernd Gsell und Herrn Michael Schwab, 8. Juni 2013.

ähnliche staatliche Maßnahmen im nationalsozialistischen Deutschland, wo Ortschaften und Städte „judenfrei“ gehalten werden sollten.“¹⁹

Eines der hier herausragenden Beispiele ist die steirische Gemeinde Söding, welche aufgrund ihrer Aktivitäten in der Beschwerde²⁰ erwähnt wird.

Noch während eines laufenden Behördenverfahrens wird vom Södinger Bürgermeister und allen GemeinderätInnen im Frühjahr 1997 unter dem Titel „Keine Ansiedlung von Sekten in Söding!“ eine Unterschriftenliste in verschiedenen Lokalitäten des Ortes aufgelegt.

Die Zeugen Jehovas haben um die Errichtung eines Königreichssaales in Söding angesucht. Der Bürgermeister als Baubehörde I. Instanz hat ebenso wie der Gemeinderat in II. Instanz sich bisher gegen die Errichtung ausgesprochen. Auf Grund einer Berufung ist nunmehr die Steiermärkische Landesregierung für eine Entscheidung zuständig.

Um den Entscheidungsträgern in der Landesregierung den Willen der Bevölkerung von Söding zu verdeutlichen, haben alle Vertreter im Gemeinderat beschlossen, eine **Unterschriftensammlung gegen die Errichtung eines Königreichssaales** durchzuführen. Unterschriftenlisten liegen bei Banken, Gasthöfen, Kaufhäusern und Geschäften bis 22. 4. 1997 auf.

21

¹⁹http://www.jehovas-zeugen.at/fileadmin/user_upload/02-Anerkennung/Anerkennung-link-file/20050422_ECHR_JZ_II.pdf, S. 48

²⁰http://www.jehovas-zeugen.at/fileadmin/user_upload/02-Anerkennung/Anerkennung-link-file/20050422_ECHR_JZ_II.pdf, S. 48

²¹ Amtliche Gemeindenachrichten Söding, Folge: 193, April 1997, S. 2

Keine Ansiedlung von Sekten in Söding!

Unterstützen Sie mit Ihrer
Unterschrift die Aktion der
**Gemeinderäte und
Bürgermeister Feiertag**
gegen die Errichtung eines
**Königreichssaales der
Zeugen Jehovas** in Söding.

Unterschriftenliste liegt hier auf.

Besten Dank für Ihre
Beteiligung!

22

Aufgrund dieser eindeutig negativen Stimmung wird das Bauprojekt in Söding nicht weiter verfolgt und der Bau des Königreichssaales schlussendlich

²² Flugblatt der Gemeindevertretung Söding, ca. März 1997

in der Nachbargemeinde Mooskirchen²³ umgesetzt, wo er seit einigen Jahren genutzt wird.

Aus den letzten Jahren stammt ein Fall aus der Obersteiermark, in dem ein Königreichssaal-Bauprojekt über rund fünf Jahre durch verschiedene Anforderungen wie Kanalbau und Wegerschließung (so die Sicht von Seiten der Jehovas Zeugen) immer wieder verzögert wird. Auch hier wird das geplante Bauprojekt an diesem Standort aufgegeben und ein Bau in Bad Mitterndorf, einer in der Umgebung liegenden Gemeinde, im Frühjahr 2013 umgesetzt²⁴ und Ende Mai 2013 mit einem „Tag der offenen Tür“ eröffnet.

Zusammenfassend kann daher für Versammlungsräume der Jehovas Zeugen festgestellt werden:

Konfliktauslösende bzw. -verstärkende Faktoren sind:

- Bewertung der religiösen Inhalte/Image der religiösen Gemeinschaft („Sekte“, „Fanatismus“, Hausbesuche)
- Staatlicher Anerkennungsgrad und interne Organisationsstruktur (lange Zeit nur lokale religiöse Vereine ohne offizielle Anerkennung als Bekenntnisgemeinschaft bzw. als Religionsgesellschaft)

²³ Da die Gläubigen in den umliegenden Gemeinden Söding, Mooskirchen, Lieboch und Dobl recht gleichmäßig verteilt sind, gab es vor rund 15 Jahren verschiedene Überlegungen, in welcher Gemeinde man den Königreichssaal errichten sollte. Die Standortsuche erwies sich aus verschiedensten Gründen als langwierig. Zuerst wurde ein Bauplatz in Dobl gefunden. Etwas abseits und an der Straße gelegen hätte man gut Platz gehabt und mehr Freiheiten durch weniger NachbarInnen. Der Bürgermeister war sehr zuvorkommend. Der Grundstückkauf kam schließlich nicht zustande, da dieser doch nicht lastenfrei war. Zweiter Ort der Standortsuche war Lieboch, knapp vor dem Jahr 2000. Hier war der damalige Bürgermeister strikt gegen einen Königreichsaalbau und sinngemäß meinte, dass wenn er jetzt einen Königreichsaalbau erlauben würde, als nächstes dann gar Moslems kommen könnten. Man wurde relativ lange hingehalten ohne Ergebnis. Man hatte bereits ein günstiges Grundstück im Wohngebiet gefunden. Im Zuge einer Bauverhandlung war eindeutig, dass die Nachbarschaft das Bauprojekt ablehnte, da es durch das erhöhte Verkehrsaufkommen zu Problemen im Wohngebiet gekommen wäre. Nächster Ort war Söding. Dort wäre der Grund in Autobahnnähe gelegen, angrenzend an die Bundesstraße, was auch nicht optimal gewesen wäre da zu gefährlich für die NutzerInnen. In Mooskirchen schließlich ging das Bauverfahren recht leidenschaftslos vor sich. Das Grundstück, auf dem schlussendlich gebaut wurde, liegt etwas abseits, mehr in Industriegebietsnähe. Die Beziehung zur Gemeinde ist gut. Zum anderen gibt es das Gerücht, dass die Gemeinde dem Bau unter der Bedingung zugestimmt hätte, dass Jehovas Zeugen im Gegenzug in Mooskirchen nicht die Häuser aufsuchen dürften. (Interview mit Bernd Gsell und Herrn Michael Schwab, 8. Juni 2013.)

²⁴ Alpenpost, 2.5.2013, S. 16 (http://www.ausseeerland.net/archiv/2013/Alpenpost_09_2013.pdf). Auch:http://www.kulturservice.steiermark.at/cms/beitrag/11868692/4467602/_1

- Größe der Neubauten
- Regionaler Einzugsbereich der NutzerInnen (überörtliche Nutzung)
- Lage der Neubauten (Wohngebiete)
- Verkehrsaufkommen, Abstellplätze (Parkplätze, Geräusentwicklung bei An- und Abfahrten der Gläubigen zu bestimmten Zeiten)

Kaum bis keine Rolle als konfliktauslösende bzw. -verstärkende Faktoren spielen:

- Herkunft/“Aussehen“ der Gläubigen
- Sozialer Status der Gläubigen
- Nutzungen des Außenbereichs (Lärmpegel, Präsenz von Kindern, Lagerungen von Materialien, ...)
- Anzahl der Gläubigen
- Geruchsbelästigungen
- Zeit und Frequenz der religiösen Zusammenkünfte (z.B. späte Abende, täglich)
- Nutzungskonflikte durch direkt betroffene NachbarInnen im selben Gebäude

2. Konkrete Erfahrungen mit der Planung und dem Betrieb von muslimischen Gebetsräumen

Bezogen auf die untersuchten Bundesländer Tirol und Steiermark lassen sich bei Projekten von muslimischen Gebetsräumen und Moscheen folgende Aussagen treffen:

Im Unterschied zu anderen religiösen Gemeinschaften dienten die ersten muslimischen Muslime in der Steiermark bzw. in Graz Personengruppen, welche aufgrund ihrer Ausbildung oder ihres Berufs für einen bestimmten Lebensabschnitt in Graz waren. Nachdem ab 1895 ein 2. bosnisch-herzegowinisches Infanterieregiment in Graz stationiert war, gab es für die zahlreichen Muslime unter den Soldaten in der Neuen Dominikanerkaserne einen eigenen muslimischen Gebetsraum und mit Sali Effendi Atikovic einen der vier k.u. k.-Militärime der Monarchie.²⁵

In der Steiermark wurde bereits in den 1960ern der erste bekannte muslimische Gebetsraum eingerichtet²⁶. Dieser befand sich bis zum aktuellen Umbau im Keller des von der katholischen Kirche betriebenen Afro-Asiatischen Instituts in Graz und war überwiegend für Studierende gedacht. Nach der baulichen Verschmelzung mit der benachbarten KHG (Katholische Hochschulgemeinde) wird der muslimische Gebetsraum dort eingerichtet. Der erste selbst von MuslimInnen gegründete und betriebene muslimische Gebetsraum befindet sich seit 1981 im ersten Stock eines Wohnhauses in der Grazer Nibelungengasse im bürgerlich geprägten Bezirk St. Leonhard, nur einige Hundert Meter von der katholischen Herz-Jesu-Kirche entfernt.

²⁵ Walter Brunner (Hg.): Geschichte der Stadt Graz, Band 4, 2003, S. 88f. Vgl. auch http://www.integrationsfonds.at/monographien/islam_in_oesterreich/ und

²⁶ „Als interreligiöses Kompetenzzentrum stellt das AAI seit seiner Gründung einer aktiven muslimischen Gemeinde einen islamischen Gebetsraum zur Verfügung. Hier finden auch die wöchentlichen Freitagsgebete statt.“ (<http://www.aai-graz.at/cms/index.php?page=heim-haus>)

a) Zwei nicht realisierte Bauprojekte in Leoben

- Seit Mitte der 1990er Jahre gibt es in Leoben zumindest zwei muslimische Versammlungsräume an verschiedenen Standorten.²⁷
- Im Oktober 2009 wird vom „Islamischen Verein des Friedens und der Barmherzigkeit“, dessen rund 350 Mitglieder sich über den Bezirk Leoben verteilen, ein ca. 1.000 m² großes Grundstück in der Johann Sackl-Gasse in Leoben-Donawitz gekauft.²⁸ Es gibt dringenden Platzbedarf, da der existierende muslimische Gebetsraum in der Lorberaustraße mit nur rund 40 m² von bis zu 100 Gläubigen genutzt wird.²⁹
- Im März 2010 gibt der Verein bekannt, dass er die Baupläne für den neuen muslimischen Versammlungsraum bei der Baurechtsabteilung der Stadtgemeinde Leoben eingereicht hat. Der Verein rechnet mit einer positiven Abwicklung bis zum Sommer. Geplant sind der Abriss eines kleinen bestehenden Hauses und die Neuerrichtung eines zweigeschossigen Neubaus mit einer Grundfläche von rund 170 m² und ausreichend Parkplätzen um geschätzte 500.000 Euro. Der Baubeginn sei von den vorhandenen Geldern abhängig. In einer ersten Bauphase solle eventuell vorerst nur eine Etage errichtet werden. Da es bis dato am bestehenden Standort in der Lorberaustraße keine Schwierigkeiten mit NachbarInnen gegeben hätte, werden von den Betreibern keine Probleme für den allen zugänglichen zukünftigen religiösen Bau erwartet.³⁰
- Doch postwendend auf die mediale Bauankündigung starten im März 2010 zwei Parteien (in der Wahlkampfphase zur Gemeinderatswahl) mit massiven Protestaktionen gegen das geplante Bauprojekt. Walter Reiter von der „Parteiunabhängigen Bürgerliste Reiter Walter (PBRW)“ plant die Durchführung einer Unterschriftenaktion. Er sei gegen den Standort, da AnrainerInnen ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und den Verlust

²⁷<http://archiv.kleine.at/steiermark/2455356/nicht-gebetshaus-sondern-standort-sorgte-fuer-diskussionen.story>

²⁸<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/leoben/2314947/donawitz-bekommt-ein-neues-gebetshaus.story>

²⁹<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/leoben/2314947/donawitz-bekommt-ein-neues-gebetshaus.story>

³⁰<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/leoben/2314947/donawitz-bekommt-ein-neues-gebetshaus.story>

von Parkplätzen im Siedlungsgebiet befürchten würden.³¹ Die Ablehnung der FPÖ richtet sich nicht gegen das konkrete Bauprojekt sondern prinzipiell gegen einen muslimischen Versammlungsraum, denn „das wahre Problem [sei] die sich darin bildenden Parallelgesellschaften, die einen Integrationsprozess erschweren.“ Hinsichtlich des laufenden Bauverfahrens wird von der FPÖ angemerkt: „Es ist uns klar, dass ein solcher Bau, sofern er den gesetzlichen Bestimmungen entspricht nicht verhindert werden kann, wir werden aber sehr genau auf deren Einhaltung und allfällige Einwände der betroffenen Bevölkerung hören. Schließlich kann ein solches Zentrum im Wohngebiet auch zu einer vermehrten Belastung, beispielsweise durch zusätzlichen Verkehr führen, da zu befürchten ist, dass dieses neue Gebetshaus auch von auswärtigen Mohammedanern besucht werden wird.“³² Die Betreiber erklären, dass sie für den persönlichen Dialog mit allen bereit seien, die Bedenken gegen das Projekt hätten.³³

- Ende März 2010 verkündet der Leobener Bürgermeister, dass – entgegen der Information der Betreiber – noch kein Bauansuchen bei der Stadtgemeinde vorläge.³⁴ Von den parteipolitischen GegnerInnen des Bauprojektes werden erste Unterschriften gesammelt und Gespräche mit NachbarInnen des zukünftigen Standortes geführt.³⁵ Die FPÖ bringt das Thema in den Gemeinderat und fordert, nachdem angeblich „bereits große Unruhe“ herrsche, „eine entsprechende Information und Bürgerbeteiligung“ ein.³⁶
- Mitte April 2010 findet eine hitzige Podiumsdiskussion mit Betreibern und Vizebürgermeister zum geplanten Bauprojekt statt: „Was bei der Informationsveranstaltung der Donawitzer SPÖ zum geplanten Gebetshaus

³¹ <http://www.arena08.at/steiermark/leoben/2319521/gebetshaus-donawitz-platz-umstritten.story>

³² <http://www.gerd-krusche.com/pressearchiv-2010/>

³³ <http://www.arena08.at/steiermark/leoben/2319521/gebetshaus-donawitz-platz-umstritten.story>

³⁴ Krone.at, 31.3.2010 zit nach: <http://europenews.dk/de/node/30942>

³⁵ <http://www.gerd-krusche.com/aus-dem-leobener-gemeinderat/m%C3%A4rz-2010/>

³⁶ <http://www.gerd-krusche.com/aus-dem-leobener-gemeinderat/m%C3%A4rz-2010/>

des Islamischen Vereins des Friedens und der Barmherzigkeit klar zutragte: Kaum jemand der etwa 200 Besucher der Podiumsdiskussion schien sich wirklich für das geplante Bauprojekt zu interessieren. Vielmehr taten sich zahlreiche Bruchstellen auf, an denen soziale Probleme im Umgang der verschiedenen Kulturen untereinander an die Oberfläche brodelten. Bei vielen Donawitzern offenbar auch durchsetzt von einer tief sitzenden Ausländerfeindlichkeit, die in zahlreiche heftige, verbale Entgleisungen mündete.“³⁷ Vom Leiter der Rechtsabteilung der Stadtgemeinde Leoben wird klargestellt, dass eine Unterschriftenaktion keinen Einfluss auf das Bauverfahren haben könne, sondern die Bewilligung von den rechtlichen Voraussetzungen abhängt.

- Ebenfalls Mitte April 2010 betont die Leobener ÖVP das grundsätzliche Ja zum geplanten Projekt und verweist auf den bisher problemlosen Betrieb der bereits vorhandenen muslimischen Räumlichkeiten.³⁸
- Bis Anfang Mai 2010 hat die PBRW nach eigenen Angaben 980 Unterschriften gegen das Projekt gesammelt.³⁹ Auf Facebook gegründete Gruppen gegen und für das Projekt haben kaum Zulauf.⁴⁰
- Anfang Mai 2010 ist der geplante religiöse Versammlungsraum wiederum Thema im Leobener Gemeinderat. Die PBRW stimmt einem FPÖ-Antrag nicht zu, da die FPÖ sich nicht eindeutig „gegen die Errichtung eines Gebetshauses in einem Siedlungsgebiet“ in Donawitz ausgesprochen hätte.⁴¹
- August 2010: „Mittlerweile ist die Debatte um den Standort in Leoben-Donawitz eingeschlafen: Der Islamische Verein, der dort bereits ein Grundstück angekauft hat, hat die Pläne für den Bau des Gebetshauses nach wie vor noch nicht bei der Stadtgemeinde Leoben zur Genehmi-

³⁷<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/2333475/gebetshaus-explosive-stimmung-bei-buergerinfo.story>

³⁸<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/2333475/gebetshaus-explosive-stimmung-bei-buergerinfo.story?seite=2>

³⁹<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/2346564/gebetshaus-erneuter-appell-fuer-debatte-sachlicher-ebene.story>

⁴⁰ <https://www.facebook.com/groups/121530157862220/>

⁴¹ Posting Walter Reiter vom 9.5.2010 (<https://www.facebook.com/groups/121530157862220/>)

gung eingereicht." Für uns ist wichtig, dass ein bisschen Ruhe einkehrt und wir den Leuten sachlich erklären können, worum es geht. (...)", erklärt Abdelhadi."⁴²

Nachdem dieses Projekt aufgrund der Proteste von vor allem zwei Leobener Gemeinderatsparteien anscheinend fallen gelassen wurde, beginnt bereits einige Monate später, im Herbst 2010, wiederum ein Disput um einen geplanten neuen Standort eines muslimischen Versammlungsraumes des Vereins ATIB. Auch dieser endet schließlich mit einem Erfolg der ProjektgegnerInnen und einer Aufgabe des geplanten Standortes.

- Im März 2010 übersiedelt das Rote Kreuz. Für den nun leerstehenden Gebäudekomplex in der Endresgasse 4 werden bereits seit Herbst 2009 KäuferInnen gesucht.
- Nachdem ATIB seit Jahren in der Draschestraße in Judendorf einen muslimischen Versammlungsraum gemietet hatte, wurden dem Verein im Herbst 2010 die Räumlichkeiten zum Kauf angeboten. Für die Betreiber ist dieser Standort aber nicht optimal: „Das Gebäude ist sehr alt und wir müssten eine Menge Geld in die Renovierung stecken. Das muss man sich sehr gut überlegen.“⁴³
- Schließlich macht daher ATIB nach fast zwei Jahren als einziger ein für das Rote Kreuz akzeptables Kaufangebot für das ehemalige Rettungszentrum in der Endresgasse.⁴⁴
- Im Oktober 2010 gibt es laut Franz Valland (Leiter der Rot Kreuz-Bezirksstelle Leoben und Kulturreferent der Stadtgemeinde Leoben) nur einen mündlich ausverhandelten Kaufpreis ohne abgeschlossenen Vertrag, da er der Meinung ist, „dass gerade die Nachbarn über künftige Tätigkeiten des Vereins Kenntnis haben müssen“. Er plant daher eine „Informationsveranstaltung“ für alle unmittelbaren Anrainer, Vertreter des

⁴² <http://archiv.kleine.at/steiermark/2455356/nicht-gebetshaus-sondern-standort-sorgte-fuer-diskussionen.story>

⁴³ <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/2562580/atib-arbeitet-detailplan.story>

⁴⁴ <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/leoben/2540278/atib-will-ins-ex-rot-kreuz-gebaeude.story>,
<http://www.leobennews.at/index.php/rot-kreuz-dienstelle-wird-nicht-an-atib-verkauft/>

Roten Kreuzes, ATIB, mit eine Mediator⁴⁵ aus Tirol⁴⁶. Unklar bleibt an diesem Vorschlag warum bereits zu diesem Zeitpunkt – noch ohne Kaufvertrag oder behördlichem Bauverfahren - der bisherige private Eigentümer hier inklusive Mediator auftritt. Nach der AnrainerInnen-Informationsveranstaltung Anfang November 2010 wird eine einmonatige Wartefrist vereinbart.⁴⁷ Wieder bleibt unklar, welche Funktion und Berechtigung die einzelnen Beteiligten hierbei tatsächlich haben bzw. für sich selbst in Anspruch nehmen Dies geht sogar soweit, dass, laut medierter „Informationsveranstaltung“ der Betreiberverein ATIB nicht den Behörden in einem Bauverfahren die Detailpläne vorlegen solle, sondern den AnrainerInnen und deren gewählten Vertreter.⁴⁸

- Nur wenige Tage nach der Versammlung von ATIB, Rotem Kreuz und AnrainerInnen meldet sich die einschlägig bekannte FPÖ-Nationalratsabgeordnete Susanne Winter zum Thema zu Wort. Sie warnt in einer Presseaussendung vor den angeblich „überhasteten Kaufabsichten ohne detaillierte Pläne“ - : "Leoben soll mit Moscheen zwangsbeglückt werden, ohne die Bevölkerung ausreichend einzubinden."⁴⁹ Unklar bleibt, auf welcher rechtlichen Basis und mit welcher Berechtigung eine derartige Beteiligung der Bevölkerung angedacht ist. Obwohl die ATIB-Umbaupläne unklar sind, wird von der FPÖ bereits ein möglichst groß klingendes Bauszenario beschrieben: „Unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit errichte der Betreiberverein ATIB möglicherweise ein vielseitiges Gebets- und Veranstaltungszentrum mit Supermarkt, Friseur, Kindergarten, Koranschule und türkischer Kleinchirurgie, ähnlich wie das auch in Wien-Brigittenau geplant sei.“⁵⁰ Gewarnt wird von der FPÖ weiters, wie auch an allen anderen geplanten Standorten von mus-

⁴⁵ <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/leoben/2540278/atib-will-ins-ex-rot-kreuz-gebaeude.story>

⁴⁶ <http://www.gerd-krusche.com/pressearchiv-2010/>

⁴⁷ <http://www.leobennews.at/index.php/rot-kreuz-dienstelle-wird-nicht-an-atib-verkauft/>

⁴⁸ <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/2562580/atib-arbeitet-detailplan.story>

⁴⁹ http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101107_OTS0037/fpoe-winter-keine-moscheen-in-leoben

⁵⁰ http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101107_OTS0037/fpoe-winter-keine-moscheen-in-leoben

limischen Versammlungsräumen vor dem angeblichen „Aufbau von Parallelgesellschaften“, was durch muttersprachlichen Unterricht erfolge.⁵¹ Schließlich wird noch gewarnt, dass ATIB „das Land [überziehe] mit Moscheen und Kulturvereinen“ und dabei „die berechtigten Befürchtungen der Anrainer, dass Lärm, Verkehr und andere Probleme“ überhand nehmen würden, ignoriere. Eindeutig ist die grundsätzlich ablehnende Haltung der FPÖ gegenüber dem Bau von muslimischen Versammlungsräumen, egal wo und egal unter welchen optimalen Bedingungen diese auch erfolgen würden: „Für die verfassungsrechtlich garantierte freie Religionsausübung brauche es aber weder neue Moscheen noch neue Minarette, so Winter.“⁵²

- Bis Mitte November 2010 verschärft die FPÖ nochmals ihre Gangart. Unter Berufung darauf, dass angeblich das „Telefon im FP-Büro heiß laufe“ und aufgebrachte Bürger "um Hilfe bei der Abwehr" des geplanten Islamzentrums in Leitendorf bitten würden,⁵³ schreibt der ehemalige FPÖ-Nationalratsabgeordnete Udo Grollitsch einen offenen Brief an Rot Kreuz-Bezirksstellenleiter und Stadtrat Valland, in dem die Ansichten der FPÖ klar zu Tage treten und Valland zur Verhinderung des Projektes aufgerufen wird: „Sie werden mit Sicherheit zum Ergebnis kommen, dass für eine funktionierende Integration mehr Fantasie nötig ist, als einen nicht ungefährlichen Fremdkörper zuzulassen.“⁵⁴
- Nachdem sich Stadtrat Valland über diese FPÖ-Aufforderung befremdet zeigt, meint FPÖ-Bundesrat Gerd Krusche: „Wo ATIB Islamzentren errichtet, wird dieses zum Sachwalter türkischer Politik und unterstützt keinesfalls die Integration der hier lebenden Türken. Es kann sogar davon ausgegangen werden, dass vor allem Kinder und Jugendliche auf eine islamische Orientierung ausgerichtet werden. Wenn Valland als Bezirksstellenleiter des Roten Kreuzes ausschließlich die Gewinnmaximierung beim Verkauf im Auge hat und dabei seine Liebe ausgerechnet zum

⁵¹ http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101107_OTS0037/fpoe-winter-keine-moscheen-in-leoben

⁵² http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101107_OTS0037/fpoe-winter-keine-moscheen-in-leoben

⁵³ <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/2559517/verkauf-atib-ablehnen.story>

⁵⁴ <http://www.gerd-krusche.com/pressearchiv-2010/>

Halbmond entdeckt hat, ist dies befremdlich. Dabei vergisst er, dass er als Leobener Politiker und besonders als Kulturstadtrat eine weitergehende Verantwortung für die Leobener Bevölkerung hat.“⁵⁵

- Nachdem es mehr als eineinhalb Jahre lang keinen Käufer für das leer gewordene alte Leobener Rotkreuzzentrum gegeben hatte, hat der ATIB-Kaufwunsch und die politische und mediale Diskussion nun anscheinend mit dazu geführt, dass innerhalb kürzester Zeit vier weitere Kaufangebote aus Leoben vorliegen.⁵⁶
- Nur drei Wochen nach der „Informationsveranstaltung“ mit dem damals einzigen Kaufinteressenten ATIB empfiehlt der Rot Kreuz-Bezirksausschuss am 23. November 2010 den Verkauf des Grundstücks an die Realgemeinschaft Leoben⁵⁷ und ATIB muss sich wieder auf Standortsuche begeben.

⁵⁵ <http://www.gerd-krusche.com/pressearchiv-2010/>

⁵⁶ <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/leoben/2562580/atib-arbeitet-detailplan.story>

⁵⁷ <http://www.leobennews.at/index.php/rot-kreuz-dienststelle-wird-nicht-an-atib-verkauft/>. Zum Käufer: Beim gegenständlichen Unternehmen handelt es sich um eine Agrargemeinschaft, welche in der Bezirksagrarchbehörde als solche offiziell eingetragen ist. Die Agrargemeinschaft zählt 152 Mitglieder. Gegenstand der Agrargemeinschaft ist die forstwirtschaftliche Nutzung von Wäldern mit einem Ausmaß von ca. 6 500 ha. Eigentümer der Wälder sind Bürger der Stadt Leoben, welche auch zugleich Eigentümer von Realitäten, sogenannten Bürgerhäusern, in Leoben sind. Die Liegenschaften teilen sich auf 152 solche Eigentümer auf. Diese sind die Mitglieder der Agrargemeinschaft. (http://www.firmenabc.at/leobner-realgemeinschaft_ZiY)

b) Geplantes Bauprojekt in Kufstein

ATIB Kufstein wurde 1992 gegründet und betreibt seit ca. 1995 in einer rund 60 m² großen, teuer angemieteten ehemaligen Lagerhalle den Gebetsraum. Für die rund 130 Mitglieder ist das zu wenig Platz und außerdem sollte das Gebäude abgerissen werden, warum man daher unter Zeitdruck steht.⁵⁸

Trotz den vielfältigen Aktivitäten des politischen Ansprechpartners in der Gemeinde, Andreas Falschlunger vom Offenen Grünen Forum Kufstein (als Obmann des Integrationsausschuss)⁵⁹, werden auch hier, so wie in anderen Kommunen, Standortpläne innerhalb kürzester Zeit nach Bekanntwerden noch vor etwaigen Bauverfahren durch eine Kombination aus parteipolitischen Druck, medialem Interesse und verunsicherten AnrainerInnen zu Fall gebracht.

Standortwunsch H-P-Straße

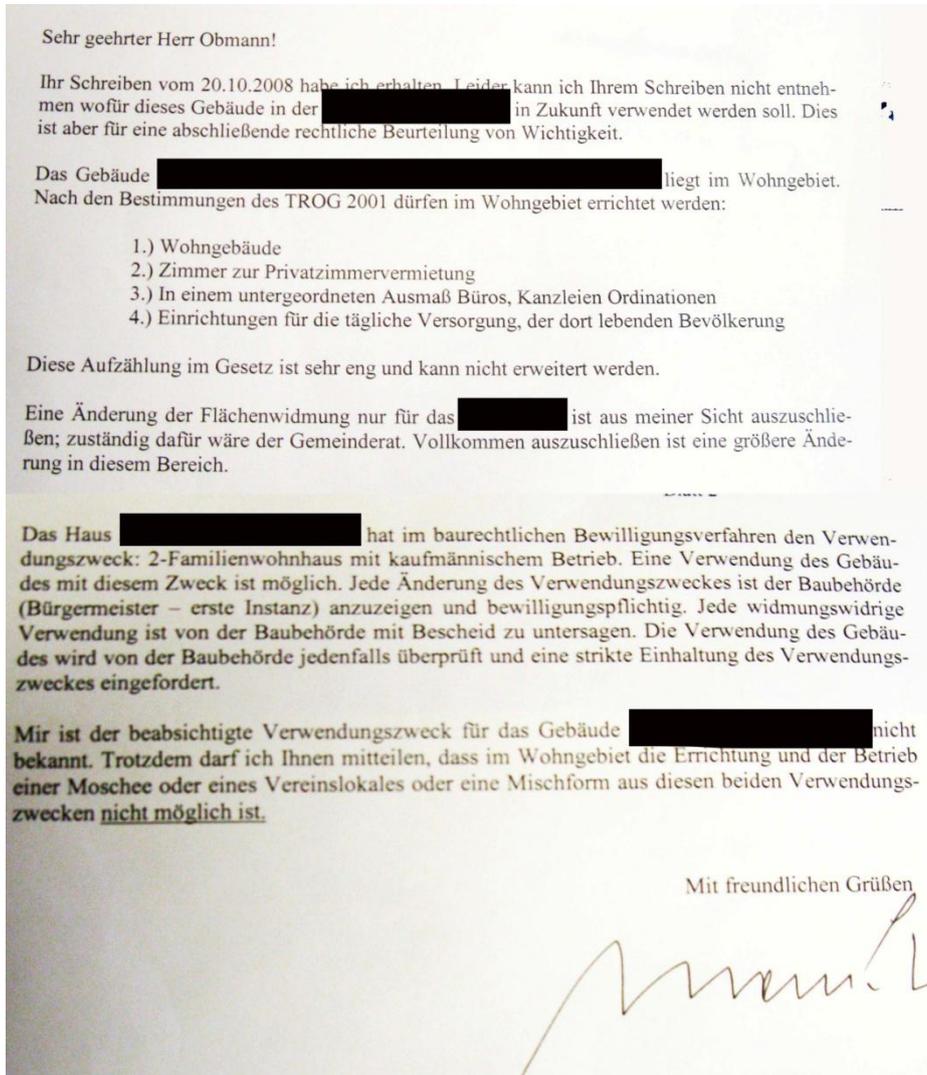
- Bereits seit 2008 ist der muslimische Verein ATIB in Kufstein erfolglos auf der Suche nach einem neuen, passenden Standort für einen religiösen Versammlungsraum auf einem Grundstück im Vereinseigentum.⁶⁰ Seit damals ist man auch immer wieder in Kontakt politischen und behördlichen VertreterInnen der Kommune, um bei möglichen Standorten eine Vorabklärung hinsichtlich der behördlichen Umsetzungsmöglichkeiten zu erreichen.
- So fragt man im Oktober 2008 wegen eines Objekts in der H-P-Straße an und bekommt vom damaligen Kufsteiner Bürgermeister die in dieser Form nicht korrekte Antwort, dass „*im Wohngebiet die Errichtung und*

58

⁵⁹ <http://blog.manfredkimmel.at/2010/10/das-nicht-geführte-interview-mit-dem.html> (zu dieser Zeit Journalist der Kronen Zeitung)

⁶⁰ <http://www.tt.com/%C3%9Cberblick/Chronik/ChronikKufstein/2998667-6/atib-verein-ist-abgeblitzt.csp>, zit. nach <http://sosheimat.wordpress.com/2011/07/08/bravo-kufstein-vorerst-keine-atib-moschee/>

der Betrieb einer Moschee oder eines Vereinslokals oder einer Mischform aus diesen beiden Verwendungszwecken nicht möglich ist“.⁶¹



62

Standortwunsch: ehemaliges Sporthotel in der Feldgasse

- Im Frühjahr 2010 zeigt ATIB Interesse an einem in Konkurs gegangenen ehemaligen Hotel um dort neben religiösen Versammlungsräumen auch

⁶¹ Antwortschreiben Bürgermeister Herbert Marschitz, 20. Oktober 2008

⁶² Antwortschreiben Bürgermeister Herbert Marschitz, 20. Oktober 2008

Räume für Kindernachmittagsbetreuung und Deutschkurse unterzubringen.⁶³

- Gegen diesen Plan protestieren sowohl FPÖ als auch die Bürgerliste Horst Steiner (BHS). Die FPÖ kritisiert die Verbindungen zwischen ATIB und dem türkischen Staat und warnt vor einer finanziellen Unterstützung des Projektes durch die Türkei. Schließlich fordert die Kufsteiner FPÖ eine generelle Untersuchung der Genehmigungen und Betriebsführungen von ausschließlich muslimischen Gebetsräumen, wie dies drei Jahre später im Sommer 2013 in Graz vom FPÖ-Stadtrat angekündigt wird.⁶⁴ Stadtrat Horst Steiner (BHS) ist generell gegen türkische Vereine in Kufstein: „Der Kelch in Form eines türkischen Vereinslokals mag an den Bewohnern der Feldgasse durch den Verkauf des Sporthotels vorbeigegangen sein.“ Als „geeigneter“ Standort wird von der BHS ein desolates, weit abgelegenes ehemaliges Gasthaus vorgeschlagen.⁶⁵ Zugleich verwehrt sich die BHS dagegen, dass die Gemeinde bei der Standortsuche mithilfe und stimmt damit mit dem damaligen Bürgermeister Martin Krumschnabel überein: „Wir sind ja kein Makler.“⁶⁶
- Im Juni 2010 erfolgt die Versteigerung des ehemaligen Hotels an den Bestbieter, eine private Wohnbaugesellschaft zur Errichtung von Wohnungen. ATIB stellt nicht das Höchstgebot und sucht weiter.⁶⁷

⁶³ <http://tt.com/csp/cms/sites/tt/%C3%9Cberblick/Politik/PolitikKufstein/1063721-6/verein-verzichtet-auf-sporthotel.csp>) Artikel Tiroler-Tageszeitung, zitiert nach: <http://blog.manfredkimmel.at/2010/10/das-nicht-gefuehrte-interview-mit-dem.html> (zu dieser Zeit Journalist der Kronen Zeitung)

⁶⁴ „Die Grazer Problem-Moscheen: Behörden und Politik sind hilflos“ (Kronen Zeitung, 23.6.2013, S. 18f)

⁶⁵<http://blog.manfredkimmel.at/2010/10/das-nicht-gefuehrte-interview-mit-dem.html> (zu dieser Zeit Journalist der Kronen Zeitung)

⁶⁶ <http://tt.com/csp/cms/sites/tt/%C3%9Cberblick/Politik/PolitikKufstein/1063721-6/verein-verzichtet-auf-sporthotel.csp>) Artikel Tiroler-Tageszeitung, zitiert nach: <http://blog.manfredkimmel.at/2010/10/das-nicht-gefuehrte-interview-mit-dem.html> (zu dieser Zeit Journalist der Kronen Zeitung)

⁶⁷ <http://tt.com/csp/cms/sites/tt/%C3%9Cberblick/Politik/PolitikKufstein/1063721-6/verein-verzichtet-auf-sporthotel.csp>) Artikel Tiroler-Tageszeitung, zitiert nach: <http://blog.manfredkimmel.at/2010/10/das-nicht-gefuehrte-interview-mit-dem.html> (zu dieser Zeit Journalist der Kronen Zeitung)

Im Jänner 2011 wird auf den religiösen Versammlungsraum von ATIB in der Kufsteiner Kaiserbergstraße ein Brandanschlag mit einem Molotov-Cocktail verübt, der geringen Sachschaden anrichtet.⁶⁸ Bald darauf werden drei junge Männer verhaftet und im September 2011 wegen Sachbeschädigung zu teilbedingten Haftstrafen verurteilt. Als Tatmotiv nannte einer der Täter, „dass er in der Vergangenheit öfter von Türken bedroht worden sei. Er habe mit dem Anschlag zeigen wollen, dass sich die Österreicher wehren könnten.“⁶⁹ Obwohl sie auch Hakenkreuze und SS-Symbole auf Hausmauern in der Umgebung ihres Brandanschlages hinterließen,⁷⁰ wurden die drei vom Vorwurf der NS-Wiederbetätigung freigesprochen.

Standortwunsch: ehemaliges ÖAMTC-Gebäude in der Willy Graf-Straße

- Nach weiteren erfolglosen Versuchen⁷¹ kauft im Frühjahr 2011 der Verein ATIB mit einem Darlehen von 400.000 Euro das Grundstück des ehemaligen ÖAMTC-Gebäudes inklusive Parkplätzen, wofür sich angeblich einige Mitglieder sogar verschulden mussten.⁷² Das Gebäude steht zu diesem Zeitpunkt bereits seit Jahren leer.⁷³
- Nach der Eintragung ins Grundbuch wird von ATIB am 5. Mai 2011 bei der Gemeinde Kufstein um eine Umbaubewilligung angesucht. Geplant

⁶⁸ <http://www.meinbezirk.at/kufstein/chronik/brandanschlag-auf-tuerkischen-kulturverein-in-kufstein-d44479.html>

⁶⁹ http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/691868/Molotowcocktail-auf-Moschee-in-Kufstein_Trio-verurteilt

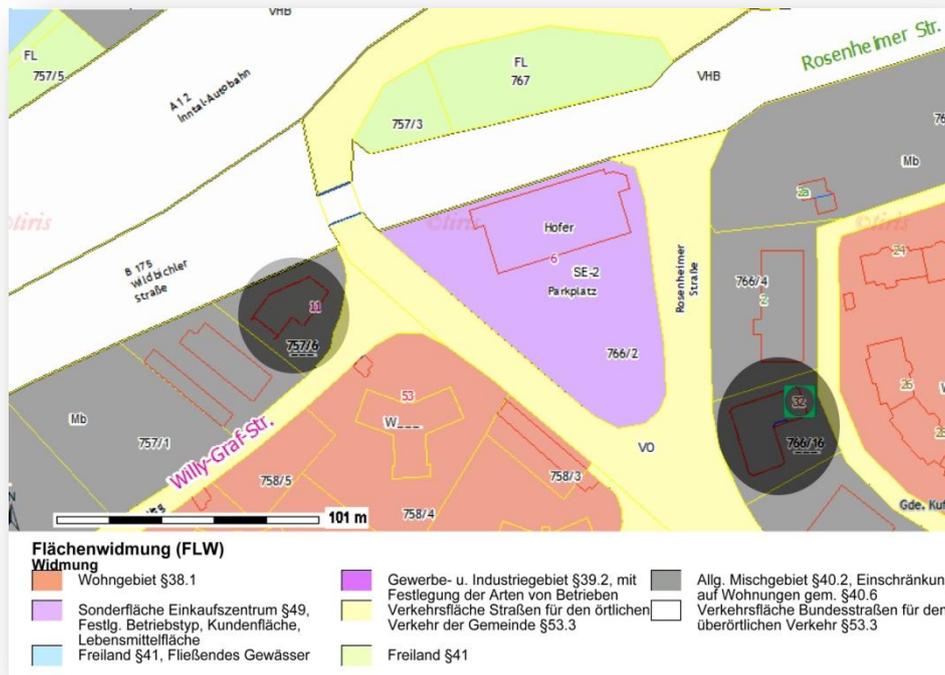
⁷⁰ <http://tirv1.orf.at/stories/493767>

⁷¹ „Nach mehreren vergeblichen Anläufen an verschiedenen Standorten in Kufstein, wie etwa beim Freischwimmbad, beim alten Bayerischen Hof oder bei der Firma Gretter, kaufte der ATIB-Verein bereits im April 2011 um 450.000 Euro die ehemalige ÖAMTC-Niederlassung.“ ⁸ <http://www.tt.com/%C3%9Cberblick/5932549-42/t%C3%BCrkischer-verein-auch-im-neuen-jahr-auf-herbergssuche.csp>

⁷² <http://diepresse.com/home/panorama/integration/673522/Ein-Moscheeverein-auf-Herbergssuche>

⁷³ Interview mit dem Kufsteiner ATIB-Obmann Necati Catalkaya am 20.11.2012

sind u.a. mehrere Gebetsräume mit mehr als 180 m².⁷⁴ Der Außenbereich sollte Großteils unverändert bleiben, Umbauten nur im Inneren durchgeführt werden.⁷⁵ Sofort nach Bekanntwerden der Pläne beginnt eine Diskussion bezüglich der Flächenwidmung des Grundstücks. Während ATIB davon ausgeht, dass man die nötige Widmung bereits habe, meinen andere, dass eine Umwidmung notwendig sei. Da sich in der Nachbarschaft mehrere Siedlungshochhäuser befinden, werde es – nach Meinung der FPÖ – zu massiven Beeinträchtigungen für die Nachbarschaft kommen.



Kufstein: Links: ehemaliges ÖAMTC-Gebäude, 2011 ATIB-Besitz, ablehnender Bescheid für Errichtung einer Moschee; Rechts: bereits bestehender „Königreichsaal“ der Jehovas Zeugen

Die FPÖ stellt daher klar, dass sie einer Umwidmung für den Zweck eines (muslimischen) religiösen Versammlungsraumes nicht zustimmen wird.⁷⁶ Wie in Leoben, so will auch in Kufstein die Bürgerliste (BHS) Un-

⁷⁴ <http://www.tt.com/%C3%9Cberblick/Chronik/ChronikKufstein/2998667-6/atib-verein-ist-abgeblitzt.csp>, zit. nach <http://sosheimat.wordpress.com/2011/07/08/bravo-kufstein-vorerst-keine-atib-moschee/>

⁷⁵ Interview mit dem Kufsteiner ATIB-Obmann Necati Catalkaya am 20.11.2012

⁷⁶ <http://www.gkl-fpoe.at/?cat=5>

terschriften von AnrainerInnen gegen das Projekt sammeln, wiederum parallel zu einem Behördenverfahren. Für den Integrationsreferenten der Stadt, Andreas Falschlunger, steht einem Umbau des ÖAMTC-Gebäudes in einen religiösen Versammlungsraum nichts im Wege. Es *„gehe die Widmung in Ordnung, schließlich dürften die Zeugen Jehovas in unmittelbarer Nachbarschaft auch ihren „Königreichssaal“ nützen.“*⁷⁷ Vorsichtige Kritik kommt von der ÖVP, welche von ATIB eine „Informationspolitik“ einfordert.

- In einer Gemeinderatsversammlung Mitte Mai 2011 üben die FPÖ und BHS heftige Kritik am Bürgermeister Martin Krumschnabel (von der Bürgerliste „Die Parteifreien“). Obwohl die Gemeinde in erster Instanz über Bauverfahren zu entscheiden hat, wird medial verkündet, dass der Bürgermeister das ATIB-Bauansuchen bereits an die Landesabteilung für Raumordnung zur Entscheidung weitergeleitet habe.⁷⁸
- Anfang Juli 2011 bekommt ATIB von der Stadtgemeinde Kufstein einen negativen Bescheid für die Umbaupläne des ehemaligen ÖAMTC-Areals. Unterfertigt ist der Bescheid von FPÖ-Vizebürgermeister Walter Thaler: „Die Abteilungen im Stadtamt sind der Meinung, dass in einem Mischgebiet kein Gebetshaus errichtet werden darf.“ ATIB kann diese Entscheidung nicht nachvollziehen, da ihnen die städtischen Behörden erst 2008 gesagt hätten, dass sie ihren religiösen Versammlungsraum nur im Mischgebiet oder Industriegebiet errichten dürften. ATIB behält sich vor, über den Anwalt von ATIB Österreich Einspruch gegen diesen Bescheid einzulegen. Von der antiislamischen Internetplattform „SOS Heimat“ wird diese Entscheidung gelobt: „Widerstand lohnt sich! Österreich braucht keine weiteren AKP-Parallelgesellschafts-Moscheen mehr! (...) SOS meint – „Walter [Thaler] hätte sich ein paar Mails mit Gratulationswünschen redlich verdient!“⁷⁹

⁷⁷ <http://diepresse.com/home/panorama/integration/673522/Ein-Moscheeverein-auf-Herbergssuche>

⁷⁸ <http://diepresse.com/home/panorama/integration/673522/Ein-Moscheeverein-auf-Herbergssuche>

⁷⁹ <http://sosheimat.wordpress.com/2011/07/08/bravo-kufstein-vorerst-keine-atib-moschee/>

- Der Kufsteiner Bürgermeister selbst erklärt sich in der Angelegenheit für befangen: „Ich habe mich für befangen erklärt, weil meine Eltern in der Nachbarschaft wohnen, ich selbst dort einmal gewohnt habe und auch viele ehemalige Nachbarn in dieser Angelegenheit bei mir gewesen sind. Egal, welchen Bescheid ich erlassen hätte, die Optik wäre immer blöd gewesen.“⁸⁰
- Der Berufung von ATIB gegen den negativen Bescheid vom Juni 2011 wird mit Bescheid des Stadtrates vom September 2011 nicht stattgegeben: „Ein Vereins- und Gebetshaus ist baurechtlich aus Sicht der Stadt und des Landes in einem Mischgebiet nicht möglich (dafür bräuchte es eine Kernflächen- oder eine Sonderflächenwidmung), weshalb die Stadt die baurechtliche Genehmigung in erster und in zweiter Instanz versagte. Nun sind wohl die Rechtsmittelinstanzen Land Tirol bzw. Verwaltungsgerichtshof am Zuge.“⁸¹ Für Bürgermeister Krumschnabel legt das Raumordnungsgesetz klar fest „in welcher Widmungssparte was erlaubt ist. (...) Es ginge nur im Wohngebiet, wenn das dem kulturellen Bedarf der Gegend dient. Weiters im Kerngebiet sowie auf auszuweisenden Sonderflächen.“⁸² Er rät, den geplanten Standort aufzugeben und es an einem neuen Ort zu versuchen. Bürgermeister Krumschnabel kann sich auch ein Nachbarschafts-Mediationsverfahren vorstellen, dieses wird jedoch im Gemeinderatsausschuss abgelehnt. Da auch eine Sonderflächenwidmung möglich wäre, bringt Gemeinderat Andreas Falschlunger im Bauausschuss einen Antrag auf Ausweisung einer Sonderflächenwidmung für das ÖAMTC-Gelände ein.⁸³ Dass Sonderflächenwidmungen im Mischgebiet nicht unüblich sind, zeigt die Umwidmung für den neuen ÖAMTC-Standort in Kufstein im Jahr 2007.⁸⁴

⁸⁰ <http://www.tt.com/%C3%9Cberblick/Chronik/ChronikKufstein/2998667-6/atib-verein-ist-abgeblitzt.csp>, zit. nach <http://sosheimat.wordpress.com/2011/07/08/bravo-kufstein-vorerst-keine-atib-moschee/>

⁸¹ Kufsteiner Information, S. 11, Oktober 2011, http://www.kufstein.at/gemeindeamt/download/222532867_1.pdf

⁸² <http://www.vero-online.info/page.php?id=2115>

⁸³ <http://www.meinbezirk.at/kufstein/politik/interview-mit-buergermeister-martin-krumschnabel-kernaufgaben-am-wichtigsten-d115114.html>

⁸⁴ „Der Flächenwidmungsplan für das GSt. 325/6 und einer Teilfläche des Gstes. 325/1, beide KG Kufstein, wird von bisher „Mischgebiet“ in „Sonderfläche ÖAMTC Stützpunkt“ bzw. „Verkehrsfläche der Gemeinde“ geändert. Für das GSt.

- Im April 2012 hebt die Tiroler Landesregierung den Berufungsbescheid des Stadtrates auf und verweist die Berufung wiederum an den Stadtrat zur neuerlichen Entscheidung zurück. „Die Tiroler Landesregierung teilte die Meinung des Stadtrates, wonach das gegenständliche Bauvorhaben einem Benutzerkreis dient, der über jenem des betreffenden Mischgebietes hinausgeht. Jedoch vermisste die Aufsichtsbehörde Überlegungen des Stadtrates insbesondere dahingehend, ob das geplante Bauvorhaben nicht als öffentliches Gebäude anzusehen sei, für welches die vorgenannte Einschränkung des Benutzerkreises nicht gelte.“⁸⁵
- Nachdem im Juni 2012 ATIB eine Stellungnahme abgibt, fordert die Stadt im Herbst 2012 zu einer weiteren Stellungnahme auf.⁸⁶ Das alles bedeutet für ATIB, dass die monatlichen Kreditraten für das gekaufte ÖAMT-Grundstück zusätzlich zur Miete des aktuellen Versammlungsraums anfallen.
- Da es in den kommenden Monaten zu keinem neuen Bescheid des Stadtsenats kommt, bringt ATIB daher Mitte Dezember 2012 einen so genannten Devolutionsantrag ein (eine Säumnisbeschwerde, wenn eine Behörde über einen Antrag oder eine Berufung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit entscheidet). Mit dem Antrag wollte ATIB den Übergang der Zuständigkeit vom Stadtsenat auf den Gemeinderat erreichen. Dieser Devolutionsantrag wird vom Kufsteiner Gemeinderat abgelehnt, da man kein Verschulden an dem überlange ausstehenden Berufungsbescheid sieht.⁸⁷
- Im Februar 2013 ist das nunmehr bereits seit eineinhalb Jahren laufende Bauverfahren wieder Thema im Kufsteiner Gemeinderat. Für ATIB ist die weitere Vorgehensweise unklar. Für den ATIB-Anwalt „stelle sich aber die Frage nach der Haftung der Politik. Der Verein habe einen Kre-

325/6 werden zudem der allgemeine und der ergänzende Bebauungsplan erlassen. Auf dem GSt. 325/6, welches sich in der Nähe des sog. Hofer-Kreisverkehrs in Endach befindetet, soll der neue ÖAMTC-Stützpunkt errichtet werden. Der ÖAMTC-Stützpunkt in der Willy Graf-Straße wird dann aufgelassen.“ (http://www.kufstein.at/gemeindeamt/download/Amtsblatt_Dezember_2007.pdf, S. 8)

⁸⁵ Amtsblatt der Stadt Kufstein / Nr. 2 / Mai 2013, S. 9

⁸⁶ Interview mit dem Kufsteiner ATIB-Obmann Necati Catalkaya am 20.11.2012

⁸⁷ Amtsblatt der Stadt Kufstein / Nr. 2 / Mai 2013, S. 9

dit für den Liegenschafts Kauf und eine Miete für das jetzige, viel zu klein gewordene Haus zu berappen.“⁸⁸

Standortwunsch Schenker-Gebäude in der Münchner Straße:

- Da sich abzeichnet, dass die Diskussionen um den geplanten Standort in der Willy Graf-Straße im ATIB-Eigentum sich noch ohne Ergebnis in die Länge ziehen könnten, macht sich ATIB bereits im Winter 2012 wiederum auf Ersatzstandortsuche. Als möglicher Standort kommt für ATIB das so genannte „Schenker-Gebäude“ in Frage. Laut Kufsteiner Integrations-sprecher Falschlunger gebe es aber auch hier Nachteile: „Erstens ist es teurer als das ÖAMTC-Gebäude, zweitens würde es der Verein nur kaufen, wenn die Stadtgemeinde auch die Benützungsbewilligung erteilt“.⁸⁹
- Im Sommer 2013 steht eine Entscheidung über den neuen Standort noch aus.

⁸⁸ Tiroler Tageszeitung, Printausgabe vom Mi, 13.02.2013 <http://www.tt.com/Tirol/6125027-2/t%C3%BCrkischer-verein-muss-warten.csp>

⁸⁹ <http://www.tt.com/%C3%9Cberblick/5932549-42/t%C3%BCrkischer-verein-auch-im-neuen-jahr-auf-herbergssuche.csp>

c) Rechtsgrundlage und Betrieb von ATIB in Wörgl

In den 1980er Jahren gibt in der Nähe des heutigen Autofachgeschäfts „Forstinger“ in der Brixentalerstraße in Wörgl ein altes unbewohntes Haus. Das einstöckige Haus wird angemietet und komplett umgebaut. Damals gibt es noch nicht verschiedene islamische Verbände wie heute und der Raum wird als gemeinsamer Gebetsraum aller Wörgler Muslime genutzt, auch von Aleviten. Dieser Standort wird jedoch aufgegeben, da der Besitzer das Gebäude abreißen und einen Neubau errichten lassen will. Spannungen oder Konflikte mit der damaligen Nachbarschaft bzw. der Gemeinde Wörgl sind aus dieser Zeit keine bekannt. Dann - teilweise auch aus politischen Meinungsunterschieden innerhalb der muslimischen Gläubigen - bilden sich in der Folge verschiedene muslimische Gebetsräume einzelner Verbände heraus.⁹⁰ ATIB Wörgl wird bereits 1989 gegründet⁹¹ und hat Anfang der 1990er Jahre das Erdgeschoß eines alten Hauses in der Bahnhofstraße 8 für seinen religiösen Versammlungsraum gemietet, während sich im Obergeschoß Wohnungen befinden. Auch hier wird das Haus später abgerissen.

- Nach dem Standort in der Johann-Seisl-Straße zieht ATIB 2002 an den aktuellen Standort in der Michael-Unterguggenberger-Straße 16. Das Gebäude wurde vorher als Gewerbebetrieb (Werkstätte für Kabel-TV etc.) sowie als Wohnhaus des Geschäftsinhabers genutzt. Als das Haus durch ATIB gekauft wird, ist die nachbarschaftliche Struktur der Umgebung noch sehr unterschiedlich im Vergleich zur derzeitigen Situation: zwar ist die gegenüberliegende ehemalige Kaserne bereits ungenutzt, aber die zweite Wohnhälfte des Gebäudes ist noch bis 2004 unbewohnt, das benachbarte Einkaufszentrum besteht noch nicht und die inzwischen verschwundene „Ford“-Werkstätte ist noch in Betrieb. Auch einige der nunmehr bestehenden Wohnhäuser in der Nachbarschaft sind zu diesem Zeitpunkt noch nicht errichtet.⁹²

⁹⁰ Gesprächsprotoll vom 22.11.2012 mit Bülent Dönmez (ATIB-Wörgl Obmann) und Kaya Kayahan (GF des IGZ Wörgl)

⁹¹ <http://salzburgdinhizmetleriataselig.com/ataseligimiz>

⁹² Gesprächsprotoll vom 22.11.2012 mit Bülent Dönmez (ATIB-Wörgl Obmann) und Kaya Kayahan (GF des IGZ Wörgl)

- Mit der Gemeinde gibt es hinsichtlich der Widmung im Mischgebiet keinerlei Probleme, auch ist die Nutzung des Gebäudes durch ATIB bekannt. Eine Umwidmung als Sonderflächennutzung ist kein Thema.⁹³ Im Februar 2003 wird dem Verein per Baubescheid rechtskräftig bewilligt, die Räume als religiösen Versammlungsraum und Vereinslokal nutzen zu dürfen.⁹⁴
- Im Jahr 2004 zieht in die zweite Haushälfte eine neue Nachbarin ein, wissend um die Nutzung der anderen Haushälfte als Vereinslokal. Die Nachbarin ist zu dieser Zeit bereits Gemeinderätin in Wörgl. Da der Zufahrtsweg zu ATIB bei ihr vorbeiführt, ist sie von Parkplatznot und Geräusentwicklung direkt betroffen.
- Durch die nach dem Einzug von ATIB vermehrte Verbauung der Michael-Unterguggenberger-Straße mit Wohnbauten erhöht sich auch die Anzahl jener NachbarInnen, welche vom Betrieb des religiösen Versammlungsraumes betroffen sind. Das Parkplatzproblem wird bereits vor dem Sommer 2008 so gelöst, dass die BesucherInnen des religiösen Versammlungsraumes ihre Fahrzeuge weiter entfernt parken.⁹⁵
- Angeblich wegen AnrainerInnenprotesten aufgrund des Betriebes des muslimischen Versammlungsraums beschließt der Wörgler Gemeinderat in der letzten Sitzung vor der Sommerpause 2011, dass die Rechtsgrundlage des ATIB-Standortes bzw. weiterer religiöser Versammlungsräume verschiedener Religionsgemeinschaften in Wörgl überprüft werden solle.⁹⁶
- Ende August 2011 erhält ATIB dann einen Feststellungsbescheid des Stadtbauamtes, dass man ein Verfahren zur Überprüfung der Rechtmä-

⁹³ Gesprächsprotokoll vom 22.11.2012 mit Bülent Dönmez (ATIB-Wörgl Obmann) und Kaya Kayahan (GF des IGZ Wörgl)

⁹⁴ http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/693508/Zu-viele-Ortsfremde-Moschee-in-Tirol-droht-Schliessung?_vl_backlink=%2Fhome%2Findex.do

⁹⁵ http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/693508/Zu-viele-Ortsfremde-Moschee-in-Tirol-droht-Schliessung?_vl_backlink=%2Fhome%2Findex.do

⁹⁶ <http://www.tt.com/%C3%9Cberblick/Chronik/ChronikTirol/3290052-6/gebetsr%C3%A4ume-ohne-widmung.csp>

ßigkeit des Standortes eingeleitet habe.⁹⁷ Dabei geht es auch um die BenutzerInnenstruktur des muslimischen Versammlungsraums. Das Stadtbauamt sieht ein Problem darin, dass der überwiegende Teil der BesucherInnen nicht im betreffenden Gebiet wohnhaft sei und „daher erfülle das Gebetshaus nicht „die sozialen und kulturellen Bedürfnisse des betreffenden Gebietes“. Es sei nämlich darauf zu achten, dass die Wohnqualität nicht durch Lärm und Geruch vermindert werde.“⁹⁸ Die islamfeindliche Website „SOS Heimat“⁹⁹ kommentiert dies mit: „Gratulation! Moschee in Tirol droht Schließung! Endlich einmal für unsere leidgeplagten und treuen Leser eine gute Nachricht!“¹⁰⁰

- Bereits bis Mitte September 2011 hat der Verein mit Unterstützung des ATIB-Anwalts eine Stellungnahme mit dem Ersuchen zur Einstellung des Verfahrens übermittelt, da dem Verfahren des Wörgler Stadtbauamtes ihrer Ansicht nach die Rechtsgrundlage fehle. So könne, laut ATIB-Anwalt, ein Bescheid nur aufgehoben werden, wenn die Gesundheit von Menschen gefährdet sei. Auch die Behauptung der Behörde „dass das öffentliche Interesse schwerer wiege als die privaten Interessen der Partei“ sei nicht nachvollziehbar.¹⁰¹
- Auch einige der NachbarInnen fordern nun im Herbst 2011 „eine rechtliche Klärung hinsichtlich der Flächenwidmung. (...) Man „verweist auf eine rechtliche Stellungnahme der Raumordnungsabteilung des Landes, die der Stadt vorliege. Dieser zufolge sei unter den jetzigen Vorausset-

⁹⁷ http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/693508/Zu-viele-Ortsfremde-Moschee-in-Tirol-droht-Schliessung?_vl_backlink=%2Fhome%2Findex.do und <http://www.tt.com/%C3%9Cberblick/Chronik/ChronikTirol/3290052-6/gebetsr%C3%A4ume-ohne-widmung.csp>

⁹⁸ http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/693508/Zu-viele-Ortsfremde-Moschee-in-Tirol-droht-Schliessung?_vl_backlink=%2Fhome%2Findex.do

⁹⁹ Vgl. dazu auch: <http://dastandard.at/1326503269072/Die-Welt-eines-rechten-Wut-Bloggers>

¹⁰⁰ <http://sosheimat.wordpress.com/2011/09/15/gratulation-moschee-in-tirol-droht-schliessung/>

¹⁰¹ http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/693508/Zu-viele-Ortsfremde-Moschee-in-Tirol-droht-Schliessung?_vl_backlink=%2Fhome%2Findex.do

zungen die Widmung im Wohngebiet nicht gesetzeskonform, da der Betrieb über den Bedarf der Gegend hinausgehe.“¹⁰²

- Im Herbst 2011 reagiert ATIB mit mehreren Aktivitäten: ATIB legt der Gemeinde Wörgl freiwillig ihre Mitgliederliste inkl. Adressangabe vor. Danach sind nur ca. 15% der ATIB Wörgl-Mitglieder außerhalb von Wörgl wohnhaft.¹⁰³
 - Eine weitere Maßnahme ist im Oktober 2011 ein einmaliges Treffen von ATIB mit NachbarInnen und Vermittlung durch den Wörgler Integrationsausschuss. Beim Treffen wird für konkret formulierte AnrainerInnenwünsche nach Abhilfe gesucht (wobei sich nicht alles einfach lösen lässt):¹⁰⁴
- ➔ Hinsichtlich der An- und Abreise der Gläubigen werden Maßnahmen vereinbart. Inzwischen kommen immer mehr Gläubige zu Fuß bzw. parken etwas weiter entfernt.
- ➔ Der jährliche Kermes im Freien beim ATIB-Gebäude¹⁰⁵ wird nun zum Volkshausgelände verlagert.
- ➔ Nach dem Fastenbrechen im Ramadan kommt es teilweise auch abends zu größeren Menschenansammlungen vor dem ATIB-Gebäude mit einem gewissen Lärmpegel. Hier werden nun die Gläubigen vom Imam bzw. von ATIB-Verantwortlichen angehalten, beim Verlassen des Gebäudes möglichst leise zu sein.
- Durch die Überprüfungen des Wörgler Stadtbauamtes kommt es Anfang des Jahres 2012 zu baulichen Auflagen, welche vorgeschrieben werden.

¹⁰²

<http://www.vero-online.info/page.php?id=2120>;
<http://www.tt.com/%C3%9Cberblick/Politik/PolitikKufstein/3585514-6/aussprache-l%C3%A4sst-auf-l%C3%B6sung-f%C3%BCr-atib-haus-hoffen.csp>

¹⁰³ Gesprächsprotoll vom 22.11.2012 mit Bülent Dönmez (ATIB-Wörgl Obmann) und Kaya Kayahan (GF des IGZ Wörgl)

¹⁰⁴ „Die Anrainer haben dabei die Probleme vorgetragen und dazu eine sieben Punkte umfassende Liste erstellt. ATIB wird jetzt prüfen, wie die aufgelisteten Kritikpunkte wie Lärm, Parkplatznot, Zufahrt, Anzahl der Veranstaltungen und Teilnehmer in den Griff zu bekommen ist“, teilt Integrationsbeauftragter Christian Kovacevic mit und ortet den Willen, „mit der Nachbarschaft auszukommen“. Das Gespräch, das mit dem anhängigen Verfahren zur Überprüfung der Flächenwidmung nichts zu tun hatte, sei ein „recht großer Schritt in eine positive Richtung“ gewesen. Verhaltener kommentiert Helmut Müller, betroffener Anrainer das Ergebnis: „Konkret ist dabei nicht viel heraus gekommen. ...“ Sollte der Standort bleiben, betrifft einer der Anrainerwünsche die Zufahrt: „Sie sollte nicht mehr über die Unterguggenbergerstraße erfolgen, sondern von Norden her zur Salzburgerstraße.“ <http://www.vero-online.info/page.php?id=2120>

¹⁰⁵ Vgl. <http://www.meinbezirk.at/woergl/chronik/kermes-bei-der-atib-moschee-d97096.html>

Diese kostenintensiven baulichen Lärmschutzmaßnahmen (für Keller und Gebetsraum), welche durch Spenden der Mitglieder getragen werden müssen, werden im Frühjahr 2012 umgesetzt.¹⁰⁶

- Im Oktober 2012 wird ein abschließendes Protokoll nach Erledigung der vorgeschriebenen baulichen Adaptierungen erstellt.¹⁰⁷ Auch mit der direkten Nachbarin funktioniert im Jahr 2012 die Kommunikation nun besser, da bei Anliegen direkt telefonisch zwischen ihr und dem ATIB-Obmann kommuniziert wird.¹⁰⁸

¹⁰⁶ Gesprächsprotokoll vom 22.11.2012 mit Bülent Dönmez (ATIB-Wörgl Obmann) und Kaya Kayahan (GF des IGZ Wörgl)

¹⁰⁷ Gesprächsprotokoll vom 22.11.2012 mit Bülent Dönmez (ATIB-Wörgl Obmann) und Kaya Kayahan (GF des IGZ Wörgl)

¹⁰⁸ Gesprächsprotokoll vom 22.11.2012 mit Bülent Dönmez (ATIB-Wörgl Obmann) und Kaya Kayahan (GF des IGZ Wörgl)

d) Errichtung einer/eines Glaubenssäule / Gebetssäule / Stele / Gebetsturms / Moscheeturms / Minaretts in Telfs

In der Tiroler Gemeinde Telfs kommt es im Jahr 2005/2006 nicht wegen der Errichtung eines religiösen Versammlungsraumes zum Konflikt, sondern aufgrund der Pläne des am Standort bereits seit mehreren Jahren ansässigen Betreibers ATIB, vor seinem muslimischen Versammlungsraum ein ca. 20 Meter hohes Minarett zu errichten. Da dieses auf einem Teil des bereits ATIB gehörenden Grundstücks errichtet wird, ändert sich auch an der Ausdehnung des religiösen Versammlungsraums in den öffentlichen Raum hinein nichts. So geht es hier Großteils nicht um Nachbarschafts- oder Nutzungsfragen, sondern um eine Diskussion über die Sichtbarkeit des Islam und seiner (architektonischen) Symbolik im öffentlichen Raum.

Bereits in den 1960er Jahren kommen die ersten türkischen ArbeiterInnen nach Telfs, vor allem für die Tätigkeit in Textilbetrieben. Inzwischen wird der Anteil von TelferInnen mit türkischem bzw. türkisch-kurdischem Migrationshintergrund auf mehr als 2.200 geschätzt, von welchen mehr als die Hälfte österreichische Staatsbürgerinnen sind.¹⁰⁹

Ende der 1970er Jahre wird der erste kleine muslimische Gebetsraum in Telfs eingerichtet. Er befindet sich in einem Privathaus am Wiesenweg.

¹⁰⁹ http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/integration/downloads/Leitbild-neu-Stand_Jaenner_2009/themenuebergreifend/Telfs_Kommen_und_Gehen_06.pdf



110

Für größere Feierlichkeiten wird von den Telfer Muslimen auch der alte Rathaussaal genutzt.



111

Islamisches Neujahrsfest 1982

110 http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/integration/downloads/Leitbild-neu-Stand_Jaenner_2009/themenuebergreifend/Telfs_Kommen_und_Gehen_06.pdf

111 http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/integration/downloads/Leitbild-neu-Stand_Jaenner_2009/themenuebergreifend/Telfs_Kommen_und_Gehen_06.pdf

An der Eröffnung eines weiteren Moscheestandortes im Jahr 1987 nehmen der damalige Telfer Bürgermeister Kopp und Dekan Saurer teil.



112

Um 1995/96 schließt sich der bereits länger in Telfs bestehende muslimische Verein dem Dachverband ATIB an. Der lokale ATIB-Verein ist daher bereits mehr als zwei Jahrzehnte in Telfs tätig und durch seine Aktivitäten gut in die Telfer kommunalen Netzwerke eingebunden. Neben ATIB betreibt weiters der österreichisch-türkische Kulturverein seit Jahren einen muslimischen Versammlungsraum in der Bahnhofstraße. Um 2005 wird dieser von etwa einem Drittel der Muslime mit türkischem-kurdischem Migrationshintergrund besucht.¹¹³

- Die Eyüp-Sultan-Moschee von ATIB wird am Gießenweg nach dem aufwändigen Umbau der ehemaligen Bezirksstelle des Roten Kreuzes im November 2001 feierlich eröffnet.¹¹⁴

¹¹² <http://www.telfs-heute.at/files/Binder131.pdf>, 1.2004, S. 11

¹¹³ Gemeinderatssitzung vom 15.5.2005, S. 20ff http://www.telfs-heute.at/files/13_gr.pdf

¹¹⁴ Telfer Blatt, 16.11. 2001, S. 12. Laut der Zeitung „Der Standard“ werden die Räumlichkeiten am Standort bereits früher genutzt: „Immerhin gibt es die Moschee in Telfs an dieser Stelle bereits seit 1998. Und bei ihrer Gründung gab es keinen Aufruhr wie derzeit. (<http://derstandard.at/2242021>)

Halbmond und Kreuz

"Das Rote Kreuz und der Rote Halbmond sind in diesem Haus eineinhalb Jahre lang freundschaftlich neben einander gestanden. Ich würde mich über mehr islamische Mitbürger als Helfer beim Roten Kreuz freuen."

RK-Bezirksstellenleiter Prof. Bernd Puschendorf

"Dass die Moslems hier am Anfang in einer Garage beten mussten, hat mich immer gestört. Jetzt haben sie einen würdigen Platz. Und da sieht man, dass die Türken auch nicht so viel anders sind als wir. Sie stehen auch gerne im Grundbuch."

Bgm. Helmut Kopp

"In unserem Sozialraum sind auch Nicht-Moslems herzlich willkommen. Der Raum, in dem die Koranschule untergebracht ist, dient auch für Deutsch- und Computerkurse."

ATIB-Obmann Temel Demir

"Dieses Haus hat als Rettungsheim jahrzehntlang dem Frieden und der Nächstenliebe gedient. Ich rufe Sie gerade in diesen Tagen zum friedvollen Miteinander auf."

Bgm. Helmut Kopp

Islamverein errichtete in der "alten Rettung" Kommunikations- und Gebetsräume

Moschee feierlich eröffnet

Viel Anerkennung erntete der türkische Islamverein für seine neue Moschee. Die Begriffe Friede und Brüderlichkeit standen im Mittelpunkt der Eröffnung.

Das Vereinshaus kam sich sehen lassen - Obmann Temel Demir bedankte sich besonders bei der Gemeinde, dem Roten Kreuz, der Raiffeisenbank und Tiroler Unternehmern für deren Unterstützung.

"Wir haben hier in zwei Jahren des Zusammenlebens keinen Streit gehabt. Ich denke gerne daran zurück", bestätigte Rettungs-Chef Prof. Bernd Puschendorf.



MIT EINEM WUNDERBAREN TEPPICH ist der Betsaal ausgelegt. Hier tragen die Männer keine Schuhe und knien auf dem Boden. Auch Dekan Franz Saurer und Bgm. Helmut Kopp (links) kamen zur Eröffnung der Moschee.



MIT TELFER WIMPEL und Halbmond-Fahne: Obmann Temel Demir (Mitte), rechts daneben der Religionsgelehrte.

ATIB Telfs ist ein offiziell anerkannter türkischer Islamverein mit ca. 150 Mitgliedern (Männer/Familien). Obmann seit zehn Jahren ist Temel Demir. Der Vorbeter (Hoca) wird vom Staat geschickt, bezahlt und alle vier bis fünf Jahre getauscht. 5 Betzeiten täglich, besonders wichtig ist das Freitagsgebet. Im Fastenmonat Ramadan ab 16.11. heißt es vermehrt beten und zwischen Sonnenauf- und Untergang fasten (jeden Abend kocht eine andere Familie für alle). Im Haus untergebracht sind Betsaal, Gemeinschaftslokal (auch für Nicht-Moslems), Geschäft, Büro, Koranschule, Unterrichtssaal für Frauen und Kinder, Fußballverein und Tirols einzige Leichenwaschhalle (behördlich genehmigt). Ein zweiter - privater - Islamverein befindet sich beim Postamt.

115

- Im Gemeinderat taucht in den kommenden Jahren die Moschee bzw. deren Betrieb nur am Rande auf, etwa wenn es um die Beseitigung von Thujen geht, die Finanzierung des Gehsteiges und Erweiterung des Parkplatzes vor der Moschee.¹¹⁶ Die Nutzung der Moschee scheint - außer dem bisweilen auftauchenden Thema der Lärmentwicklung bzw. Ruhestörung¹¹⁷ - vergleichsweise wenig an Reaktionen der Nachbarschaft hervorzurufen. Die Parkplatzsituation am Gießenweg ist auch Thema aufgrund von Veranstaltungen des neu errichteten naheliegenden Königreichssaales der Jehovas Zeugen.¹¹⁸ Die Frequenz der motori-

¹¹⁵ Telfer Blatt, 16.11.2001

¹¹⁶ Gemeinderatssitzung, 17.10.2003, S. 23 http://www.telfer-heute.at/files/gr_57.pdf

¹¹⁷ Gemeinderatssitzung vom 16.6.2005, S. 20 http://www.telfer-heute.at/files/14_gr.pdf und Gemeinderatssitzung 4.8.2005, S. 29 http://www.telfer-heute.at/files/15_gr.pdf

¹¹⁸ 2. Mai 2003, S. 36 http://www.telfer-heute.at/files/gr_52.pdf

sierten StraßenbenützerInnen am Gießenweg wird nochmals massiv durch den Bau des 40.000 m² großen Einkaufszentrums¹¹⁹ ansteigen.



Der heutige Standort der ATIB-Moschee¹²⁰

In der Moschee finden immer wieder (auch auf Anregung und in Kooperation mit der Gemeinde¹²¹) Integrations- und Bildungsprojekte statt, etwa ein Tanznachmittag mit der Seniorentanzgruppe (2003)¹²², Deutschkurse (ab Oktober 2004 auch als „Sprachkrabbelstube“ für ein- bis dreijährige Kinder¹²³).

Daneben besuchen VertreterInnen der Gemeinde inklusive dem Bürgermeister immer wieder das seit 2002 gemeinsam gefeierte Fastenbrechen am Ende des Ramadans.

¹¹⁹ <http://www.falter.at/falter/2008/01/22/das-minarett-im-dorf/>

¹²⁰ <http://www.telfs-heute.at/files/blatt160h.pdf>, Mai 2007, S. 10

¹²¹ <http://www.telfs-heute.at/files/tb141.pdf>, 1.2005, S. 11

¹²² Gemeinderatssitzung 14.3.2002, S. 22, http://www.telfs-heute.at/files/gr_51.pdf

¹²³ http://www.telfs-heute.at/files/blatt_138.pdf, 9.2004, S. 8



IN DER "BLAUEN MOSCHEE" der Telfer Muslime im ehemaligen Rettungsgebäude Gleßenweg: Obmann Temel Demir, Botschaftsrat Harun Özdemird, Bgm. Helmut Kopp, Botschafter Sami Güner und Dekan Franz Saurer (Bildmitte von links).

Gemeinsames Fastenbrechen 2003¹²⁴

Die Stimmung ändert sich jedoch, als im Oktober 2005 die Pläne für den Bau eines 20 Meter hohen Minarettes in Telfs vor der Moschee von ATIB öffentlich werden.¹²⁵ Zu diesem Zeitpunkt besitzt lediglich die Saalfeldener Moschee ein im Jahr 2003 errichtetes Minarett mit einer Höhe von rund acht Metern.¹²⁶

Die kommenden Monate werden bestimmt von einem politischen und medialen Szenario, das den bereits vorangegangenen Beispielen sehr ähnelt:
 → Die Betreiber machen Pläne für Standort und sprechen diese mit Kommunalpolitik teilweise (zu wenig) ab.

¹²⁴ <http://www.telfs-heute.at/files/Binder130.pdf>, 12.2003, S. 2

¹²⁵ <http://cinalilernklub.twoday.net/stories/1051865/>

¹²⁶ <http://www.moschee-saalfelden.at/pages/deutsch/ueber-den-kulturverein/informationen.php>

- Die mediale Veröffentlichung führt zu folgenden Reaktionen:
- AnrainerInnen fürchten um Auswirkungen wie weniger Parkplätze und mehr Lärm.
 - Dies vermischt sich mit dem bereits zum Topos geworden öffentlichen Bild eines muslimischen Versammlungsraums als grundsätzliches Problem („Moscheebaukonflikt“). Zu dieser a priori-Problematisierung tragen auch Vorschläge bei, welche bereits vor Baubeginn Mediationsverfahren einfordern. Dies jedoch schafft ein paralleles Machtsystem zum offiziellen Behördenweg mit einem Bauverfahren. Es schwächt zudem die rechtliche Position des Bauwerbers und gibt NachbarInnen sowie Unbeteiligten - neben den berechtigten subjektiv-öffentlichen Rechten - ohne Rechtsbasis weitere Mitbestimmungsrechte in die Hand.
- Der Konflikt wird von den KritikerInnen verallgemeinert. Statt der nur direkt Betroffenen wird das Projekt zum Thema aller gemacht. Es werden AnrainerInneninitiativen gegründet, und (immer wieder angeregt bzw. geleitet von politischen Parteien) Unterschriftenlisten aufgelegt. Der Konflikt dreht sich jetzt nicht mehr um ein Bauprojekt, sondern vielmehr geht es bereits um eine grundsätzliche Kritik an der öffentlichen Religionsausübung einer in Österreich gesetzlich anerkannten Religionsgesellschaft.
- Parallel zu diese „Druck von der Straße“ haben lokale BehördenvertreterInnen ein Bauverfahren wie in allen anderen Fällen abzuwickeln. Dies wird erschwert, indem KritikerInnen des Bauprojekts für die „Gesamtbevölkerung“ eine Parteienstellung einfordern (etwa in Form einer Informationspflicht der BetreiberInnen allen gegenüber und einer kommunalen Mitbestimmungsmöglichkeit, welche weit über gesetzlich garantierte Nachbarschaftsrechte hinausgeht).

Positionen von AnrainerInnen

Nachdem 2005 der Bauwunsch hiesiger Muslime bekannt geworden ist, gründen NachbarInnen (und andere TelferInnen?) eine **BürgerInneniniti-**

ative. Ihre Befürchtungen: Parkplatzprobleme und vermehrte BesucherInnenzahlen. ATIB sucht mit ihnen das Gespräch.¹²⁷ Von der BürgerInneninitiative werden angeblich bis zum Zeitpunkt der Bauverhandlung im November 2005 **2400 Unterschriften** gegen den Bau des Minaretts gesammelt.¹²⁸ Unklar bleibt, wer hier alles unterschreiben durfte: nur AnrainerInnen, nur TelferInnen, jedermann/ jede Frau? Noch vor der Bauverhandlung im November 2006 hat „der unmittelbare Nachbar der Moschee, der Unternehmer Norbert Walser, seine Einsprüche deponiert. Der geplante 20 Meter hohe Bau entspreche nicht der Tiroler Bauordnung, sagt er. Das Minarett dürfe maximal acht Meter hoch sein. (...) Norbert Walser wird als Nachbar mit Parteienstellung seine Argumente gegen den Turm vorbringen. Sollte es einen positiven Baubescheid geben, dann will man notfalls bis zum Verwaltungsgerichtshof gehen.“¹²⁹

Position politischer Parteien

Die FPÖ ist strikt gegen den Bau und sieht sich auf Seite der AnrainerInnen bzw. der „Bevölkerung“. Die Ablehnung der FPÖ umfasst daher nicht nur das aktuelle Bauprojekt sondern prinzipiell den Bau von Minaretten.¹³⁰ Der Diskurs wird dabei verknüpft mit dem Thema der Zuwanderung. FPÖ-Obmann Gerald Hauser: "Mit dem Bau jeder weiteren Moschee wird in Tirol die Infrastruktur für weitere türkische Zuwanderung gefördert."¹³¹ Beim außerordentlichen Landestag der Tiroler FPÖ in Telfs Anfang Dezember 2005 (nur wenige Tage nach der Bauverhandlung für das Minarett) unter dem Motto "Herr im eigenen Haus bleiben" meint der ebenfalls in Telfs anwesende FPÖ-Obmann Strache: "Wir wollen unsere Kultur erhalten wis-

¹²⁷ http://www.meinmonat.at/ausgaben/MM_13_05.pdf, 10.2005, S.2

¹²⁸ <http://www.kath.net/news/12017>, 13.11.2005

¹²⁹ <http://tirv1.orf.at/stories/70104> 14.11.2005

¹³⁰ http://www.oe-journal.at/Aktuelles/!2008/TirolLandtagswahl2008_FPOe.htm

¹³¹ die NEUE Zeitung für Tirol, 12. Oktober 2005, Seite 4

sen", betonte er. Ein Minarett sei ein Symbol kultureller Religiosität, "das nicht hierher passt". Zugewanderte Menschen müssten sich integrieren "und keinen Kulturkampf zu uns hereintragen", erwartete Strache. "Ich will im Heiligen Land Tirol und in Österreich weiterhin Kirchenglocken hören, aber nicht den Muezzin", machte er unter wiederholtem Applaus deutlich.¹³² Ein Transparent im Rathaussaal Telfs verkündet während des Parteitages "Willkommen in Tülfesy - vormals Telfs".¹³³

Inhaltlich nicht ganz unähnlich zur FPÖ, wenngleich im Stil anders, begründet die Grüne Gemeinderätin ihre Ablehnung: „Die Errichtung dieses Turmes hat sowohl Auswirkungen auf das Ortsbild wie auch auf die kulturelle Identität des Ortes. Um die verstärkt angelaufenen Integrationsbemühungen beider Seiten nicht zu unterlaufen, kann ich nur die dringende Bitte an unsere muslimischen Mitbürger richten, zum derzeitigen Zeitpunkt auf die Errichtung dieses "Wahrzeichens" des islamischen Glaubens zu verzichten.“¹³⁴

Position der Katholischen Kirche

Uneingeschränkt für den Bau des Minarettes sprechen sich Vertreter der katholischen Kirche aus:

- Jozef Niewiadomski (Dekan der theologischen Fakultät der Universität Innsbruck: „Ich selber finde aber die Idee eines Minaretts in Telfs sehr lobenswert. (...) Dem Kirchturm nicht ganz unähnlich. (...) Deswegen müssen gerade die Christen die Idee eines Minaretts unterstützen!“¹³⁵
- Franz Saurer (Dekan in Telfs): „Der Islam ist eine in der Republik Österreich staatlich anerkannte Religionsgemeinschaft. Wenn nach der Bauordnung gebaut wird, ist dagegen nichts einzuwenden. Wir haben in

¹³² <http://www.news.at/articles/0548/10/127511/strache-tiroler-freiheitlichen-bau-minaretten-fehlentwicklung>, 3.12.2005

¹³³ <http://tirv1.orf.at/stories/74224> 3.12.2005

¹³⁴ <http://www.telfs-heute.at/files/Binder147.pdf>, S. 9 (Oktober 2005)

¹³⁵ <http://www.telfs-heute.at/files/Binder147.pdf>, S. 8 (Oktober 2005)

Telfs ja eine regelmäßige Plattform, wo man sich trifft und miteinander redet.“¹³⁶

- Philipp Wahlmüller (Guardian des Klosters): „Wir haben nur in einem guten Miteinander Zukunft. Dazu gehören wesentlich Respekt und Toleranz vor der religiösen Überzeugung. (...) So kann ich das Anliegen des islamischen Kulturvereins verstehen und zugestehen.“¹³⁷
- Jakob Bürgler (Generalvikar der Diözese Innsbruck): „Einem Minarett, das als Zeichen des Glaubens und des Gebetes und nicht als Zeichen der Provokation verstanden und im Einvernehmen mit den Verantwortlichen vor Ort errichtet wird, wollen wir als Kirche nicht entgegen stehen, denn Religion und Frieden gehen Hand in Hand.“¹³⁸

Positionen weiterer Gemeinderatsparteien

Die Positionen des ÖVP-Bürgermeisters und der anderen im Gemeinderat vertretenen Parteien orientieren sich an den gesetzlichen Vorgaben der Raumordnung und Flächenwidmung. Nicht immer deckt sich dies zur Gänze mit dem eigenen parteipolitischen Standpunkt, wie beim Vizebürgermeister Michael Raffelsberger (Liste „Wir für Telfs“): „Wir haben uns nun seit mehr als einem Jahr mit diesem Thema auseinander gesetzt. Und der Gemeinderat kann keine gesetzeswidrigen Entscheidungen treffen. Baubehörde in erster Instanz ist der Bürgermeister, der die Tiroler Bauordnung einzuhalten hat. Die Stele der Kultusgemeinde ist konform mit der Gesetzgebung. Die Mitglieder des Gemeinderates müssen dies, wenn auch widerwillig zur Kenntnis nehmen. Die Bemühungen, den Bauantrag zurückzuziehen, waren ergebnislos.“¹³⁹

Hingegen meint SPÖ-Obmann Armin Lachberger: „Es kann und soll nicht Aufgabe der Politik sein, sich positiv oder negativ zu einem sogenannten Minarett in Telfs zu äußern oder gar Einfluss darauf zu nehmen, ob es ge-

¹³⁶ <http://www.telfs-heute.at/files/Binder147.pdf>, S. 8 (Oktober 2005)

¹³⁷ <http://www.telfs-heute.at/files/Binder147.pdf>, S. 8 (Oktober 2005)

¹³⁸ <http://www.kath.net/news/12017>

¹³⁹ <http://www.telfs-heute.at/files/Binder147.pdf>, S. 9 (Oktober 2005)

baut wird oder nicht, sofern wir dies überhaupt könnten. (...) Was kann man gegen ein Minarett in Telfs vorbringen? Eigentlich nichts! (...) Es handelt sich um eine rein bauliche Maßnahme. Ob sich nun jemand an diesem Bauwerk stößt, ich weiß es nicht – andererseits gibt es sicher auch andere Bauwerke in Telfs, die nicht unbedingt ins Ortsbild passen.“¹⁴⁰

Die Einhaltung bestehender Gesetze fordert auch Bürgermeister Opperer (ÖVP): „Laut Flächenwidmung gibt es nichts zu debattieren. Die islamische Kultusgemeinde hat einen Rechtsanspruch auf die Errichtung einer Gebetssäule bei der Moschee Gießenweg“, (...) Die politisch moralische Bewertung sei ein zweites Paar Schuhe. "Ich würde es auch nicht verhindern wollen".¹⁴¹ Der Bürgermeister zeigt zudem klar die rechtlichen Grenzen der freien Meinungsäußerung auf: „Ich appelliere an die Vernunft derjenigen, die gegen den Gebetsturm sind. Mit Hass und Verhetzung erreichen wir nichts - Verhetzung ist außerdem ein Straftatbestand.“¹⁴²

In der Folge werden zwischen dem Projektplaner ATIB und dem Bürgermeister verschiedene Auflagen bzw. Bedingungen ausverhandelt, welche den Bau dann für viele im Gemeinderat möglich machen:

→ Verzicht auf Muezzinruf, Lautsprecher und Beleuchtung

Bereits im Oktober 2005 verkündet der Obmann des Vereines ATIB: „Es wird von diesem Turm aus niemand herunterrufen und es wird keine Lautsprecher geben. Das wurde auch mit Bürgermeister Opperer mittlerweile schriftlich festgehalten“.¹⁴³ „Die Aussage von GR Hermann Pircher bringt die Meinung der klaren Mehrheit im Gemeinderat auf den Punkt. “Wenn si-

¹⁴⁰ <http://www.telfs-heute.at/files/Binder147.pdf>, S. 9 (Oktober 2005)

¹⁴¹ <http://www.kath.net/news/12017>, 13.11.2005

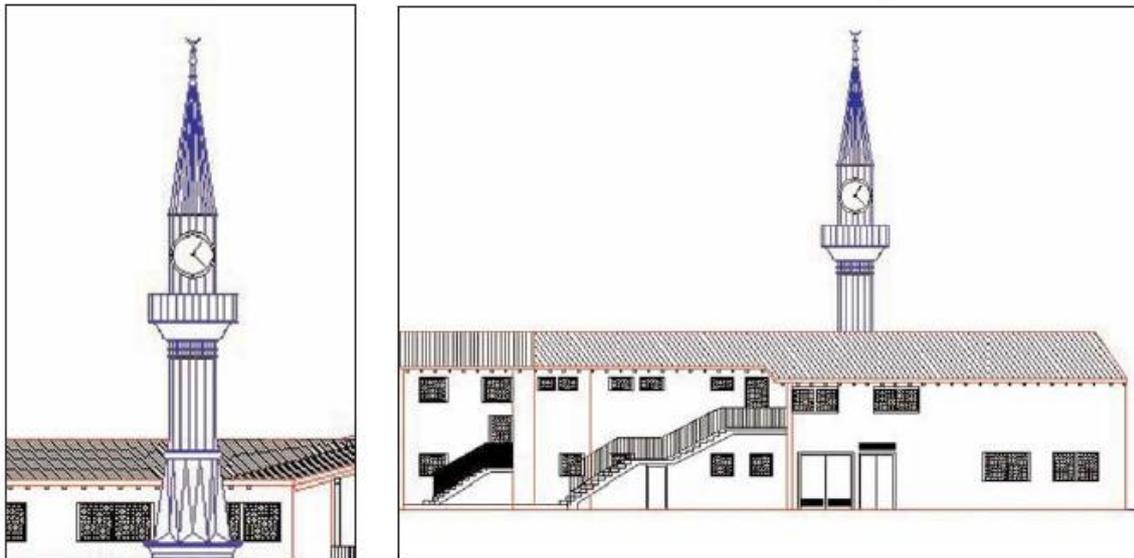
¹⁴² <http://www.telfs-heute.at/files/Binder147.pdf>, S. 9 (Oktober 2005)

¹⁴³ http://www.meinmonat.at/ausgaben/MM_13_05.pdf, 10.2005, S.2. Siehe auch: <http://www.telfs-heute.at/files/Binder147.pdf>, S. 9 (Oktober 2005)

chergestellt ist, dass von der geplanten Gebetssäule keine Beschallung erfolgt, dann ist das Problem gelöst.”¹⁴⁴ Im Grundbuch ist neben dem **Beschallungs-** weiters ein **Beleuchtungsverbot** festgeschrieben.¹⁴⁵

→ Gestaltung des Minarettts

Pläne, welche vorsehen, dass am Minarett – ähnlich einem Kirchturm - **Uhren** angebracht werden sollen, wird nicht umgesetzt.¹⁴⁶



DIE GEBETSSÄULE bei der Moschee am Gießenweg wird 20 Meter hoch. Als Konzession an hiesige Gepflogenheiten kommt auf jede Seite eine Uhr - das ist sonst nicht üblich.

147

Um den GegnerInnen des Projekts entgegen zu kommen wird schließlich die Höhe des Minarettts von 20 Metern auf 15 Meter **Höhe** verringert.¹⁴⁸

¹⁴⁴ <http://www.telfs-heute.at/files/Binder147.pdf>, S. 8 (Oktober 2005)

¹⁴⁵ <http://www.falter.at/falter/2008/01/22/das-minarett-im-dorf/>

¹⁴⁶ <http://www.kath.net/news/12017>, 13.11.2005

¹⁴⁷ <http://www.telfs-heute.at/files/Binder147.pdf>, S. 9 (Oktober 2005)

¹⁴⁸ [http://de.wikipedia.org/wiki/Ey%C3%BCp-Sultan-Moschee_\(Telfs\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Ey%C3%BCp-Sultan-Moschee_(Telfs))

Freitag, 4. Dezember 2009

Wo das Minarett wirklich ist

Medial wird so manches Bild vom Telfer Minarett produziert. Meistens sieht das dann ungefähr so aus:



Dann heißt es, wie kürzlich in der Kronenzeitung, das Minarett sei gleich neben der Telfer Pfarrkirche gebaut worden. Man kann die Sache auch anders fotografieren:



Was ich damit sagen will: Bilder sind manchmal verführerisch, deshalb muss es noch nicht richtig sein, was sie suggerieren. Auf der Landkarte liegen etwa 500 Meter Luftlinie zwischen Moschee und Kirche. Stimmig ist also wohl das zweite Bild, und nicht das erste. Ich hoffe, dass FotografInnen auch manchmal daran denken, was sie mit Fotos bewirken können.

149

Der Vorschlag einer SPÖ-Gemeinderätin hinsichtlich einer Volksbefragung (“Wenn ein Rechtsanspruch besteht, dann gibt es nichts zu fragen”, antwortete Oppener.)¹⁵⁰ wird ebenso abgelehnt wie – wegen bereits bestehender Integrationsprojekte - der Antrag der Grünen, unabhängig vom Bauverfahren ein Mediationsverfahren „zur Verbesserung des Verständnisses zwischen den Bevölkerungsgruppen durchzuführen.“¹⁵¹

¹⁴⁹ <http://gebimair.blogspot.co.at/2009/12/wo-das-minarett-wirklich-ist.html>

¹⁵⁰ <http://www.telfs-heute.at/files/Binder147.pdf>, S. 8 (Oktober 2005)

¹⁵¹ http://www.telfs-heute.at/files/18_gr.pdf Gemeinderatssitzung 1.12.2005, S. 5

Stattdessen wird von der Gemeinde im November 2005 eine Bauverhandlung durchgeführt und in der Folge der Bau unter Einhaltung der ausverhandelten Auflagen bis zum Jahr 2007¹⁵² umgesetzt.



Bürgermeister Opperer bei der Minarett-Bauverhandlung im November 2005¹⁵³

Auswirkungen der Errichtung:

Durch die Diskussion und Errichtung des Minaretts wird Telfs mit einem Male überregional bekannt.

Tourismus/BesucherInnen

Bereits vor Fertigstellung des Gebetsturms verzeichnet der Ort vermehrt BesucherInnen und öffentliches Medieninteresse¹⁵⁴. Es finden seitdem viele Besuche der Moschee durch Schulgruppen und andere Interessierte statt.

¹⁵² <http://telfs.eu/kultur-bildung/kultur-in-telfs/kirchen.html>

¹⁵³ http://www.tirol.gv.at/fileadmin/www.tirol.gv.at/themen/gesellschaft-und-soziales/integration/downloads/Leitbild-neu-Stand_Jaenner_2009/themenuebergreifend/Telfs_Kommen_und_Gehen_06.pdf

Die Moschee wird als Sehenswürdigkeit auf verschiedenen Tourismusportalen angeführt.

Interreligiöser Dialog

Der bereits vor dem Minarettbau funktionierende interreligiöse Dialog (u.a. durch das Kuratorium der Friedensglocke) wird weitergeführt und ausgebaut:¹⁵⁵ So etwa 2008 durch eine multireligiöse Tagung inklusive Besuch der Moschee.¹⁵⁶

AnrainerInnensituation

Laut ATIB-Obmann 2008 war „die Aufregung nie so arg (war) wie in den Zeitungen geschildert“. Seit dem Minarettbau habe es erst eine einzige Beschwerde wegen Lärmbelästigung gegeben. „Dennoch kann leider von keinem Miteinander, sondern nur von einem Nebeneinander gesprochen werden.“¹⁵⁷ Dies zeigt sich auch im Rahmen einer ORF-Dokumentation "Schauplatz Spezial" im Jänner 2009, anlässlich einer TV-Folge der Krimiserie „Tatort“. ¹⁵⁸

Prinzipielle Ablehnung

Telfser Minarett mit Hakenkreuz beschmiert



Foto: APA ¹⁵⁹

¹⁵⁴ 1. 2006, <http://www.telfs-heute.at/files/Binder149.pdf>, s. 5

¹⁵⁵ <http://www.friedensglocke.at/pdf/glockenbrief/globrief8-Binder.pdf> 8.2006

¹⁵⁶ <http://www.uibk.ac.at/rgkw/komtheo/kongress/heilig-tabu/3.kongress.komtheo.folder.pdf>

¹⁵⁷ Kathrin Lipowec: „Interreligiöser Dialog im 15. Wiener Gemeindebezirk“, Diplomarbeit Wien 2080, <http://www.pfirb.at/Diplomarbeit.pdf>

¹⁵⁸ <http://derstandard.at/1229975342846/ORF-Themenabend-mit-Tatort-Premiere>

¹⁵⁹ http://www.krone.at/Oesterreich/Telfser_Minarett_mit_Hakenkreuz_beschmiert-Vandalenakt-Story-70759

Nach einer im Juni 2007 erfolgten Beschmierung des Telfer Minarettes mit Hakenkreuzen¹⁶⁰ wird die Tiroler FPÖ von den Grünen als "blaue Hassprediger" bezeichnet. Nachdem die FPÖ in Telfs bei der Tiroler Landtagswahl 2008 sich mit einem Zugewinn von 13,5 % auf überdurchschnittliche 22,6 % steigern kann¹⁶¹, fühlt sich die Tiroler FPÖ bestätigt und bleibt bis in die Jetztzeit vehementer Gegner von Minarettbauten.¹⁶² So fordert die Tiroler FPÖ nach der Schweizer Volksabstimmung im Dezember 2009 zum Minarettbau auch für Tirol im Sinne der "Erhaltung des Ortsbildcharakters" ein generelles Minarettbauverbot.¹⁶³ Schließlich kommt beim Landtagswahlkampf 2013 ein Werbeplakat zum Einsatz, das sich gegen den Bau von Minaretten wendet.



Tiroler Landtags-Wahlkampf 2013:

„Lassen wir doch die Kirche im Dorf und das Minarett in Istanbul“¹⁶⁴

¹⁶⁰ http://www.krone.at/Oesterreich/Telfser_Minarett_mit_Hakenkreuz_beschmiert-Vandalenakt-Story-70759

¹⁶¹ <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/tirol/1321918/index.do>

¹⁶² http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070612_OTS0102/hauser-weist-groteske-beschimpfungen-der-tiroler-gruenen-zurueck

¹⁶³ <http://www.news.at/a/tiroler-fpoe-minarett-verbot-wichtig-erhaltung-ortsbildcharakters-257639>

¹⁶⁴ <https://www.facebook.com/rudi.federspiel.at> Kommentar zum Foto von Rudi Federspiel (FPÖ) vom 15.4.2013: „Wir brauchen weder Minarette noch kriminelle Scheinasylanten und Drogendealer aus Nordafrika.“

Für die gemeinsame Zukunft geht es wohl darum, dass Motive für den Besuch eines religiösen Versammlungsraums Neugierde und Respekt auslösen.



Diverses, Kinder & Familie
Wir besuchen die Atib-Moschee

Beginn: 29.07.2013, 14:00 Uhr
Ende: 29.07.2013, 16:00 Uhr
vor der Moschee

Event weitersagen 
In Kalender eintragen 

 Gefällt mir  0  Twittern  0  +1  0  Share

Eventinformation

Wart ihr schon mal in einem Gebetshaus der Muslime? Keine Angst! Wir besuchen den Gebetsraum in Telfs und erfahren dabei die wesentlichen Inhalte und Bräuche unserer muslimischen Mitbewohner in Telfs. (Für Kinder von 11-14 Jahren)

165

¹⁶⁵ <http://telfs.eventsuche.com/de/eventdetail/event/wir-besuchen-die-atib-moschee/166>

e) Das „Islamische Kulturzentrum Graz“ in der Laubgasse

Erste Gebetsräume in Kaserne und katholischem StudentInnenheim

Nachdem es in Graz bereits zu Zeiten der Monarchie von ca. 1895-1914 neben dem Militär imam auch einen muslimischen Gebetsraum für hier stationierte Soldaten des bosnisch-herzegowinischen Regiments in der Grazer Dominikanerkaserne in der Grenadiergasse gegeben hatte¹⁶⁶, wurde der nächste bekannte muslimische Gebetsraum im Keller des 1964 eröffneten Afro-Asiatischen Instituts in der Leechgasse hauptsächlich für dort wohnende Studierende eingerichtet. Mit initiiert wurde dies durch den zu dieser Zeit als Hochschulseelsorger wirkenden heutigen katholischen Bischof Egon Kapellari.¹⁶⁷ Dieser Gebetsraum wird sich nach dem im Sommer 2013 noch andauernden Umbau in der Zukunft im benachbarten Gebäude der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) wiederfinden.

Beginn der Arbeit des IGGIÖ und des „Islamischen Zentrums Graz“

Als es 1978/79 zur Gründung der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGIÖ) kam, wurde von rund 400 bis 500 MuslimInnen auch in Graz eine Vertretung für die Steiermark und Kärnten gewählt. Einer von ihnen war Mohammed Gowayed¹⁶⁸, der 1980 mit dem „Islamischen Zentrum Graz“ im ersten Stock der Nibelungengasse 42 im bürgerlichen Bezirk St. Leonhard den ersten von MuslimInnen in Graz selbst betriebenen Gebetsraum mitbegründete und leitete. Der nach außen hin nicht augen-

¹⁶⁶ Vgl. Walter Brunner (Hg.): Geschichte der Stadt Graz, Graz, 2003, Bd. 4, S. 88f

¹⁶⁷ 22.9.2001: „KAPELLARI: Gerade ich als Freund vieler Muslime, der ihnen in Graz einen Gebetsraum im Afro-asiatischen Institut eingerichtet hat, den ersten in der Steiermark, mahne hier Nüchternheit ein (...)“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2001/09/22/articles/1009/art-1107954.html?mark=gebetsraum>)

¹⁶⁸ „Vor 22 Jahren hat Hr. DDr. Ahmad Abdelrahimsai – moege Allah seiner Seele gnaedig sein - sich bemueht, die islam. Glaubensgemeinde Oesterreichs auf die Beine zu Stellen. Ich hatte damals auch einen Traum, darum schloss ich mich Abdelrahimsai an. Wir waren Damals nicht viele Muslime in der Steiermark und Kaernten wie jetzt. Trotzdem kamen 400 bis 500 Muslime zu den Wahlen nach Graz. Es sind drei Muslime als Vertreter fuer Steiermark und Kaernten gewaehlt worden. Einer davon war ich, der einzige fast einstimmig gewaehlte Vertreter. Die anderen zwei gewaehlten, ein Iraner, ging inzwischen nach Wien und ein Tuerke, ging inzwischen in die Tuerkei zurueck. Einzig und allein blieb ich als Vertreter fuer Steiermark und Kaernten zurueck. Ich arbeitete ehrenamtlich.“ (<http://members.aon.at/islamisches-zentrum-graz/manar3.pdf>) Juli 2000

scheinlich erkennbare Gebetsraum befindet sich immer noch am selben Standort.¹⁶⁹ Gowayed blieb lange Zeit der Vertreter der IGGIÖ und als solcher bereits früh auch im interreligiösen Austausch tätig¹⁷⁰ sowie Ansprechpartner der Grazer MuslimInnen für die Grazer LokalpolitikerInnen.

Neue Gebetsräume nach sprachlichen und anderen Unterschieden entstehen

Nachdem das Zentrum für längere Zeit der einzige Grazer muslimische Gebetsraum gewesen ist, hätten (so Gowayed in einer Rückschau im Jahr 2000) aufgrund von Sprachproblemen nach einigen Jahren (also vermutlich noch in den 1980er Jahren) bosnisch- und türkischsprechende Muslime eigene Gebetsräume und Vereinsstrukturen errichtet.

Ab Beginn der 1990er Jahren kam es vor allem durch die kriegerischen Ereignisse am Balkan zu einer Zunahme von MuslimInnen in Graz. Durch den EU-Beitritt Österreichs 1995 ergaben sich aufgrund des EU-Assoziierungsvertrags mit der Türkei gewisse Erleichterungen bei der Zuwanderung von MigrantInnen aus der Türkei. Sowohl Flüchtlinge als auch MigrantInnen siedelten sich als Neuankömmlinge vorrangig in den Bezirken am rechten Murufer an und so kommt es dort bis heute zur Etablierung muslimischer Gebetsräume.

Nachdem das „Islamische Zentrum Graz“ noch jahrelang der einzige Gebetsraum für arabisch-sprachige Grazer MuslimInnen gewesen ist, haben sich arabisch-sprachige Muslime vom Zentrum getrennt und ihre eigenen räumlichen Strukturen aufgebaut.¹⁷¹

¹⁶⁹ <http://members.aon.at/islamisches-zentrum-graz/Uber-Uns.htm>

¹⁷⁰ <http://members.aon.at/islamisches-zentrum-graz/manar1.pdf>

¹⁷¹ „(...) Wir haben eine gut funktionierende Glaubensgemeinde auf die Beine gestellt, trotz immer wieder kehrender Probleme mit Personen, die sich anhand unlauter Mittel an die vorderste Position katapultierten wollten - sowohl in Graz als auch in Wien. Trotzdem gelang
„Wir waren lange Zeit die einzige offiziell anerkannte islamische Gemeinschaft mit Mitgliedern aus Österreich und allen islamischen Ländern. Wegen Sprach Problemen haben dann Tuerken und Bosnier ihre eigenen islam. Vereine mit Gebetsraeumen gegruendet. Das Islam. Zentrum Graz hatte dann fast nur Mitglieder aus den arabischsprechenden Laendern. Wir wollten im islam. Zentrum keine radikaldenkende Gruppe in unserer Mitte haben, damit wir dem ange-

Neben Muslimen mit Migrationshintergrund nahm auch die Anzahl von GrazerInnen ohne Migrationshintergrund zu, welche zum Islam konvertierten. Dazu Gowayed: „Diese Menschen zeichnen sich durch eine orthodoxe islam[ische] Geisteshaltung aus, kleiden sich in traditionellen Gewändern dieser Länder, ziehen somit alle Blicke auf sich und erzeugen bei den Österreichern ein Gefühl der absoluten Entfernung dem Islam gegenüber und auch Wut. (...) Ich möchte dieser Gruppe keinesfalls unterstellen, dass sie bewusst dem Islam schaden möchten, bzw. darauf aus ist, die Öffentlichkeit, zu erregen, trotzdem passiert genau das, denn gerade der Islam leidet unter einem falschen Image in Österreich bzw. in Europa.“¹⁷² Von einem zum Islam Konvertierten, Muhammad Abu Bakr Mueller¹⁷³, kam ebenfalls bereits im Jahr 1999 die Idee für den Bau einer Moschee in Verbindung mit der Einrichtung eines muslimischen Friedhofes in Graz¹⁷⁴.

Schon in den 1990er Jahren: konkrete Pläne für eine gemeinsame Moschee

Trotz der ersten Eröffnungen unterschiedlicher muslimischer Gebetsräume in Graz gab es bereits in den frühen 1990er Jahren Treffen und Arbeitskreise mit Vertretern der Muslime in Graz, VertreterInnen der Grazer Parteien und NGOs mit dem Ziel der Errichtung einer gemeinsamen Moschee für alle Grazer Muslime.

schlagenen Image des Islam nicht noch mehr Schaden zufuegen. Dies hat manschen Gruppen nicht gefallen. Daher haben sie sich von uns getrennt und sind in der Zwischenzeit andere Vereine, fuer arabisch sprechende Muslime entstanden, die unsere tolerante Haltung nicht akzeptieren.“ (<http://members.aon.at/islamisches-zentrum-graz/manar3.pdf>) Juli 2000

¹⁷² <http://members.aon.at/islamisches-zentrum-graz/manar3.pdf> Al-Manar, Juli 2000

¹⁷³ Vgl. <http://derstandard.at/3036197/Konvertiten-Von-Mueller-zu-Muhammad>

¹⁷⁴ Projektbeschreibung April 1999 zur Umsetzung im Grazer Kulturhauptstadtjahr 2003: „Eine Erklärung zur Unterstützung des Friedhofs wird von der ‚Interreligiösen Arbeitsgruppe‘ in Form eines Dokumentes bei den entsprechenden christlich dominierten Behörden und/oder Personen eingebracht. Das Areal für den ersten islamischen Friedhof in Österreich wird durch das Land oder die Stadt gestellt. Ein entsprechendes, dafür gewidmetes Grundstück (...) ab 1500 bis 15 000 m² am Rande von Graz wird benötigt. Der spätere Bau einer Moschee (nicht eines islamischen Zentrums, denn dadurch würden nur gewisse Dominanzen gefördert wie etwa in Wien !!!!) bleibt offen. Ein Friedhof braucht kein Bauwerk und die Kosten beschränken sich daher auf das Grundstück. Es ist darauf zu achten, dass der Friedhof ein Grazer Projekt bleibt, welches zwar allen offen steht, aber nicht von nationalen arabischen, bosnischen oder türkischen Interessen okkupiert werden darf.“ (<http://www.islam.at/index2.php>)

Im Herbst 1996 gab es bereits konkrete Pläne für den Bau einer Moschee im südlichen Grazer Außenbezirk Straßgang auf einem Grundstück in der Nähe der Autobahn, welches sich im Besitz des Landes Steiermark befand¹⁷⁵. In der Öffentlichkeit stießen diese Pläne teilweise auf Kritik¹⁷⁶ und Ablehnung¹⁷⁷. Dabei spielen - ähnlich wie beim 1998 beschlossenen Neubau der 1938 zerstörten Grazer Synagoge - Aspekte des Sozialneides sowie der Ablehnung einer Finanzierung durch muslimische Staaten eine Rolle.¹⁷⁸ Für die steirische katholische Kirche betonte der damalige Bischof Weber, dass man sich vor Rassismus hüten müsse, um dennoch den Aspekt der so genannten „Reziprozität“, also Gegenseitigkeit einzubringen,¹⁷⁹ wie einige Jahre später auch sein Nachfolger, Bischof Kapellari.¹⁸⁰ Auf Bundesebene trat

¹⁷⁵ Vgl. Unterlage vom ehem. ÖVP-Stadtrat Helmut Strobl vom 30.1.2007

¹⁷⁶ 18.5.1997: „In Wien wurde aus Mitteln Saudi-Arabiens ein Kulturzentrum mit einer Moschee errichtet. Gegen einen geplanten Moscheen-Neubau in Graz gibt es große Widerstände.“ <http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/1997/05/18/articles/1007/art-245988.html?mark=moschee>

¹⁷⁷ 18.2.2004: „Sämtliche Anläufe, eine Moschee bauen zu können, sind verlaufen. „Vor zehn Jahren hatten wir schon beinahe ein Grundstück in Graz, aber dann waren die Widerstände doch zu groß“, bedauert Gowayed.“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2004/02/18/enns/3/art-0031.html?mark=moschee>)

¹⁷⁸ „Halbmond über Graz? Was denken sich die Politiker, wenn sie den Bau einer Moschee in Graz-Straßgang befürworten? Warum benötigen die 5000 in Graz lebenden Moslems neben ihren vier Gebetsstellen noch eine Moschee? Dafür werden von Kuwait, Saudi-Arabien und den Golfemiraten 60 Mio. S gespendet. (...) Die katholische Kirche in Österreich kann sich kein Gotteshaus um 60 Millionen S leisten!“ (Leserinbrief vom 10.10.1996) <http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/1996/10/10/articles/1012/art-602046.html?mark=moschee>

¹⁷⁹ „In der traditionellen „Fragestunde“ wurde Bischof Johann Weber um seine Meinung zum Neubau einer Moschee im Westen von Graz gefragt. Weber meinte, man müsse damit leben lernen und sich vor Rassismus hüten. Dennoch empfinde er „Wehmut“, wenn er an die schwierige Situation der Christen in islamischen Ländern denke.“ (17.11.1996, <http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/1996/11/17/articles/1001/art-609116.html?mark=moschee>)

¹⁸⁰ Bischof Kapellari im August 2007: „So lange Christen sich in fast allen islamischen Ländern verstecken müssen, sollten Muslime in Ländern wie dem unseren auf städtebaulich dominante Moscheen verzichten“: Dies betonte der Grazer Diözesanbischof Egon Kapellari in einem Interview mit der „Presse“, (...) Er sei „selbstverständlich dafür“, dass Muslime - „wenn sie die demokratische Rechtsordnung repräsentieren“ - auch in einem christlich geprägten Land gemeinsam beten können und dafür geeignete Räume haben. Er erwarte aber auch von muslimisch dominierten Staaten, dass sie Anhängern anderer Religionen „Recht und Raum zur Ausübung ihres Glaubens“ geben, sagte Kapellari in dem Interview: „Diesbezüglich bleibt der Islam weltweit noch viel schuldig“. In Österreich lebende Muslime sollten sich im Sinne der Glaubwürdigkeit für Religionsfreiheit in ihren Herkunftsländern einsetzen. (...) (26.8.2007, zit. nach Katholische Nachrichtenagentur Kathpress, <http://www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/nachrichten/einzelansicht/article/oesterreich-moscheen-grazer-bischof-kapellari-fordert-reziprozitaet.html>)

die FPÖ gegen den Bau von Moscheen auf und bezeichnete dies als „christliches Anliegen“.¹⁸¹

In den 1990er und Anfang der 2000er Jahre gab es mehrere von der Grazer Stadtpolitik parteiübergreifend unterstützte religiöse bzw. interreligiöse Projekte. Neben dem Wiederaufbau der Synagoge zählen dazu der Bau des buddhistischen Stupas im Grazer Volksgarten sowie die Durchführung der 1. Europäischen Imamekonferenz im Jahr 2003. Unter dem damaligen SPÖ-Bürgermeister Stingl und ÖVP-Kulturstadtrat Strobl wurden nach dem nicht zustande gekommenen Moscheebau in Straßgang im Jahr 1996 die Gespräche mit der IGGIÖ und den muslimischen Gebetsvereinen weitergeführt. Die Strategie war, erst dann an die Öffentlichkeit zu gehen, wenn wichtige Grundfragen wie Standort, Finanzierung etc. bereits einigermaßen geklärt seien.¹⁸²

Ab 2001 entstehen an der Grazer Technischen Universität mehrere Diplomarbeiten, welche für Graz u.a. städtebaulich gut integrierte Moscheen empfehlen.¹⁸³

Im Zuge der Vorbereitungen auf das Europäische Kulturhauptstadtjahr 2003 und den Planungen einer „Interreligiösen Konferenz“ sowie nach der

¹⁸¹ 7.4.1997: „FP-Klubobmann Ewald Stadler hat in der ORF-Pressesendung den Kurs der Öffnung für christliche Wähler bekräftigt. Als christliches Anliegen bezeichnete er etwa Widerstand dagegen, daß "eine Moschee nach der anderen" aus Steuermitteln gefördert werde. Abendländische Werte wie Heimat und Geborgenheit blieben auf der Strecke.“ <http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/1997/04/07/articles/1002/art-27547.html?mark=moschee> und als Antwort darauf: 27.4.1997: Der Schulteranschlag mit der katholischen Kirche mag für die FPÖ durchaus opportun sein. Als unrichtig abzulehnen ist FP-Klubobmann Ewald Stadlers Aussage, daß "eine Moschee nach der anderen aus Steuermitteln gefördert" werde. Bisher wurde in Österreich keine einzige Moschee und kein einziger muslimischer Betraum jemals durch Steuermittel finanziert, sondern ausschließlich durch Spenden von Muslimen errichtet. Dem Anliegen der Toleranz unter Andersgläubigen widerspricht, wenn mit Schlagworten wie "Kampf den Moscheen" das Recht der Muslime - größtenteils österreichische Steuerzahler - in Frage gestellt wird, aus eigenen Mitteln ihren religiösen Bedürfnissen entsprechend Gebetszentren bzw. Moscheen zu errichten. Diese Propaganda gefährdet das friedliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionen in Österreich. (Dr. M. Gawayed, Vertreter der islam. Religionsgemeinde Kärnten/Stmk.)(<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2010/02/28/suche.html?query=moschee&issues%5B%5D=all&time=year&searchmode>manual&dayfrom=1&monthfrom=1&dayto=31&monthto=12&year=1997&sort=time&searchin=text&maxhits=100&dosearch=1&thisyear=2010>)

¹⁸² Vgl. Email Helmut Strobl, 5.9.2013

¹⁸³ Vgl. Susanne Heine, Rüdiger Lohlker, Richard Potz: Muslime in Österreich, Innsbruck-Wien 2012, S. 127

Übergabe der Synagoge im November 2000 an die Grazer IKG war das Thema des Moscheebaus in Graz ab 2000/2001 ein Vorrangiges,¹⁸⁴ auch in der weiterhin gemeinsam von lokalen muslimischen, politischen VertreterInnen sowie NGOs betriebenen Arbeitsgruppe.¹⁸⁵ Durch die Terrorangriffe in den USA am 11. September 2001 kommt es zwar auch in Graz in den kommenden Jahren¹⁸⁶ vermehrt zu Hinterfragung, welche Muslime und Moscheebetreiber nun „liberal“¹⁸⁷ und welche „radikal“ bzw. „islamistisch“

¹⁸⁴ 25.3.2001: „Auch in Graz soll diese interreligiöse Begegnung stattfinden. So planen es Harald Baloch von der Programmintendanz 2003 und Karl Kumpfmüller vom Grazer Friedensbüro. Dabei geht es den Initiatoren der "Europäischen Interreligiösen Konferenz" nicht um den theologischen Dialog, "sondern um die Lösung praktischer Probleme auf urbaner Ebene, um so ein respektvolles, friedliches Zusammenleben zu ermöglichen", erklärt Kumpfmüller. (...) Das Motto der Konferenz von 2003 "Miteinander leben - einander verstehen" geht von einer multikulturellen Gesellschaft aus. Von einer, die es auch in Graz heute schon gibt. So leben bereits etwa 30.000 Menschen aus dem Ausland in dieser Stadt; Tendenz vermutlich steigend. (...) Deswegen sind die Predigten und gegenseitigen Gottesdienstbesuche auch nicht als Verzicht auf religiöse Eigenständigkeit zu verstehen, sondern als Kennenlernen der jeweils anderen Religion (...) Diesem ersten Schritt soll, so Kumpfmüller, die Einrichtung "interreligiöser Beiräte" auf kommunaler Ebene folgen, die jene Probleme behandeln, die durch das Zusammenleben mehrerer Kulturen entstehen. (...) Interreligiöse Begegnung wird zur Zeit in der Pfarre St. Lukas (Eggenbergergürtel 76) gelebt, wo beim sonntäglichen Gottesdienst (19 Uhr) Vertreter anderer Religionen predigen. Unter der Homepage www.urania.at finden Sie im Internet ein Diskussionsforum zum Thema "Soll in Graz eine Moschee errichtet werden?" <http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2001/03/25/articles/1005/art-1029999.html?mark=moschee>

¹⁸⁵ Vgl. Unterlage vom ehem. ÖVP-Stadtrat Helmut Strobl vom 30.1.2007

¹⁸⁶ 23.7.2005: „Laut „Verfassungsschutzbericht 2004“ ist die Alpenrepublik, was islamistische Umtriebe und die daraus resultierende Terrorgefahr anlangt, längst keine Insel der Seligen mehr. (...) Auch wurde von der Staatssicherheit die „Hinwendung einer wachsenden Zahl von Muslimen, Extremisten und Gläubigen zu Formen eines islamischen Fundamentalismus unterschiedlichen Ausmaßes“ sowie ein „vermehrtes Abgleiten von islamischen Extremisten in die Gewaltbereitschaft und den terroristischen Dschihadismus“ registriert. (...) Die Rekrutierung der muslimischen Fanatiker verlaufe im Dunstkreis von Moscheen, an denen radikale Imame predigen. Drei dieser Moscheen liegen in Wien, eine in Graz. Alle vier verweigern die Kooperation mit der islamischen Glaubensgemeinschaft. (...) Mit radikalen Ansichten zu sympathisieren, sei kein Kavaliersdelikt, meint deren Integrationsbeauftragter Omar al-Rawi. Er hatte als Erster von Hasspredigten an vier Moscheen gesprochen, warnt aber jetzt vor Panikmache.“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2005/07/23/enns/5/art-0052.html?mark=moschee>) 24.7.2005 „(...) *Kennen Sie die Szene gewaltbereiter Muslime?* ALI: Wir haben den Überblick, aber die islamische Glaubensgemeinde hat keine Handhabe, denn das sind selbstständige Vereine. Wir können niemandem verbieten, was er predigt. (...) Es wäre natürlich wünschenswert, gäbe es eine Art Zulassung. Dazu ist aber eine Voraussetzung nötig: Die Behörde muss erklären, dass jeder Verein, der sich als Moschee deklariert, sich der Islamischen Glaubensgemeinschaft unterwirft. (Ali Soleiman in: <http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2005/07/24/enns/10/art-0101.html?mark=moschee>); 18.4.2007: „Muslime kämpfen gegen Terroristen-Image. Ihr Wunsch: Eine Moschee in Graz (...) „Seit 1912 sind Muslime in Österreich staatlich anerkannt“, freute sich der islamische Vertreter Soleiman Ali. Damit sei Österreich Vorbild in Europa. „Doch die Anerkennung durch den Staat bedeutet nicht selbstverständlich eine Anerkennung durch die Gesellschaft“, klagte er. Seit dem 11. September habe das Bild der Muslime stark gelitten. „Aber wir sind nicht alle Terroristen.“ 50.000 Muslime gäbe es in der Steiermark. Ihr Wunsch: eine Moschee. Die Finanzierung wäre selbstverständlich Sache der Muslime.“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2007/04/18/enns/20/art-0204.html?mark=moschee>)

¹⁸⁷ 15.9.2001: „Nichts ist mehr so, wie es war, und trotzdem geht alles seinen gewohnten Lauf. (...) herrscht unter der islamischen Glaubensgemeinschaft der steirischen Landeshauptstadt tiefe Verunsicherung: Rund 300.000 Muslime leben in Österreich, tausende davon hat es an die Mur verschlagen. Mit dem World Trade Center ist für sie ein Stück muslimisches Selbstbewusstsein zusammengebrochen. (...) "Es darf nach den entsetzlichen Verbrechen in den Vereinigten Staaten keine pauschale Verdammung des Islam geben", sagt Mohammed Gowayed, der seit 45 Jahren im Land

seien,¹⁸⁸ dennoch wollte man am Plan festhalten, dass es im Kulturhauptstadtjahr 2003 zur Grundsteinlegung für eine Grazer Moschee kommen sollte. Die geschah nicht. Lediglich wurde in der Erklärung von Graz bei der 1. Europäischen Imamekonferenz im Juni 2003 festgelegt: „Die Errichtung von Moscheebauten (...) sind unbedingte Erfordernisse für die muslimische Gemeinschaft. Der Ausbau der Infrastruktur befestigt den sozialen Frieden und schafft Transparenz.“¹⁸⁹

2004: Alle muslimischen Vereine einigen sich auf gemeinsamen Bau eine Moschee in Graz

Im Jahr 2004 sah es hinsichtlich der Pläne der IGGIÖ für die Errichtung einer gemeinsamen Moschee bzw. eines Islamischen Kulturzentrums¹⁹⁰ in

lebt und in Graz das Islamische Zentrum leitet. "Natürlich distanzieren wir uns vom Terror." (...) Noch habe es keine Übergriffe gegeben. Doch hätten ihn drei Grazerinnen am Telefon verhöhnt, warum er, ein strenggläubiger Muslim, ein so gottloses Land zur neuen Heimat gewählt habe. Was bleibt Gowayed, dem "Österreicher, der zufällig Moslem ist", anderes übrig, als stets von neuem geduldig seine eigene Betroffenheit über das Geschehene zum Ausdruck zu bringen? (...) Es ist der 14. September. Im Afro-Asiatischen Institut ging soeben das Freitagsgebet zu Ende. Die Männer, die den kleinen Gebetsraum verlassen, schauen nicht aus wie Eiferer. Eher wie Menschen, die um Frieden gebetet haben. (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2001/09/15/articles/1002/art-1104784.html?mark=gebetsraum>)

¹⁸⁸ 25.10.2001: „STAMMTISCH DES FORUMS POLITISCHE BILDUNG, 25. 10. 01 mit Med. Rat Dr. Mohammed Gowayed, Leiter des islamischen Zentrums Graz (...) „Angesichts der aktuellen Debatte über den fundamentalistisch-islamischen Terror hat das Thema höchste Priorität. (...) Die meisten Moslems vertreten das gemäßigte Lager, das sich vehement vom Terror distanziert. (...) Radikale, d.h. fundamentalistische Moslems gibt es in der Steiermark und in Kärnten 455. In diesem Lager gibt es 5 - 10 tonangebende Führer. Ihre AnhängerInnen sind oft halbe Analphabeten und wirtschaftlich "erfolglos". Sie sind eine "leichte Beute" für die Führer. Diese wurden von den Taliban geschult. (...) Der Medienerfolg der Fundamentalisten ist auch darauf zurückzuführen, dass in diesem Lager bekehrte und von den Taliban geschulte Österreicher sind. Bei diesen soll es sich um ehemalige Aussteiger handeln. Zum fundamentalistischen bzw. radikalen Lager zählt auch die Organisation Subul el Salam, die volle Verschleierung (Sehshlitz) fordert. Sie missionieren intensiv an der Grazer Universität. (...) Die Abendveranstaltung vermittelte umfangreiche Informationen zu dieser aktuellen, brisanten Thematik. Sie machte deutlich, dass in der Gesellschaft darauf zu achten ist, dass der Islam differenziert betrachtet werden muss. Ein Feindbild "Islam" ist unangebracht und hält der Realität nicht stand.“ (http://www.logo.at/barrierefrei/index_bfrei.php?cmd=s&id=290)

¹⁸⁹ <http://www.derislam.at/?c=content&cssid=Europ%E4ische&navid=929&par=40&navid2=929&par2=440>

¹⁹⁰ 18.2.2004: Landesweit gibt es nur sieben Gebetsräume für Muslime, sechs davon in Graz, einen in Leoben. „Sämtliche Anläufe, eine Moschee bauen zu können, sind verlaufen. „Vor zehn Jahren hatten wir schon beinahe ein Grundstück in Graz, aber dann waren die Widerstände doch zu groß“, bedauert Gowayed.“ Und so blieb der Wunsch nach einem Islamischen Kulturzentrum in der Steiermark bis heute der größte. „Es würde eine Moschee und eine Schule umfassen, in die unsere Kinder nachmittags zum gemeinsamen Religionsunterricht kommen könnten.“ Dann würden die Predigten auch von einem Gelehrten gehalten werden – im Gegensatz zu jenen in den Gebetshäusern, in denen jeder zu Wort kommen kann. „Auch für Graz als multikulturelle Stadt wäre das schon sehr wichtig.“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2004/02/18/enns/3/art-0031.html?mark=moschee>)

Graz sehr gut aus. So hatten alle Vertreter der Betreiber von Grazer Moscheen eine dementsprechende Absichtserklärung unterschrieben und auch hatten „die großen anerkannten Religionsgemeinschaften (Katholische Kirche, Evangelische Kirche, Israelitische Kultusgemeinde) in Graz ebenfalls ausnahmslos eine positive Stellungnahme zu diesem Vorhaben abgegeben.“¹⁹¹ Obwohl die führenden PolitikerInnen aller Fraktionen in der Stadt Graz und dem Land Steiermark die Pläne ebenfalls befürworteten, wurde das Vorhaben auf die Zeit nach der Landtagswahl 2005 verschoben, aus der Befürchtung heraus, dass das Bauvorhaben sonst Wahlkampfthema werden könnte.¹⁹²

Nochmaliger Versuch für gemeinsame Moschee und verstärkter parteipolitischer Widerstand

Nach der Landtagswahl 2005 werden die Gespräche zwischen religiösen und politischen VertreterInnen für den Bau eine gemeinsamen, sichtbaren¹⁹³ Moschee weitergeführt. Anfang 2007 ist klar, dass es eine Moschee mit Minarett¹⁹⁴ am rechten Murufer, in der Wohnumgebung vieler Grazer MuslimInnen sein sollte, welche bis 2011 fertig gestellt sein sollte - konkre-

¹⁹¹ Brief von Alfred Stingl (Altbürgermeister), Helmut Strobl (Stadtrat a.D.), Angelika Vauti-Scheucher (Interreligiöser Beirat) und Hannes Galter (Interreligiöser Beirat) vom 18.3.2010 an die Gerhard Kurzmann (FPÖ Steiermark), abgedruckt in: Informationen aus dem Nationalrat, April 2010, S. 2 (http://www.fpoe-stmk.at/fileadmin/Content/Steiermark/Infos-NR/NR_Info_April_2010.pdf)

¹⁹² Vgl. Unterlage vom ehem. ÖVP-Stadtrat Helmut Strobl vom 30.1.2007 und Email, 5.9.2013

¹⁹³ 3.2006: „DI Helmut Strobl: „Österreich ist seit langem Vorbild betreffend Integration von Muslimen – unser Beitrag zum „Karikaturenstreit“ ist der Dialog. Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Situation wäre eine Zeichensetzung in einer Menschenrechtsstadt sinnvoll: In Graz sollte eine – sichtbare – Moschee gebaut werden! Unsere muslimischen MitbürgerInnen würden dies gerne tun, wir sollten sie dabei unterstützen. Es geht um Religionsfreiheit und Menschenrechte, um Menschenwürde und friedliches Zusammenleben.“ (BIG Graz, http://www.graz.at/cms/dokumente/10056067_419305/de5ac366/MaerzBIG2006.pdf)

¹⁹⁴ "[Auch in Graz gibt es mittelfristige Pläne, eine Moschee zu bauen.] ... Haben die Muslime Pläne und Finanzierung, steht dem Bau einer Moschee mit Minarett nichts im Weg. Wenn sie um eine Bewilligung ansuchen, gibt es ein normales Bauverfahren." (Kleine Zeitung, 28.8.2007, S.19). Für dieses und folgende Zitate vgl. die im Rahmen des Wahlkampfmonitorings des Grazer Menschenrechtsbeirates erstellte Diskursanalyse von Joachim Hainz (http://www.wahlkampfbarometer-graz.at/cms/fileadmin/user_upload/Diskursstraenge_im_Zusammenhang_mit_der_muslimischen_Religion_in_OEsterreich_bzw.pdf)

te Ergebnisse hinsichtlich des Standortes¹⁹⁵ und der anderer Fragen, wie etwa Finanzierung¹⁹⁶ oder Widmung¹⁹⁷, fehlen jedoch.

Dieser Wunsch wird wiederholt¹⁹⁸ von Kamel Mahmoud, dem neuen IGGIÖ-Vertreter, vorgetragen. Zum besseren Kennenlernen werden in einigen der zehn bestehenden muslimischen Gebetsräume im Frühjahr 2007 vielbesuchte „Tage der offenen Tür“ abgehalten.

¹⁹⁵ Vgl. Unterlage vom ehem. ÖVP-Stadtrat Helmut Strobl vom 30.1.2007 und Email, 5.9.2013

¹⁹⁶ 9.7.2007: „Kamel Mahmoud, Vorsitz Islamische Religionsgemeinde Graz (...) *Wie sieht es mit dem Bau einer Moschee in Graz aus?* MAHMOUD: Wir haben vor, ein Kulturzentrum zu bauen, haben aber das Geld leider nicht, wir würden drei Millionen Euro brauchen. Wir benötigen eine Moschee, um die Moslems aus den verschiedenen Kulturen zusammenzubringen und ein positives Bild des Islam zu vermitteln. So leben die verschiedenen Vereine nur in ihrer Kultur – mit allen Vor- und Nachteilen. Wir wollen aber den „Mainstream“ sammeln.“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2007/07/09/enns/13/art-0132.html?mark=moschee>)

¹⁹⁷ 26.9.2007: Kamel Mahmoud: „Seit Jahren kämpft er um eine Moschee für die schätzungsweise 25.000 Muslime in der Steiermark.“ (...) „Das Hauptproblem ist das Grundstück. Wir wollen kein Grundstück kaufen und dann keine Widmung bekommen.“ Eine Widmungszusage vor dem Kauf aber war nicht zu bekommen. „Wir wurden immer wieder vertröstet, und nie ist etwas passiert“, sagt Mahmoud. Eine Entscheidung ist nicht in Sicht.“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2007/09/26/enns/10/art-0101.html?mark=moschee>)

¹⁹⁸ 25.5.2007: Der Abbau bestehender Vorurteile in der heimischen Bevölkerung ist ein großes Anliegen der Islamischen Religionsgemeinde in Graz. Deshalb lädt man jetzt die Grazerinnen und Grazer zu Tagen der offenen Moschee in den verschiedenen Gebetsräumen ein. „Die Leute sollen dort einfach sehen und erleben, wie wir unseren Glauben leben“, erklärt Kamel Mahmoud, der Vorsitzende der Islamischen Religionsgemeinde Graz, zuständig für Steiermark und Kärnten. (...) Die Errichtung einer Moschee in Graz ist ein lang gehegter („seit über 20 Jahren“, so Mahmoud) Wunsch der Islamischen Religionsgemeinde. Derzeit gibt es in Graz zehn verschiedene muslimische Vereine, aufgeteilt nach Volkszugehörigkeit oder Sprache. Und jeder dieser Vereine hat seinen eigenen Gebetsraum. Der Vorsitzende der Religionsgemeinde dazu: „Eine Moschee und ein Kulturzentrum, selbstverständlich für alle – auch Nichtmuslime – zugänglich, wäre natürlich schön. Die einzelnen Gruppen sind ja derzeit mit ihren Gebetsräumen und Kulturzentren sehr verstreut über das ganze Stadtgebiet, zum Teil ist man ja auch in irgendwelchen Kellerräumen untergebracht. Ein gemeinsames Zentrum wäre etwas, wo sich die Muslime wirklich zu Hause fühlen könnten.“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2007/05/25/gnord/30/art-0305.html?mark=moschee>). Vgl. auch:



199

Trotz politischer Unterstützung und zahlreicher Aktivitäten ist bei muslimischen VertreterInnen in Graz die Skepsis hinsichtlich der Errichtung einer Moschee klar spürbar.²⁰⁰ Das auch deshalb, da ab Ende August 2007 in Graz die prinzipiellen Diskussionen um Moscheebauten wieder an Intensität zunehmen. Zum einen betont Kamel Mahmoud wiederum die Wichtigkeit eines Moscheebaues in Graz²⁰¹ und zum anderen fällt dies zusammen mit aktuellen Diskussionen in Kärnten unter dem damaligen Landeshauptmann Jörg Haider (BZÖ), der für ein Moschee- und Minarettbauverbot mittels geänderter Kärntner Bauordnung und Ortsbildpflegegesetz eintritt.²⁰²

¹⁹⁹ <http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2007/05/25/gnord/31/art-0313.html?mark=moschee>

²⁰⁰ 16.9.2007: Ali Soleiman, SP-Gemeinderatskandidat, im Interview mit der Kleinen Zeitung: „Wäre der Bau einer Moschee eine Lösung? ALI: Es wäre schön, aber die Zeit ist erst dann reif dafür, wenn die Akzeptanz in der österreichischen Bevölkerung steigt. Wir haben derzeit weder Pläne noch das Geld dafür. Momentan will uns die Gesellschaft in Hinterhöfen halten, wo wir unsere Religion ausüben, um uns dann Treffen an versteckten Orten vorzuwerfen.“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2007/09/16/enns/21/art-0212.html?mark=moschee>) und 26.9.2007: Kamel Mahmoud: „Ich bin müde geworden“, sagt er wieder. (...)„In Österreich ist der Islam eine anerkannte Religion, anders als in anderen europäischen Ländern. Aber wir können unsere Rechte nicht genießen“, sagt er. Er spricht von Verhetzung und meint Politiker, die Stimmen sammeln – und die Medien. Seine Frau sei erst kürzlich im Auto angepöbelt worden. Ein Autofahrer hielt neben ihr, kurbelte das Fenster herunter und beschimpfte sie wegen ihres Kopftuchs.“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2007/09/26/enns/10/art-0101.html?mark=moschee>)

²⁰¹ 28.8.2007 (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2007/08/28/enns/13/art-0132.html?mark=moschee>)

²⁰² 04.09.2007: „Das BZÖ erwartet sich vom Nationalrat eine "Willenserklärung" gegen den Moscheebau. Wie BZÖ-Generalsekretär Gerald Grosz und BZÖ-Abgeordneter Gernot Darmann bei einer Pressekonferenz am Dienstag aus-

Zu diesem Zeitpunkt läuft bereits der Wahlkampf für die im Jänner 2008 stattfindenden Gemeinderatswahlen in Graz. Dabei fordert der Grazer BZÖ-Spitzenkandidat und NR-Abgeordnete Gerald Grosz auch für Graz ein Moschee- und Minarett-Bauverbot,²⁰³ unter anderem auch am Jahrestag der Terrorangriffe vom 11. September 2001: *"Die neuesten erschreckenden Meldungen aus Deutschland, wonach ein damals 5-jähriges Kind einige Tage vor dem Terroranschlag auf das World Trade Center bereits die Anschlagpläne in einer Moschee gehört haben soll, sind ein erschreckender Beweis dafür, dass Moscheen von Radikal-Islamisten mehr und mehr als Terrorzellen missbraucht werden. Es ist immer deutlicher erkennbar, dass der radikale Islamismus nur ein einziges Ziel verfolgt, nämlich unter dem Deckmantel der falsch verstandenen Religionsfreiheit, die europäisch, abendländische Kultur zu untergraben und unsere säkulare, rechtsstaatlich-demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung zu destabilisieren. Daher ist die Kärntner BZÖ-Initiative von Landeshauptmann Jörg Haider, ein Bauverbot für Moscheen und Minarette durchzusetzen, (...) der einzig wirksame Weg gegen politisch motivierte Provokation vordergründiger Glaubenskonflikte in Österreich. (...) „Gerade weil das BZÖ diese Spannungen verhindern will, gerade weil wir uns unserer Geschichte und unserer abendländisch-europäischen Tradition be-*

fürten, will die Partei dafür eigens einen Antrag im Parlament einbringen. Zudem wird das vom Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider (B) angestrebte Bauverbot für Minarette und Moscheen auch die Landeshauptleutekonferenz beschäftigen. Der Generalsekretär des BZÖ bekräftigte für seine Partei einmal mehr, dass ein Verbot von Moscheen über die Bauordnung der "sachlichste Weg" sei, um die "kulturelle Identität" des Landes zu bewahren. Daher sollten dem "Vorreiterland Kärnten" auch alle anderen Bundesländer Folge leisten, so Grosz. Das Parlament solle eine "Willenserklärung" darüber abgeben, was es sich in diesem Punkt von den Ländern erwarte. Zudem wird das Thema auf Vorschlag des Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider (B) auf der Tagesordnung der nächsten Landeshauptmannkonferenz stehen. Der Kärntner Landeshauptmann hat ja angekündigt, über eine Änderung der Bauordnung, des Gemeindeplanungsgesetzes und des Ortsbildpflegegesetzes den Bau von Moscheen und Minaretten in seinem Bundesland künftig unterbinden zu wollen. Gernot Darmann, auch Menschenrechtssprecher des BZÖ, sekundierte dem Generalsekretär, dass ein derartiges Verbot von Moscheen nicht die freie Religionsausübung einschränken würde, und daher keine Menschenrechtsverletzung darstelle." (<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/553510/index.do;jsessionid=EC7A8BAC29C81AB5FAF880A03830397A.p1>)

²⁰³ 28.8.2007: BZÖ-Steiermark: NEIN zu geplantem Moscheebau in Graz: Eine klare Absage zu den Plänen der islamischen Glaubensgemeinschaft in Graz eine Moschee zu errichten kommt seitens des steirischen BZÖ. "Steiermarkweit gibt es bereits 29 Vereins- und Gebetshäuser, die unter teilweise dubiosen Genehmigungen oder Nichtgenehmigungen errichtet worden sind. Das reicht völlig. Moscheen und Minarette sind reine Machtsymbole eines expansiven Islams. Graz braucht keine Moschee und kein Minarett", so BZÖ-Steiermark-Chef Generalsekretär Gerald Grosz. Das BZÖ zeigt sich empört über zustimmende Reaktionen aus dem Grazer Rathaus zu der geplanten Moschee und kündigt massive Proteste gegen den geplanten Bau an. "Egal wo Nagl, Ferk und Co. ihre Moschee bauen wollen, das BZÖ wird mit Hilfe von Bürgerinitiativen die Interessen der Anrainer vertreten und diesen Bau zu Fall bringen", so Grosz abschließend. (http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070828_OTS0121/bzoe-steiermark-nein-zu-geplantem-moscheebau-in-graz)

wusst sind, wollen wir keine provozierten Kultur- und Glaubenskonflikte in Österreich und schon gar keine ethnischen Konflikte importieren. Moscheen und Minarette sind reine Machtsymbole eines radikalen Islamismus und (...) Keimzellen des Terrors in Mitteleuropa", betonte Grosz.²⁰⁴

Verhetzende und rassistische Wahlkampföne

Ein intensiver Anti-Islam- und Anti-Moschee-Wahlkampf wurde von der FPÖ bereits im Frühjahr 2007 gestartet. Der FPÖ geht es dabei – wie dem BZÖ – nicht um konkrete Standortfragen oder Auswirkungen auf die Nachbarschaft, sondern um eine prinzipielle Ablehnung der muslimischen Religion, ihrer Gläubigen und der Errichtung von neuen muslimischen Versammlungsorten. MuslimInnen werden über die Monate bis zur Wahl im Jänner 2008 von steirischen FPÖ-LokalpolitikerInnen u.a. pauschal als „aggressive Fundamentalisten“²⁰⁵, Sodomisten²⁰⁶ und Vergewaltiger sowie Kinderschänder²⁰⁷ gebrandmarkt. Gewarnt wird vor Mehrheiten von AusländerInnen bzw. MuslimInnen in den Bezirken.²⁰⁸ Kritisiert wird zudem,

²⁰⁴ 11.9.2007, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070911_OTS0238/grosz-moscheen-und-minarettverbot-ein-gebot-der-vernunft.

²⁰⁵ 18.4.2007: „Klar gegen eine Moschee in Graz-Straßgang spricht sich der Landesparteiobmann der FPÖ-Steiermark, NAbg. Dr. Gerhard Kurzmann aus. (...) Für Kurzmann ist die Vielzahl der schon derzeit bestehenden muslimischen Gebetshäuser ausreichend. "Wir brauchen keine Moscheen in Graz oder in der Steiermark, die womöglich zur Brutstätte eines aggressiven Fundamentalismus werden, wie in manchen Städten der Bundesrepublik Deutschland", so der freiheitliche Politiker wörtlich (...)." (http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20070418_OTS0107/kurzmann-keine-moschee-gegen-den-willen-der-bevoelkerung)

²⁰⁶ April 2007: „Wenn die Grazer ÖVP/SPÖ-Stadtregerung nicht mehr in der Lage ist, unsere Jugendlichen vorsexuellen Übergriffen und brutalen Vergewaltigungen (...) zu unterbinden, sollte sich VP-Nagl vielleicht überlegen, ob er nicht al Sofortmaßnahme gegen muslimisch-türkische Vergewaltigungen einer Schafherde grasen lassen will.“ (Michael Winter, RFJ Steiermark in Tangente, April 2007). Winter wurde dafür und für andere Aussagen im Oktober 2008 rechtskräftig wegen Verhetzung verurteilt. (<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/1567394/index.do>)

²⁰⁷ http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/355243/Grazer-FPOeObfrau-Winter_Kinderschaender-Mohammed

²⁰⁸ 31.8.2007: „In manchen Bezirken wie Gries oder Lend sind die Österreicher schon vor Jahren zur Minderheit geworden! Um dieser (traurigen) Situation noch die Krone aufzusetzen, plant die islamische Glaubensgemeinschaft in Graz die Errichtung einer Moschee mit Minarett ...“ (Leserbrief Susanne Winter, Graz, Kleine Zeitung, 31.8.2007)

dass Bürgermeister Nagl ebenfalls zu den Befürwortern eines Moscheenbaus (in Straßgang) gehört.²⁰⁹



Sowohl BZÖ als auch FPÖ bringen immer wieder, wie ja zuvor und seither in vielen österreichischen Kommunen praktiziert, die Idee einer „Unterschriften-Aktion gegen Moschee-Bau“²¹¹ ein. Die geltende Gesetzeslage und die verfassungsmäßig geschützte Religionsfreiheit sollten so durch den „Volkswillen“ überstimmt werden können. Tatsächlich sind mit derartigen

²⁰⁹ "Wir haben z.B. immer vor der weiteren Islamisierung gewarnt. Jetzt ist klar, das Nagl und Co. Die Großmoschee gegen den Willen der Grazer durchdrücken. Nur die FPÖ kann und will solchen Wahnsinn verhindern. Genauso, wie nur wir die Missstände im Gemeindebau, wo die Grazer wegen der Zuwanderungslawine nicht einmal mehr Mieterzweiter Klasse sind, abstellen können." (Wir Grazer. Das Bürgermagazin, FPÖ Graz, 12.2007). Susanne Winter auf der FPÖ-Website: „Andererseits wird die teilweise vorhandene ländliche Struktur unseres Bezirkes durch die fortschreitende Islamisierung bedroht. Vor einigen Wochen forderte der Sprecher der Islamische Kultusgemeinde gefordert (sic!), daß Graz eine repräsentative Moschee mit Minarett braucht. Die von ÖVP-Bürgermeister Nagl angekündigte Unterstützung für den Straßganger Moschee-Bau wird von Freiheitlichen aufs Heftigste abgelehnt. Denn auch wir Straßgänger müssen uns gegen die drohende Islamisierung unseres Bezirkes wehren und unsere angestammte, christlich-abendländische Kultur erhalten." Ebenfalls eine gemeinsame Moschee ist für die Grüne Spitzenkandidatin Lisa Rücker vorstellbar. (Impuls Grün, 18.10.2007)

²¹⁰ RFJ-Zeitschrift „Tangente“, April 2007, Faksimile auf: http://www.mariacher.org/uploads/RFJ_WinterTangente.jpg

²¹¹ Susanne Winter in: Die Woche, 16.9.2007, S. 12

Aktionen – wie etwa in Leoben - bereits mehrere Bauvorhaben muslimischer Versammlungsräume komplett bzw. teilweise verhindert worden. Vom BZÖ werden zudem weitgehende Überwachungsmethoden gegenüber österreichischen MuslimInnen eingefordert.²¹²



213

Im Spätherbst 2007 wird den Grazer MuslimInnen ein neues muslimisches Gräberfeld in Aussicht gestellt²¹⁴. Es wird in der Folge dieses Anliegen von politischer Seite vorrangig statt des gemeinsamen Moscheebaues realisiert,

²¹² 13.9.2007, Gerald Grosz: „Es muss ein für alle Mal Schluss sein mit dem Verniedlichen, mit dem Verharmlosen, mit dem Bagatellisieren einer bereits bestehenden und realen Gefahr durch den Islamismus auch hier in Österreich. ... Österreich ist aufgrund seiner bisherigen Situation bestens geeignet als Unterschlupfnest für Schläfer und Terroristen ... Diese Entwicklung ist unter dem Deckmäntelchen der falsch verstandenen Religionsfreiheit in Österreich noch dazu unterstützt worden. In Österreich leben Muslime der 2. Generationen, die sich für den Radikal-Islam begeistern lassen, obwohl eine Bundesregierung uns jeden Tag glaubhaft versichern will, dass die Integration bestens funktioniert. 45 Prozent der Moslems sind nicht integrationsfähig und integrationswillig und haben daher auch in unserem Land nichts verloren. Moscheen und Gebetsräume des Islam dienen dazu, Nachwuchsterroristen anzuwerben.“

²¹³ FPÖ-Anzeige in: Der Grazer, 30.12.2007, S. 28

²¹⁴ Vgl. „Ein Zeichen der Menschenwürde“ (Kleine Zeitung, 6.12.2007, S. 27)

was - wie etwa der ehemalige Stadtrat Strobl festhält - wohl auch für die Muslime zutrifft.²¹⁵

BZÖ: Bau weiterer Sakralbauten zerstöre Ortsbild

Nach den Gemeinderatswahlen und der Konstituierung einer ÖVP-Grüne-Koalition in Graz gibt es im Frühjahr 2008 einen erneuten Anlauf der IGGIÖ durch den Vorsitzenden der IGGIÖ Österreich, für den Bau einer (gemeinsamen) Moschee. Dabei werden diese Pläne weiterhin von großen Teilen der Stadtpolitik²¹⁶ unterstützt, während Teile des Gemeinderates weiterhin vollkommen dagegen sind.²¹⁷

²¹⁵ Vgl. Unterlagen Helmut Strobl, 2.2010, Vgl. dazu auch die bereits 1988 an die Israelitische Kultusgemeinde Graz von der Stadt Graz vorgetragene Idee der Wiederrichtung der 1938 zerstörten Synagoge. Auch aus Angst vor antisemitischen Angriffen durch eine neue, öffentlich sichtbare Synagoge wurde ersucht, stattdessen die ebenfalls 1938 zerstörte Zeremonienhalle am Grazer Jüdischen Friedhof wieder zu errichten. (Elvira Regenspurger: Die Wiederrichtung der Grazer Synagoge unter Berücksichtigung der politischen und medialen Öffentlichkeit, Diplomarbeit Graz, 2003, S. 51-55)

²¹⁶ 23.6.2008: „Die Grazer Stadträtin Dr. Susanne Winter erneuerte heute am Montag ihre Forderung nach einem Verbot von Moscheen als "sichtbares Zeichen der islamischen Gegenwelten in unserer Stadt", nachdem Berichten aus den Tageszeitungen zu entnehmen war, dass Bürgermeister Nagl bereits höchstpersönlich "erste Gespräche" mit einem Architekten für einen Grazer Moscheebau geführt haben soll. "Die Forderung ‚unserer‘ islamischen Migranten und Zuwanderer nacheiner Moschee in unserer Heimatstadt, empfinde ich als Provokation. Die seit Jahren bestehenden Gebetsräume der Muslime hat die Bevölkerung ohne größere Widerstände akzeptiert, aber ein Moscheebau ist für mich ein Akt, der den sozialen Frieden in unsere Stadtgefährden kann. Der Bürgermeister sollte aber akzeptieren, dass viele Einheimische einem Moscheebau in Graz zutiefst ablehnend gegenüberstehen", kritisierte Stadträtin Winter die schwarz-grüne Regierung unter Bürgermeister Nagl. (http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080623_OTS0167/fpoe-stadtraetin-winter-unser-gebot-heisst-moscheenverbot)

²¹⁷ 11.5.2008: „Weiter für heftige Polit-Diskussionen sorgt der Wunsch der Muslime, in Graz eine Moschee zu bauen. (...) Noch ist jedoch unklar, ob sich die verschiedenen islamischen Gruppen in Graz überhaupt auf ein gemeinsames Projekt einigen können. In zwei Wochen wird es im interreligiösen Beirat der Stadt die nächsten Gespräche geben. (...) Der "Krone"-Bericht (siehe Infobox) über den Wunsch der Muslime, in Graz eine Moschee zu errichten, hat für gewaltige Aufregung gesorgt. Kritik kommt von Blau und Orange; ÖVP, Grüne, SPÖ und KPÖ hingegen sind bereit, einer Moschee zuzustimmen. Mit 10.000 Mitgliedern sind die Muslime die drittstärkste Glaubensgemeinschaft in der steirischen Landeshauptstadt. Und sie wollen eine Moschee - so Anas Schakfeh, Präsident der islamischen Glaubensgemeinschaft Österreichs. Die Grazer sind mehrheitlich gegen eine Moschee, aber die Politik ist mehrheitlich dafür. ÖVP-Bürgermeister Siegfried Nagl: "Ich bin überzeugter Christ, aber ich respektiere jeden Menschen, der Gebete kennt. Niemand will seine Gebete im Hinterhof verrichten." Lisa Rucker, grüne Vizebürgermeisterin: "Der Bedarf ist gegeben. Das Problem ist, dass sich die unterschiedlichen Nationalitäten muslimischen Glaubens auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Der gesamte Prozess braucht Begleitung durch die Stadt." Wolfgang Riedler, SPÖ-Chef: "Die Gesetzeslage ist klar: Wenn alle Rahmenbedingungen eingehalten werden, können die Muslime eine Moschee bauen." Herbert Wippel, KPÖ-Gemeinderat: "Wenn die Muslime ihre Moschee selbst bezahlen und sich an die Bauordnung halten, haben wir nichts dagegen." Von der FPÖ kommt ein striktes Nein. Susanne Winter: "Wenn die islamische Glaubensgemeinschaft denkt, dass sie gegen den Bevölkerungswillen eine Moschee mit Minarett errichten kann, dann hat sie die Rechnung ohne den Wirt, nämlich uns Grazer gemacht." BZÖ-Chef Gerald Grosz: "Wir wollen ein Bauverbot, wie es

Verstärkt wird von BZÖ und FPÖ dabei die Frage des Ortsbildes thematisiert, dass also gewisse sakrale Bauten nicht ins Stadtbild passen würden.²¹⁸ Der BZÖ-Gemeinderat Grosz vertritt dabei sogar die Ansicht: *„Unser Antrag befasst sich mit vielerlei Gründen, warum wir der Meinung sind, dass der Bau einer Moschee in Graz beziehungsweise der Bau überhaupt von weiteren Sakralbauten, egal welcher Konfession, das Ortsbild der Stadt zerstören. Und gerade um das Ortsbild der Stadt zu schützen, ist es notwendig, auch ein Verbot für Bauten zu erlassen, die aufgrund ihrer außergewöhnlichen Architektur oder ihrer Dimension das Ortsbild verletzen.“*²¹⁹

Nachdem FPÖ-Stadträtin Susanne Winter bereits angekündigt hat, *„jegliche in einer Demokratie und einem Rechtsstaat möglichen Mittel ergreifen, um dieses islamische Bauvorhaben zu verhindern“*²²⁰, fordert die Grazer FPÖ im Herbst 2008 – obwohl es immer noch keinen konkreten Standort für eine Moschee gibt²²¹ - die Durchführung einer Volksbefragung in Graz mit der

die Kärntner haben.“ (http://www.krone.at/Nachrichten/Bischof_Kapellari_ruft_zu_Ruecksicht_auf-Moschee-Diskussion-Story-100557)

²¹⁸ 8.5.2008: Diskussion für Architektur-Gestaltungsbeirat: „Ein zweiter Punkt aus freiheitlicher Sicht, wahrscheinlich auch begrüßenswert, ein solcher Beirat wird wahrscheinlich einer Moschee keine Zustimmung geben, Moscheebauten passen nicht ins Stadtbild (...) und da haben wir wieder eine Chance, dass Sie von den Experten gesagt bekommen, dass ein Moschee hier sicher nichts verloren hat.“ (FPÖ-Gemeinderat Lohr, Grazer GR-Sitzung, 8.5.2008, http://www.graz.at/cms/dokumente/10091564_410977/57a2e508/080508_dringliche_antraege2.pdf)

²¹⁹ BZÖ-Gemeinderat Grosz in Gemeinderatssitzung vom 8. Mai 2008: „ (...) Ein weiterer Grund ist sicherlich gegen den Bau einer Moschee und eines Minarets in Graz, dass sich die als „Islamismus“ bekannte Ausprägung dieser Ursprungsreligion Islam klar gegen unsere zivilisierte, über Jahrtausende christlich sozialisierte, demokratisch säkularisierte, mitteleuropäische und friedliche Gesellschaft stellt. Um jetzt aber einen Antrag zu formulieren, der verfassungsrechtlich auch hält, der keine Religion benachteiligt, ist natürlich die sachliche Begründung für unser Vorgehen der Schutz des Ortsbildes und die nachhaltige Schädigung unserer Baukultur durch den Bau von weiteren überdimensionalen Sakralbauten.“ (http://www.graz.at/cms/dokumente/10091564_410977/279f40c4/080508_antraege2.pdf)

²²⁰ 23.6.2008: "Der Bau einer Moschee mag gesetzlich erlaubt sein, ein Moscheebau würde aber mit Sicherheit den islamischen Gegenwelten in unserer Stadt Tür und Tor öffnen. Das wollen wir Freiheitliche verhindern. (...) so Winter. "Die FPÖ wird alles nur erdenklich Mögliche unternehmen in Graz, einen Moschee-Bau, mit oder ohne Minarett, zu verhindern. Dabei werden wir jegliche in einer Demokratie und einem Rechtsstaat möglichen Mittel ergreifen, um dieses islamische Bauvorhaben zu verhindern", warnt die FP-Stadträtin Dr. Susanne Winter.“ (http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20080623_OTS0167/fpoe-stadtraetin-winter-unser-gebot-heisst-moscheenverbot)

²²¹ Gemeinderatssitzung vom 18. September 2008, StRin. Eva Fluch, ÖVP: „Klar ist, es gibt kein Projekt, das vorliegt. Nach meinem Wissensstand ist nirgendwo an einem konkreten Platz oder Privatgrundstück daran gedacht, dass wir in Graz eine Moschee bauen, denn es gibt Eigentumsrechte, es hat niemand von uns sozusagen eine Freude, wenn der Nachbar, wenn ihm das Erkerchen oder der Spitzturm nicht gefällt, festlegen könnte, was und wie dort gebaut werden dürfte. (...) Zweitens: Es gibt in unserer Republik natürlich das Menschenrecht auf freie Religionsausübung, ich habe heute von Seiten der FPÖ etwas ganz Erstaunliches gehört, nämlich aus der Säkularisierung der Bevölkerung abzuleiten, Armin, dass irgendwie Kirchenbauten nicht mehr nötig oder nicht mehr für die Stadt gebührend eingeschätzt würden, das läuft sozusagen auf ein Kirchenverbot hinaus, das mich von Seiten der FPÖ absolut wundert und ganz sicherlich nicht unserer Einstellung entspricht. (...) wir haben hier in unserer Stadt Graz eine gute Tradition von der ich denke, dass wir daran unbedingt anknüpfen müssen. Das heißt, warum spreche ich jetzt denn doch von einem Bau

Fragestellung „Sind Sie dafür, dass im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Graz eine Moschee errichtet wird?“, zur Bewahrung des „sozialen Friedens“.²²²

Bei der Debatte zu diesem Antrag im Grazer Gemeinderat kommen mehrere Befürworter für eine Moschee in Graz zu Wort²²³. Interessant für die in den kommenden Jahren folgenden Diskussionen hinsichtlich BetreiberInnen und Aussehen der Moschee sind die Aussage der ÖVP-Stadträtin Fluch: *„Es geht in diesen Fragen darum, jene Muslime zu stärken, die den Islam europäisieren und nicht jene, die Europa islamisieren wollen, das ist der entscheidende Unterschied (...) nicht zuletzt bin ich als eine, die für das Bauwesen in Graz zuständig ist, eine, die denkt, es wäre schon spannend, eine Architekturhauptstadt Graz darüber nachdenken zu lassen, wie tatsächlich so ein islamisches Kulturzentrum auch mit einer Gebetsmöglichkeit in Graz aussehen könnte, die allein von der Planung her und vom Geist, der dahinter steht, der nicht nur getragen wird sozusagen von der muslimischen Gemeinde, sondern von allen Glaubensgemeinschaften, die in Graz sind, vielleicht auch eine Ausformung*

eines Gebetshauses in Graz, wenn es nicht einmal ein Projekt gibt. Deshalb, weil ich denke, dass die Aussage unseres Bürgermeisters, die er immer wieder in Gesprächen getätigt hat eine sehr wichtig ist.“

²²² 18.9.2008: „In den Sommermonaten war diversen Medien zu entnehmen, dass Sie und Ihre Stellvertreterin Rücker die Umsetzung des Baus einer Moschee in Graz fördern. Sakralbauten dieser Art sind aber nicht bloß Bauwerke im herkömmlichen Sinne, sondern beinhalten auch politische Signale. Aus diesem Grund gilt es in dieser Angelegenheit nicht nur die baurechtlichen Möglichkeiten zu hinterfragen, sondern auch die politische Dimension dieses Themas richtig zu beurteilen. Es stellt sich aus Sicht der FPÖ die Frage, ob in unserer säkularisierten Gesellschaft, in der die Religion aus vielen Bereichen des Staates verdrängt wurde, was aus der historischen Perspektive durchaus seine Berechtigung hat, ein zusätzlicher Sakralbau nicht das falsche Signal an bestimmte Teile unserer Bevölkerung darstellt. Eine derart wichtige und grundlegende Entscheidung kann, nach Beurteilung der FPÖ, nicht ohne ein entsprechendes Bürgervotum durchgeführt werden. Aus eigener Wahrnehmung zeigt sich nämlich, dass innerhalb der Grazer Bevölkerung viele kritische Stimmen zu diesem Vorhaben vorhanden sind und der ausdrückliche Wunsch besteht, diesbezüglich auch die persönliche Meinung kund tun zu können.“ (FPÖ-Gemeinderat Sippel, FPÖ-Antrag, GR-Sitzung, 18.9.2008).

²²³ Sigrid Binder, Grüne Gemeinderätin: „Heute müssen viele Musliminnen und Muslime in Graz ihr Gebet versteckt verrichten, erinnert mich an die Christenverfolgung in den Katakomben, versteckt in Räumen, ohne sichtbar machen zu können durch ein Gebetshaus, wohin sie gehören und was eines ihrer wichtigen Symbole ist. Und dazu eine Volksbefragung machen zu wollen, ist wohl ein geschmackloser Gipfel Ihres Populismus“. SPÖ-Gemeinderat Herper: „Der interreligiöse Beirat kümmert sich um diese Fragen seit langem in der Gemeinschaft der Religionsgemeinschaften, es kümmert sich das Bürgerkomitee darum, darunter Altbürgermeister Stingl, Stadtrat Strobl, viele andere ehrenwerte Persönlichkeiten, die sich dieser Frage zu widmen und ich möchte nicht, dass dieser Spalt von euch vorangetrieben wird. (...) Wenn wir eine Moschee als einen Begegnungs-, Kultur- und Betraum sehen, dann ist es einer öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaft nur billig und recht, diese Rechte zu haben, wie alle anderen auch. Und deswegen werden wir diesem Dringlichen die Zustimmung verwehren und ich appelliere nochmals, es wird eh nutzlos sein, aber nicht immer vor Wahlgängen den Zunder anzulegen und das Feuer hineinzuworfen, weil ich glaube, es wird euch nichts bringen und die Grazerinnen und Grazer sind vernünftiger als vielleicht anderswo, denn sie wissen es, dass wir gemeinsam diese schöne Stadt Graz gemeinsam erleben wollen in ihrer Vielfältigkeit und ihrer kulturellen und vielfältigen Identität.“ (Grazer GR-Sitzung 18.9.2008)

und eine architektonische Gestaltung finden würde, die beispielhaft ist, von der andere Städte in Europa wieder einmal etwas von uns lernen können.“²²⁴

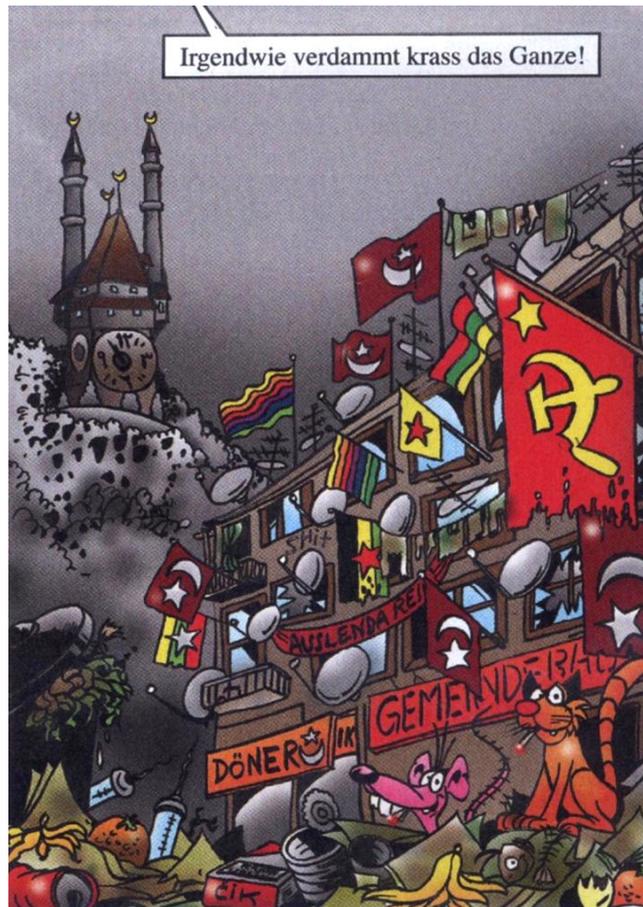
Neben dem seit den 1990er Jahren zivilgesellschaftlichem Gremium, rund um den ehemaligen Bürgermeister Alfred Stingl und ehemaligen Stadtrat Helmut Strobl sowie dem von Bürgermeister Siegfried Nagl installierten Interreligiösen Beirat schlägt auch der Menschenrechtsbeirat in seinem ersten Menschenrechtsbericht die Errichtung einer Moschee als konkrete Empfehlung aus.²²⁵ Reflektierenswert an der Grazer politischen Konstellation ist, inwiefern die infrastrukturelle Ausgestaltung und Errichtung einer räumlichen Struktur von Religionsgemeinschaften tatsächlich Thema und Anliegen politischer Parteien in einer Stadt zu sein hat bzw. wie dabei eine notwendige Äquidistanz eingehalten werden kann.

Schweizer Abstimmung und konkrete Baupläne

Im Sommer 2009 wird die Stadt Graz im Rahmen des EU-Parlamentswahlkampfes in dem FPÖ-Comic „Der blaue Planet“ verunglimpft. Der für eine jugendliche Zielgruppe verfasste Comic zeigt dabei unter anderem die Auswirkungen einer befürchteten „Islamisierung“ an Hand des Grazer Wahrzeichens, des Uhrturms, mit zwei Minaretten und arabischen Ziffern.

²²⁴ Eva-Maria Fluch, ÖVP-Stadträtin, in Grazer GR-Sitzung vom 18.9.2008.

²²⁵ 22.10.2008: Wolfgang Benedek (Leiter des MR-Beirates): Das ist nicht eine Frage des Geschmacks, sondern eine des Rechts auf freie Religionsausübung. Da das ein sensibles Thema ist, empfehlen wir, dass der interreligiöse Beirat an einem positiven Meinungsbildungsprozess mitwirken soll. (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2008/10/22/gnord/25/art-0255.html?mark=moschee>). 6.1.2009: Das Bürgerbeteiligungsprojekt „Zeit für Graz“ plädiert ebenfalls für „ein islamisches Kulturzentrum, das als offizielles Dach der Islamischen Glaubensgemeinschaft fungieren soll. Damit soll einerseits dem Fanatismus entgegengetreten, andererseits die Chance für einen Dialog geschaffen werden“. (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2009/01/06/gnord/25/art-0255.html?mark=islam%3Bkulturzentrum>)



Graz aus der Sicht der FPÖ²²⁶

Während Ende November 2009 steirische Vertreter der Muslime über das Schweizer Abstimmungsergebnis zum Minarettbauverbot enttäuscht sind und Auswirkungen auch auf Graz befürchten²²⁷, sehen sich die MoscheebaukritikerInnen in ihrer Haltung bestärkt und wiederholen ihre Forderungen nach Minarett-Bauverboten,²²⁸ etwa durch Änderung der Raumordnungsgesetze.²²⁹

²²⁶ In: „Der blaue Planet“, zum EU-Parlaments-Wahlkampf 2009 (= HC-Comics, Band 1, http://www.fpoe.at/fileadmin/Contentpool/Portal/PDFs/EUWahl09/comic_web.pdf)

²²⁷ <http://stmv1.orf.at/stories/406514>

²²⁸ 12.2009: „Als Landesparteiobmann der steirischen Freiheitlichen und Menschenrechtssprecher der FPÖ-Nationalratsfraktion im Hohen Haus begrüße ich den Ausgang des Volksentscheides in der Schweiz, nach dem mehr als 57 Prozent der Stimmbürger den Bau von Minaretten ablehnen, ausdrücklich. Die Schweizer haben eindeutig für ihre Erhaltung der kulturellen Identität votiert und damit auch für Österreich ein positives Signal gesetzt. Ich darf allen „Multi-Kulti- Phantasten“, ob in der Schweiz oder in Österreich, in Erinnerung rufen, dass für die einheimische

In diese Diskussion kommt am 1. Dezember 2009 die Nachricht, dass der „Kulturkreis der Muslimanen“, eine bosnische muslimische Gemeinde in Graz, ein konkretes Bauprojekt für eine Moschee mit Minarett verfolgt, wenn anscheinend auch noch ohne konkreten Standort.²³⁰

Damit wird die Strategie, dass erst nach Standortfindung und Abklärung anderer Vorbedingungen an die Öffentlichkeit gegangen werden soll, verlasen. Es sind so jedoch auch die seit den 1990er Jahren erfolgten Anstrengungen zur Errichtung einer Moschee der Islamischen Glaubensgemeinschaft für alle Grazer Muslime (fürs Erste) beendet, wie der Sprecher der bosnischen Muslime selbst bestätigt.²³¹

Das Projekt kann sich dennoch der Unterstützung eines Teiles der führenden politischen VertreterInnen der Stadt Graz gewiss sein, auch da die Betreiber - wie es im September 2008 der formulierte Wunsch der damaligen ÖVP-Stadträtin Fluch war - „eine moderne Moschee, die sich architektonisch möglichst gut in die Architektur der westlichen Kultur einfügt“ er-

Bevölkerung das Recht auf Heimat auch ein Menschenrecht darstellt. Für mich sind jetzt vor allem die christlichen Kirchen gefordert, ihre falsch verstandene Toleranz endlich aufzugeben und für christliche Werte offen einzutreten. Denn Europa muß seinen abendländisch-christlichen Wurzeln verbunden bleiben und darf nicht weiter einer schleichenden Islamisierung ausgeliefert werden.“ (http://www.fpoe-stmk.at/fileadmin/Content/Steiermark/Bezirke/Bez._Graz-Stadt/FPOE_Uhrturm_Flugblatt_Minarett_f%C3%BCr_Graz.pdf)

²²⁹ 30.11.2009: „Eine rasche bundesweite Änderung der jeweiligen Raumordnungsgesetze auf Basis des Kärntner Modells, fordert heute der steirische BZÖ-Chef und Nationalratsabgeordnete Gerald Grosz in einer Reaktion auf die gestern durchgeführte Schweizer Volksabstimmung über ein Minarettverbot. „Ich glaube, dass gerade Kärnten hier einen sehr erfolgreichen und sachlichen Weg beschritten hat. Ohne Hysterie wurden die Raumordnungsgesetze geändert, der Bau von Minaretten unterbunden und damit eine emotionale Diskussion verhindert“, so Grosz. (http://www.bzoe-steiermark.at/aktuelle_themen/2009/2009_11_30_schweizer_minarette/index.htm)

²³⁰ 1.12.2009: „SERDAREVIC: Wir sind auf der Suche nach einem Grundstück in Puntigam, wo wir auch jetzt schon unser Gebetshaus haben. Konkretes wird sich im nächsten Jahr entscheiden.“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2009/12/01/enns/17/art-0174.html?mark=moschee>)

²³¹ 1.12.2009: Pläne einer gemeinsamen Großmoschee verfolgen die Vertreter der 30.000 steirischen Muslimen – die Hälfte davon lebt in Graz – derzeit aber nicht mehr. Die waren vor fünf Jahren noch ein Thema, weiß auch Ex-VP-Stadtrat Helmut Strobl, der damals von muslimischen Vertretern zu rechtlichen Umsetzung befragt wurde. „Jede Gruppe hat jetzt ihre eigenen Pläne,“ verrät Serdarevic. Für Kamel Mahmoud von der „Islamischen Glaubensgemeinschaft“, die vor allem die ägyptischstämmigen Muslime in Graz vertritt, ist der Bau einer Moschee kein Thema. Ihn sorgt derzeit eher die Entscheidung der Schweizer. Vor allem weil damit auch in Österreich politisches Kleingeld gewechselt werde, wie er befürchtet: „Ich erwarte, dass die rechten Parteien wie immer so etwas dazu benutzen werden, um gegen die Muslime Stimmung zu erzeugen.“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2009/12/01/enns/16/art-0163.html?mark=moschee>)

richtet wollen.²³² Dabei sollte auch ein (symbolisches) Minarett möglich sein.²³³



Als Vorbild für die Grazer Pläne dient ein Moscheebau im deutschen Penzberg²³⁴

²³² 1.12.2009: „Bosnische Muslime wollen 2010 in Graz eine Moschee mit Minarett bauen. Von der vor einigen Jahren geplanten „Großmoschee“ haben sich die verschiedenen Muslimengruppen verabschiedet. Nach dem Schweizer Minarett-Verbot, das international für Aufregung sorgt, hofft Emir Serdarevic, dass diese Entscheidung keinerlei Auswirkungen auf die steirischen Muslime hat: „Das wäre eine Schande“, so der Sprecher des „Kulturkreises der Muslimen“, der die Bosnischen Muslime in Graz vertritt – die größte Muslimengruppe in der Steiermark. Doch offenbar geht man hierzulande ohnehin einen anderen Weg: Denn die Bosnischen Muslime in Graz wollen 2010 den Bau einer Moschee in Angriff nehmen – mit dem Rückenwind der Politik. Die rund 1400 aktiven Vereinsmitglieder beten derzeit in einem kleinen Haus beim Grazer Zentralfriedhof im Bezirk Puntigam. Dort sei man auch auf Grundstückssuche, nächstes Jahr wolle man entscheidende Schritte setzen, sagt Serdarevic. Auch im Grazer Rathaus weiß man Bescheid und signalisiert Zustimmung: „Wenn es eine städtebaulich passende Lösung gibt, ist dagegen nichts zu sagen“, so Thomas Rajakovics, Sprecher von Bürgermeister Siegfried Nagl. „Wir wünschen uns eine moderne Moschee, die sich architektonisch möglichst gut in die Architektur der westlichen Kultur einfügt“, so Serdarevic. Da sollten alle zufrieden sein, auch wenn ein Minarett eingeplant werde. Als Referenzprojekt verweist Serdarevic auf die Moschee im bayerischen Penzberg, nahe München. Die habe sogar einen Architekturpreis gewonnen.“ (<http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2009/12/01/enns/16/art-0163.html?mark=moschee>)

²³³ 1.12.2009: „SERDAREVIC: Die Architektur soll modern sein und sich gut in die Umgebung einpassen. Ein Minarett, falls wir eines bauen, soll sich ebenfalls gut einfügen.“ <http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2009/12/01/enns/17/art-0174.html?mark=moschee>

²³⁴ <http://www.kleinezeitung.at/vorteilsclub/epaper/ausgabe/stmk/2009/12/01/enns/17/art-0172.html?mark=moschee>

Nur wenige Wochen später überrascht der steirische Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer (ÖVP) damit, dass er ebenfalls für ein Minarettverbot eintritt.²³⁵

Das Frühjahr 2010 bringt zwei konkrete Bauprojekte

Bereits im Februar²³⁶ und März 2010 wird medial öffentlich, dass es statt bisher nur einem nunmehr zwei Bauprojekte muslimischer Vereine in Graz gibt. Neben dem „Kulturkreis der Muslimanen“ ist es auch der Grazer Zweigverein des UIKZ-Dachverbandes in der Josef-Huber-Gasse, der konkrete Pläne für einen Bau bekundet.

Die bereits seit rund 15 Jahren mit dem Thema des Moscheenbaus befassten BeraterInnen für die steirische IGGIÖ versuchen weiterhin aktiv vermittelnd zu wirken, unter anderem durch einen Brief an alle Stadtregierungsmitglieder, in dem - nach dem Scheitern einer gemeinsamen Moschee für alle - nunmehr um Unterstützung für die beiden Projekte geworben wird.²³⁷ Von den führenden Parteien ÖVP, SPÖ und Grüne kommt laut Me-

²³⁵ 29.12.2009: „Der steirische ÖVP-Chef Hermann Schützenhöfer hat sich gegen den Bau von Minaretten in Österreich ausgesprochen. Eine Volksabstimmung ist für den VP-Chef aber nicht wünschenswert. Zum Jahreswechsel hinein ins Wahljahr 2010 schärft ÖVP-Chef Hermann Schützenhöfer seine Konturen: "Kein Bau von Minaretten in der Steiermark" - diese Botschaft setzte Schützenhöfer im "Gespräch zum Jahreswechsel" mit dem ORF gestern ab. Zwar wünsche er sich keine Volksabstimmung wie in der Schweiz, "weil sich Politiker vor solchen Entscheidungen nicht drücken dürfen", aber wenn eine solche Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt anstünde, würde er sich "ganz klar dagegen aussprechen". Gleichzeitig bekräftigte Schützenhöfer seine Forderung, die Kreuze in den Schulklassen zu belassen. Die ÖVP wolle ein Europa der Werte und nicht ein werteloses Europa. "So weit darf es nicht kommen, dass wir die Kreuze abhängen und Minarette bauen." (<http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/2250975/vp-chef-schuetzenhoefer-gegen-minarette-bau.story>)

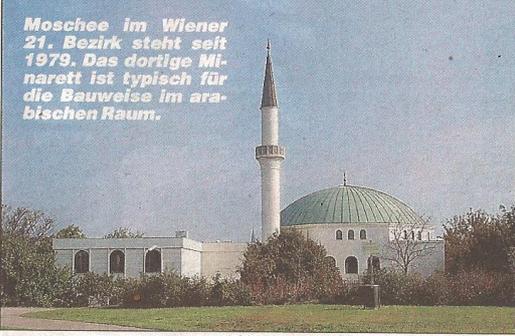
²³⁶ 15.2.2010: „Die Vorbereitungen für den Bau einer Moschee in Graz laufen derzeit auf Hochtouren. Altbürgermeister Alfred Stingl und Ex-ÖVP- Kulturstadtrat Helmut Strobl vermitteln zwischen der Stadt und den bosnischen Serben. Dem Vernehmen nach sollen auch türkische Muslime einen Moscheebau planen. Laut Serdarevic werden die Pläne für die Moschee schon im Frühjahr auf den Tisch gelegt. (<http://europenews.dk/de/node/29954>)

²³⁷ 4.4.2010: Wie von der "Krone" aufgedeckt, sollen in Graz zwei Moscheen gebaut werden: eine für bosnische, eine für türkische Muslime. Als Bindeglied zwischen der Stadt Graz und den Moscheen-Errichtern fungieren unter anderen Altbürgermeister Alfred Stingl (SPÖ) und Ex- ÖVP-Stadtrat Helmut Strobl. Ein Umstand, der für Irritation in allen Parteien sorgt und die FPÖ nun veranlasst, einen Sondergemeinderat zu den Moscheen zu verlangen. FPÖ-Klubobmann Armin Sippel: "Es kann nicht sein, dass dieses wichtige Thema Altpolitikern überlassen wird. Es gibt neue Gemeinderäte, die sich mit dem Thema auseinandersetzen müssen." Die FPÖ tritt, abgesehen vom BZÖ, als einzige Partei gegen einen Moscheebau ein. Sippel: "Ich will eine offene Diskussion. Die Mehrheit im Gemeinderat soll entscheiden und eine klare Linie der Stadt vorgeben." (...) (<http://europenews.dk/de/node/31268/>)

dien Zustimmung, Bürgermeister Nagl fordere aber „eine Bauweise, die zu Graz passt.“²³⁸

Freitag, 26. März 2010 **GRAZ EXTRA** Seite 21

Moschee im Wiener 21. Bezirk steht seit 1979. Das dortige Minarett ist typisch für die Bauweise im arabischen Raum.



Diese Moschee im deutschen Penzing soll, so Bürgermeister Siegfried Nagl, als Vorbild für das Projekt in Graz dienen.



Foto: Peter Tomesch

Bosnische Muslime als auch Türken wollen jeweils ihr eigenes Gotteshaus bauen / Ein Standort im Grazer Süden entlang der Mur / Ja von VP, Grünen, SP/Nein von FP, BZÖ

Graz
INOFFIZIELL
VON GERALD RICHTER



Zwei Moscheen für Stadt Graz

239

Da es von Seiten der FPÖ und des BZÖ weiterhin eine klare Ablehnung jedweder Moscheebauten (mit Minarett) gibt und diese gegen mögliche Umsetzungen ohne Einbindung des Gemeinderates sind, kommt es am 22. April 2010 zu einer Gemeinderatssitzung, welche sich speziell diesem Thema widmet und - durch Bürgermeister Nagl - auch erstmals die Nennung der beiden geplanten Standorte und den konkreten Umsetzungsstand der Projekte bringt

Von der FPÖ wird dabei - obwohl das Thema bereits seit den 1990er Jahren immer wieder in allen Parteien diskutiert wurde - „eine breite Diskussion, bevor andere Schritte eingeleitet werden können“ eingefordert, u.a. durch eine „politische Enquete“, der eine Volksbefragung folgen sollte.²⁴⁰ Die ver-

²³⁸ Kronen Zeitung, 26.3.2010, S. 21

²³⁹ Kronen Zeitung, 26.3.2010, S. 21

²⁴⁰ 22.4.2010: FPÖ-GR. Sippel: „Das Thema Moscheebau in Graz war ja in den letzten Tagen und Wochen auch wieder vermehrt in den Medien nachzulesen. Wie wir erfahren konnten, sind zwei Moschee-Großprojekte in Graz geplant, das zeigt natürlich auch, wie inhomogen die muslimische Bevölkerung da in Graz ist, auf der einen Seite haben wir die

waltungstechnisch übliche Abwicklung über ein behördliches Bauverfahren wird in diesem Szenario nicht erwähnt.

Gegen eine Volksbefragung wendet sich hingegen das BZÖ, das ebenfalls seine Strategie beibehält. Es möchte, das Kärntner Modell nachahmend, Raumordnung und Ortsbildschutz so interpretiert wissen, dass dadurch Moschee- und Minarettbauten, *„welche aufgrund ihrer außergewöhnlichen Architektur oder Größe von der örtlichen Bautradition wesentlich abweichen“*²⁴¹, verhindert werden können: *„Der Bau einer möglichen Moschee in Graz stelle eine Verletzung des Ortsbildes und eine nachhaltige Schädigung der Baukultur in Graz dar.“*²⁴²

Dem BZÖ-Antrag erteilt Bürgermeister Nagl eine Abfuhr, da ihm *„ein grundsätzliches Fehlverständnis der Rechtslage sowohl auf einfach gesetzlicher als auch verfassungsrechtlicher Ebene (...) zugrunde“* liege, da *„jedem rechtsstaatlichen Organ der Republik Österreich und somit auch dem Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz der Beschluss einer derartigen Verordnung als erkennbar mehrfach rechtswidrig untersagt wäre.“*²⁴³ Und der Grazer Bür-

türkischen Muslime, die eine Moschee wollen, auf der anderen Seite die bosnischen Muslime, die eine Moschee wollen, also das zeigt, dass man sich hier seitens der Muslime auch nicht einig ist. Und ich habe heute erfahren, bis jetzt ist das an mir vorbeigegangen beziehungsweise sind wir in dieser Richtung auch nicht informiert worden, dass ein konkretes Projekt bereits in der Finalisierungsphase ist, in der Lazarettgasse, ist sehr interessant, dass man das so nebenbei erfährt, hier hat es keine Einbindung der politischen Kräfte und schon gar nicht der Bürger gegeben. Es kann nicht sein, und das ist auch der Kritikpunkt, den die FPÖ hier übt, dass eine so eine wichtige Entscheidung des Moscheebaus in Graz einfach am wichtigsten politischen Gremium in dieser Stadt, am Gemeinderat, vorbeigespielt wird.“ (Protokoll der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 22. April 2010, S. 131f)

²⁴¹ BZÖ-GR Grosz (Protokoll der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 22. April 2010, S. 135)

²⁴² 14.4.2010: „Mit dieser Änderung der Bauordnung könne man ein verfassungsrechtlich sicheres Verbot von Moscheen durchsetzen. „Die sich uns allen immer häufiger darstellende Form des Islamismus - der sich offensichtlich nur auf die imperialistische Darstellung mittels Moscheen und Minaretten (...) beschränkt - stellt sich ganz klar gegen unsere demokratisch aufgeklärte Gesellschaft (...)“ Man werde daher einen „völlig unaufgeregten Weg“ mittels einer Änderung der Bauordnung gehen um dieses Thema „ein für alle Mal vom Tisch“ zu haben.“ (http://www.bzoe-steiermark.at/aktuelle_themen/2010/2010_04_14_moscheebau_graz/index.htm)

²⁴³ „Demgemäß entbehrlich ist auch die Ausarbeitung eines Entwurfes für ein Verbot von Bauten, welche auf Grund ihrer außergewöhnlichen Architektur oder Größe von der örtlichen Bautradition wesentlich abweichen ohne, dass es hierfür eine vorherige Beiziehung von Experten bedürfte, da zum einen die Begründung der befürchteten möglichen Verletzung des Grazer Ortsbildes und die nachhaltige Schädigung unserer Baukultur durch den Bau von weiteren überdimensionalen Sakralbauten durch den Bezug auf Moscheen, Minarette und damit dem Islam als Religion abstellt, was dem verfassungsrechtlich gewährleisteten Grundrecht auf Religionsfreiheit widerspricht, woran zum anderen auch die den Religionsbegriff vermeidende Umschreibung „in gestalterischer Hinsicht“ nicht zu ändern vermag. Die Prüfung schönheitlicher Rücksichten, Herr Grosz, ist vom Gesetzgeber den baurechtlichen Bewilligungsverfahren unter allfälliger Einbeziehung der Bestimmungen des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes vorbehalten und demgemäß rechtens nicht außerhalb der genannten Verfahren abhandelbar. Die Absurdität der Forderung, ohne die aus den genannten Gründen absolut unzulässige Einschränkung auf Sakralbauten aus der möglichen Verletzung des Grazer

germeister betont: „Es wird daher weiterhin die Sache des Baubewilligungsverfahrens sein, unter Beachtung ausschließlich städtebaulicher und/oder altstadtrechtlicher Gesichtspunkte völlig unabhängig vom Verwendungszweck zu prüfen, ob der Erteilung einer Baubewilligung Belange der Straßen-, Orts- und Landschaftsbildes bei im Anwendungsbereich des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes situierten Bauvorhaben das Einfügungsgebot entgegensteht oder nicht. Dies ist die offizielle Mitteilung unserer Bau- und Anlagenbehörde, damit hier überrechtliche Belange nicht wieder spekuliert werden kann.“²⁴⁴

Vorgelegte Baupläne - ein Zeichen von „Assimilation“?

Neben den bereits bekannten Standpunkten der generellen MoscheebaugegnerInnen beleuchtet die Debatte aber auch sehr wichtige Aspekte, die über die Grazer Situation weit hinausgehen, eines wohlwollenden Umgangs, Respekts und Dialogs zwischen kommunalen politischen VertreterInnen und BetreiberInnen religiöser Versammlungsräume.

Von Bürgermeister Nagl wird besonders erwähnt:

➔ Biographie der Betreiber

- des „bosnischen“ Bauprojektes: Alter, Beruf, sozialer Status, Bildungsstand und inländischer Ort des Bildungsabschlusses, Familienstand, Position der Ehefrau²⁴⁵
- des „türkischen“ Bauprojektes: inländischer Geburtsort²⁴⁶

Ortsbildes durch Größe und Baustil dominant in Erscheinung tretender und damit von der örtlichen Bautradition wesentlich abweichenden Objekte ein Bewilligungsverbot ableiten zu wollen, wird dann am Kunsthaus offenkundig.“ (Bürgermeister Nagl, ÖVP, Grazer GR-Sitzung vom 22.4.2010, S. 141f)

²⁴⁴ Bürgermeister Nagl, ÖVP, Grazer GR-Sitzung vom 22.4.2010, S. 142

²⁴⁵ „Die größte Gruppe, die Bosniaken, haben mit Dipl.-Ing. Emir Sertarewitsch, er ist Entwicklungsleiter von AMS in Unterpremstätten, einen jungen Vorsitzenden, der bereits in Graz maturiert und auch hier studiert hat. Seine Gattin ist gewählte Vertreterin unserem MigrantInnenbeirat. Er vertritt die Bosniaken, die sich zurzeit in einem Zentrum in der Hans-Gross-Gasse treffen (...)“ (Bürgermeister Nagl, ÖVP, Grazer GR-Sitzung vom 22.4.2010, S. 138)

²⁴⁶ Bürgermeister Nagl, ÖVP, Grazer GR-Sitzung vom 22.4.2010, S. 138

- ➔ Erwartete Problemlosigkeit der Bauverfahren, da sich die Bauwerber bei der „Art und Weise, wie gebaut wird (...) durch einen Bauwettbewerb, den die Stadt koordiniert, anleiten“ lassen wollen.²⁴⁷
- ➔ Finanzierung durch regionale Geldmittel²⁴⁸
- ➔ „Harmloses“ Aussehen des „türkischen“ Bauprojektes, „wie ein „Wohnhaus mit Satteldach, wie es bei uns im städtischen Wohnbau permanent da ist“²⁴⁹
- ➔ Betonung des „Wir-Gefühles“ durch Wettbewerb mit Ausrichtung für einen „modernen“ Bau des „bosnischen“ Bauprojekts.²⁵⁰



Von Bgm. Nagl vorgestellter Plan der „türkischen Moschee“ des Verbandes Union Islamischer Kulturzentren (UIKZ) ²⁵¹

²⁴⁷ Bürgermeister Nagl, ÖVP, Grazer GR-Sitzung vom 22.4.2010, S. 139

²⁴⁸ „Im Moment sind unsere Religionsgemeinschaften, von denen wir jetzt gesprochen haben, dabei, mit Spendenaufrufen und Spendenlisten hier regional das Geld aufzutreiben und Projekte zu verwirklichen.“ (Bürgermeister Nagl, ÖVP, Grazer GR-Sitzung vom 22.4.2010, S. 140)

²⁴⁹ „Liebe Mitglieder der freiheitlichen Partei, die ihr damit im Landtagswahlkampf punkten wollt, ich hoffe wirklich, dass das Bild, das ich jetzt herzeigen werde, heute und morgen und in den nächsten Wochen allen Grazerinnen und Grazern gezeigt wird, die großen Bauten sind bereits zum Teil eingereicht. In dem Fall zeige ich jetzt jenes Gebäude her, das ihr so bekämpfen wollt, das ist jenes Gebäude, das die türkische Gemeinschaft bereits im Bauamt vorge schlagen und eingereicht hat. Ich darf es heute hier herzeigen, ich will das hier ganz konkret tun, du sollst das einmal sehen (...). Das soll die Angst erregende Moschee sein? (...) ich weiß nicht, welchen Menschen es zumutbar sein soll, dass man immer im Hinterhof und in den schlimmsten Räumen, die es gibt, das Gebet verrichten soll. Das ist ein Wohnhaus mit Satteldach, wie es bei uns im städtischen Wohnbau permanent da ist. Im Erdgeschoss gibt es die Gebetsräumlichkeiten, darüber sollen Studentenwohnungen errichtet werden, über das reden wir im Moment und ich glaube es ist wichtig, einmal allen Menschen zu erzählen, das ist das, was hier geplant ist;“ (Bürgermeister Nagl, ÖVP, Grazer GR-Sitzung vom 22.4.2010, S. 140f)

²⁵⁰ „ (...) die Bosnier, die das Geld noch nicht parat haben, noch kein Grundstück gekauft haben, wollen aber mit uns einen städtebaulichen Wettbewerb machen, wo wir auch einmal zeigen können, wie ein Moscheebau, wie ein Kulturzentrum, wie ein Gebetsraum ausschauen kann ohne dass wir da gegeneinander losgehen und dass wir miteinander in dieser Stadt auch weiterhin friedlich leben, das ist einmal ein wichtiger Punkt.“ (Bürgermeister Nagl, ÖVP, Grazer GR-Sitzung vom 22.4.2010, S. 141)

Angesichts dessen meint Gemeinderätin Sigi Binder (Grüne): „(...) ich bin zum Teil sprachlos über die Form des Moscheenbaus, der heute vorgestellt wurde, ich bin sprachlos. Was hat das mit einem Sakralbau zu tun, mit dem wir doch immer wieder auch, wenn man auf Urlaub fährt usw. (...) dieser Bau ist für mich ein kahler, kalter Bau, das könnte sein ein Bankgebäude, ein Einkaufszentrum, irgendein anderer Bau, der aber mit nichts auch nur irgendetwas ausstrahlt, das gläubige Menschen suchen. (...) ich habe überhaupt kein Problem mit einer Moschee, die ein Minarett hat und zwar nicht so wie in Telvs (sic!) oder in Bad Vöslau, wo die Muslime selber sich schon nicht mehr trauen, ein wirklich sichtbares Minarett zu bauen, weil sie schon so plattgemacht sind, und mir ist der Begriff Assimilation wieder eingefallen. Ein sakraler Bau drückt das Selbstbewusstsein einer Religionsgemeinschaft aus, ein sakraler Bau drückt die Identität einer Religionsgemeinschaft aus, auch der Selbstverständlichkeit und da gehört für mich sehr viel Respekt dazu. Und wenn heute die islamische Religionsgemeinschaft sagt, plant ihr, liebe Grazer und Grazerinnen, beziehungsweise an die Politik gerichtet, plant ihr, wir mischen uns da gar nicht ein, ja um Gottes Willen, ich meine, wie weit sind wir denn?“²⁵²

Doch auch Gemeinderätin Binder kommt nicht ohne die Erwähnung - eigener - privater biographischer Details aus, um ihren Standpunkt für ihre Vorstellungen zur Ausgestaltung religiöser Bauten zu erläutern: „Ich gebe zu, ich gehöre keiner Religionsgemeinschaft an, weder einer anerkannten noch einer nicht anerkannten, aber eines können Sie mir glauben, ich respektiere, wenn gläubige Menschen einen Ort brauchen.“²⁵³

Von Interesse ist hier der Umstand, dass Binder sich („trotz“ der von ihr erwähnten fehlenden eigenen Zugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft) möglichst repräsentative, selbstbewusste Bauten für eine religiöse Gemeinschaft wünscht.

²⁵¹ <http://sosheimat.wordpress.com/2010/04/22/fix-graz-bekommt-2-moscheen/>

²⁵² GR Sigi Binder, Grüne, Grazer GR-Sitzung vom 22.4.2010, S. 144f

²⁵³ GR Sigi Binder, Grüne, Grazer GR-Sitzung vom 22.4.2010, S. 144

Für eine Bauweise, welche nach außen hin auf architektonisch „auffällige“ islamische Symbole verzichtet, stellt bereits Thomas Schmitt für Deutschland fest: *„In die vierte Kategorie der äußerlich unauffälligen Moscheeneubauten ohne auffällige islamische Symbole passen viele Neubauten des Verbandes Islamischer Kulturzentren (VIKZ), einschließlich der Bundeszentrale des Verbandes mit Internat und Moschee in Köln-Ehrenfeld (...). Die (religiöse) Vereinsarbeit „nach innen“ soll im Vordergrund stehen und nicht durch langwierige, öffentlich ausgetragene Konfliktfälle um äußere Symbole beeinträchtigt oder behindert werden.“*²⁵⁴

Postwendend unverhohlener Ärger bei BaugegnerInnen

Der Umstand, dass von Bürgermeister Nagl in der Gemeinderatssitzung die beiden Bauprojekte definitiv genannt wurden, mit Adressen und bereits mit beim Bauamt eingereichter Ansicht²⁵⁵, sorgt in der Folge bei den BaugegnerInnen für Unmut und negativen Zukunftsvisionen, so etwa beim mit viel Detailwissen ausgestatteten anonymen Poster „derpatriot“ auf der antiislamischen Website „SOS Heimat“: *„Liebe Grazer (innen), Wahltag ist Zahltag!!! Herr Nagl dürfte das Wahlergebnis seines Parteikollegen aus Telfs verschlafen haben. Uns würde auch interessieren wie der Dialog mit den Islamvertretern Graz aussieht? Die eine Seite fordert und fordert, die andere Seite muss akzeptieren! Zuerst die Moschee, dann die Minarette und später folgt*

²⁵⁴ Thomas Schmitt: Moscheen in Deutschland, Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung, Flensburg 2003, S. 83

²⁵⁵ Zwei Gruppen haben zurzeit Baupläne, die Bosniaken aus der Hans-Gross-Gasse und die Türken aus der Josef-Huber-Gasse. Die Bosniaken wollen ein Kulturzentrum in der Herrgottwiesgasse errichten, die Türken ein Kulturzentrum mit Gebetsraum, Studentenheim in der Lazarettgasse. (Bürgermeister Nagl, ÖVP, Grazer GR-Sitzung vom 22.4.2010, S. 139). Siehe auch: 25.4.2010: „Ein Kaufangebot für ein Grundstück in der Herrgottwiesgasse ist bereits beim Besitzer, derzeit wird es geprüft, seit einem Monat sammelt der Verein Geld. (...) "Wir haben schon mehr als 300.000 Euro gesammelt", sagt er. Wie man die Moschee finanzieren will? "Selbstgesteuert. Sobald der Grundstückskauf über die Bühne ist, erwarten wir mehr." (...) Architektonisch soll die Moschee "an Österreich angepasst sein". Also: „Modern sein und trotzdem den Islam richtig darstellen“, betont Serdaravic. Inklusiv Minarett. "Eine Moschee ohne Minarett ist wie eine Kirche ohne Glockenturm", sagt Mohammed Gowayed vom Islamischen Zentrum Graz. Der bosnische Plan: "Ein Minarett kann ja auch dezent sein", sagt Serdaravic. (...) "Unsere Moschee", sagt Serdaravic mit festem Blick, "würden wir für alle Muslime öffnen – und auch für Nicht-Muslime." Ein Zuhause sollen dort auch Kulturzentrum, Kindergarten, Sprachschule oder Infostand finden. "Das alles, was wir jetzt schon praktizieren", sagt er.“ (<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2341772/bauen-moschee.story>)

der Muezzin – immer das gleiche Spiel, zig Beispiele aus Deutschland belegen dies!!“²⁵⁶

Ähnliche Befürchtungen äußert die Grazer FPÖ-Nationalratsabgeordnete Susanne Winter: *„Wie viele Großmoscheen wird es in Graz geben? Wie viele davon werden ein Minarett haben?“, (...) Sie fordert Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) auf, die Wahrheit auf den Tisch zu legen und die 260.000 Grazerinnen und Grazer nicht schutzlos einer zunehmenden Islamisierung ihrer Heimatstadt auszusetzen.“²⁵⁷* Da bei subjektiven Unsicherheitsgefühlen das Benennen von Ängsten und Befürchtungen genügt, erübrigt sich auch hier das faktische Belegen derartiger Aussagen.

Besonders persönlich die Aussagen des BZÖ-Gemeinderats Grosz: er bezichtigt Bürgermeister Nagl nicht nur der Lüge, sondern empfiehlt ihm zudem, das präsentierte Gutachten der Grazer Bau- und Anlagenbehörde als Toilettenpapier zu verwenden.²⁵⁸

²⁵⁶ <http://sosheimat.wordpress.com/2010/04/22/fix-graz-bekommt-2-moscheen/>

²⁵⁷ 5.5.2010: "Das derzeitige Moscheen-Verwirrspiel ebnet den Weg für eine islamische Parallelkultur in Graz. Über 30 Gebetshäuser stehen den Muslimen derzeit zur freien Ausübung ihres Glaubens zur Verfügung, daher braucht es keine Großmoschee mit Minarett", stellt Winter fest. Sie erinnert daran, dass ein Minarett ein politisches Machtsymbol des Islam sei und nicht zur Religionsausübung benötigt werde, sondern einzig und allein den Alleinvertretungsanspruch dieser Religion manifestiere. (...) Eine beträchtliche Anzahl der Gebetshäuser und Gebetsräume seien mittlerweile zu universellen Verwaltungszentren herangereift, wo angefangen von der Verköstigung alles zu haben ist. "Die betreibenden Vereine tragen ihren Teil dazu bei, dass eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Abschottung von der übrigen Bevölkerung stattfindet", so Winter, die nochmals davor warnt, dass eine oder mehrere Großmoscheen in Graz die ohnehin schon vorhandene Parallelkultur noch weiter vorantreiben würden." (<http://www.fpoe-stmk.at/news-detail/news/fp-winter-moscheen-chaos-in-g/>)

²⁵⁸ „Der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl habe in der gestrigen Gemeinderatssitzung schlichtweg gelogen. Der von ihm präsentierte Entwurf für eine sogenannte „Moschee“ sei in Wahrheit der Entwurf für ein türkisches Kulturzentrum, eine zusätzliche Moschee in Graz samt überdimensionalem Minarett sei sehr wohl in Planung. „Was Nagl hier betreibt, ist zutiefst verwerflich. Abgesehen davon, dass er seinem ÖVP-Stimmvieh im Gemeinderat ein X für ein U verkauft, ist es schlichtweg verlogen, ein türkisches Kulturzentrum als „Moschee“ politisch zu verkaufen. Die katholische Kirche reicht ja auch keinen Kirchenbau bei den Baubehörden ein, wenn sie ein Jungszentrum baut. Für wie dumm hält Nagl eigentlich die Grazerinnen und Grazer?“, kritisiert der steirische BZÖ-Chef und Nationalratsabgeordnete Gerald Grosz die Initiative des Grazer Bürgermeisters, das geplante türkische Kulturzentrum als Ablenkungsmanöver für den Moscheebau in Graz zu nutzen. Zudem kritisierte der steirische BZÖ-Chef das von Bürgermeister Nagl beim Bauamt in Auftrag gegebene „Gutachten“, wonach der Dringliche Antrag des BZÖ für ein Bauverbot von überdimensionalen Sakralbauten „verfassungswidrig“ sei. „Abgesehen davon, dass die selbsternannten Rechtsexperten der Stadt die bisher in fast sämtlichen Rechtsbereichen geführten Verfahren vor dem Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof eindrucksvoll verloren hat und die Stadt Graz juristisch die Lachnummer Österreich ist, dürften die „Experten“ Nagls vergessen haben, dass der Inhalt des Antrages seit 2 Jahren unbestrittener Rechtsbestand einer widerstandslos in Kraft getretenen Bau- und Raumordnung eines österreichischen Bundeslandes ist. Der Bürgermeister kann daher dieses Blatt Papier bestenfalls für die Verrichtung seiner täglichen Bedürfnisse verwenden“, so Grosz.“ (http://www.bzoe-steiermark.at/aktuelle_themen/2010/2010_04_23_nagl_ruecktritt/index.htm)

Zum Rücktritt aufgefordert von Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker (Grüne) wird außerdem FPÖ-Stadtrat Mario Eustacchio, da dieser während der Debatte im Gemeinderat von seinem Laptop aus mehrmals Muezzinrufe abgespielt hatte.²⁵⁹

"Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten"

Die offensiven Aussagen des damaligen IGGIÖ-Präsidenten Anes Schafkeh, der im August 2010 den Wunsch äußert, dass es in jedem Bundesland zumindest eine sichtbare Moschee mit Minarett geben sollte, nehmen die GegnerInnen muslimischer Gebetsstätten zum Anlass, um diese generell als „Widerstandsnester einer demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Parallelgesellschaft“²⁶⁰ zu bezeichnen und die IGGIÖ als „Brutstätte des Islamismus“.²⁶¹ Und wie bereits des Öfteren, wird auch in diesem Zusammenhang ein Satz des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan zitiert, den dieser 1998 getätigt hat. Es ist ein Zitat aus einem religiösen Gedicht, das dem bereits 1924 verstorbenen Ziya Gökalp zugeschrieben wird: „Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufsteigen, bis wir am

²⁵⁹ <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/2340856/gruenen-chefin-fordert-fpoe-chef-zum-ruecktritt.story>

²⁶⁰ „ (...) der flächendeckende Bau von Moscheen in Österreich kommt sicher nicht in Frage und allein die Forderung aufzustellen ist bereits grenzwärtig. Diese schwachsinnigen Ideen werden auch durch die Wiederholung nicht besser, wir lassen es nicht zu, dass hier Widerstandsnester einer demokratiefeindlichen und menschenverachtenden Parallelgesellschaft gebaut werden. Solange Islamisten in unserem Land die Moscheen als Kasernen, die Minarette als Bajonette und die Kuppeln als Helme der Glaubenssoldaten sehen, kommen für uns solche Bauwerke einer zutiefst verachtenden Religionsausprägung nicht in Frage“, so BZÖ-Menschenrechtssprecher Abg. Gerald Grosz in einer Reaktion zu den Forderungen des selbsternannten Präsidenten der islamischen Glaubensgemeinschaft Anas Schakfeh. (...)“ (http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100822_OTS0010/bzoe-grosz-zu-shakfeh-brauchen-keine-widerstandsnester-einer-parallelgesellschaft-in-oesterreich)

²⁶¹ 24.8.2010: „Der steirische FPÖ Spitzenkandidat für die Landtagswahl, NAbg. Dr. Gerhard Kurzmann, reagierte bereits mit scharfer Ablehnung auf die Forderung von Anas Schackfeh, zumindest in jedem Bundesland eine Moschee mit Minarett zu bauen. (...) Kurzmann weiß: „Unter einer solchen Führung verkommt der islamische Glauben wirklich zu einer Brutstätte des Islamismus! Die in diesen Tagen aufgetretene Bezeichnung des Kurz Krenn des Islam ist überaus zutreffend.“ Daher, lässt Kurzmann abschließend wissen, steht die FPÖ als soziale Heimatpartei vehement gegen derartige Machtsymbole des Islamismus ein.“ (<http://www.fpoe-stmk.at/news-detail/news/fp-kurzmann-schakfeh-vertr/>)

Ziel sind. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“²⁶²

Nachdem die Bauwerber vom "Kulturkreis der Muslimanen" mehrmals betonen, dass auch sie sich sehr wohl ein Minarett für ihre geplante Moschee wünschen, wenn auch „*nicht riesig und im westlichen Stil dem Stadtbild angepasst*“,²⁶³ wird der Grazer Bürgermeister Nagl in den Medien mit der Aussage zitiert, dass er klare Vorstellungen habe, wie bzw. wie nicht ein solches Minarett aussehen solle. Unklar bleibt, inwiefern diese Vorstellungen nach politischen bzw. baurechtlichen Kriterien erfolgen.²⁶⁴ Der steirische Landeshauptmann Franz Voves (SPÖ) wird zitiert, dass die Höhe eines eventuell geplanten Minarettes nicht (nur) durch ein Behördenverfahren, sondern auch durch BürgerInnen entschieden werden solle. Ob damit eine – wie von der FPÖ vorgeschlagen – Volksbefragung gemeint ist, bleibt unklar.²⁶⁵

„Moschee ba ba!“

Die Aussagen des Landeshauptmanns erfolgen rund in Monat vor der Landtagswahl 2010. Ebenfalls zu dieser Zeit wird von der steirischen FPÖ im Internet ein Online-Spiel mit dem Titel „Moschee ba ba!“ präsentiert. Nach-

²⁶² http://de.wikipedia.org/wiki/Recep_Tayyip_Erdo%C4%9Fan

²⁶³ 24.8.2010: „Wie steht es damit in Graz? Tatsächlich gibt es bereits fortgeschrittene Pläne für ein Gotteshaus, und zwar für eines der bosnischen Gemeinde im "Kulturkreis der Muslimanen" (...). "Wir werden bald den Kaufvertrag für den Grund unterschreiben", sagt Vizeobmann Emir Serdarevic. Die Moschee soll in der Herrgottwiesgasse entstehen. Finanziert werde sie vor allem aus Spenden. Konkrete Pläne gibt es noch nicht, aber "sie soll modern sein", sagt Serdarevic. Zusammen mit der Stadt wird es einen Wettbewerb geben; der beste Plan soll umgesetzt werden. Ein Minarett, Symbol der Debatte um den Islam in Europa, "ist schon vorgesehen", so Serdarevic. "Aber nicht riesig und im westlichen Stil dem Stadtbild angepasst." (...)"

²⁶⁴ „Der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) lässt den bosnischen Muslimen nun über die Medien ausrichten, Minarette, die in den Himmel ragen, seien in Graz "nicht vorgesehen". Der Bau müsse so sein, dass weder die einen eingeschränkt noch die anderen provoziert werden.“ (http://www.kleinezeitung.at/steiermark/2455360/minarett-scheidet-geister.story)

²⁶⁵ 31.8.2010: „Voves: Wir haben Religionsfreiheit. Moscheen sollten daher kein Thema sein. Aber ob das baulich unbedingt das große Minarett sein muss, sollten Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit der Stadtpolitik entscheiden. (...) Ich bin einer, der stark auf die Sensibilitäten in der Bevölkerung eingeht.“ (http://www.falter.at/falter/2010/08/31/monopole-zerschlagen/). Siehe auch eine ähnliche Stellungnahme in: Kleine Zeitung, 14.9.2010, S. 29)

dem man möglichst viele Minarette mit Muezzinen abgeschossen hat, erscheint am Spielende der bedrohliche Satz: „Die Steiermark ist voller Minarette und Moscheen! Damit das nicht geschieht: Am 26. September Dr. Kurzmann und die FPÖ wählen!“ Der FPÖ-Politiker und der für das Spiel verantwortliche Schweizer Werber wurden im Oktober 2011 und schließlich rechtskräftig im März 2012 vom Vorwurf der Verhetzung freigesprochen.²⁶⁶

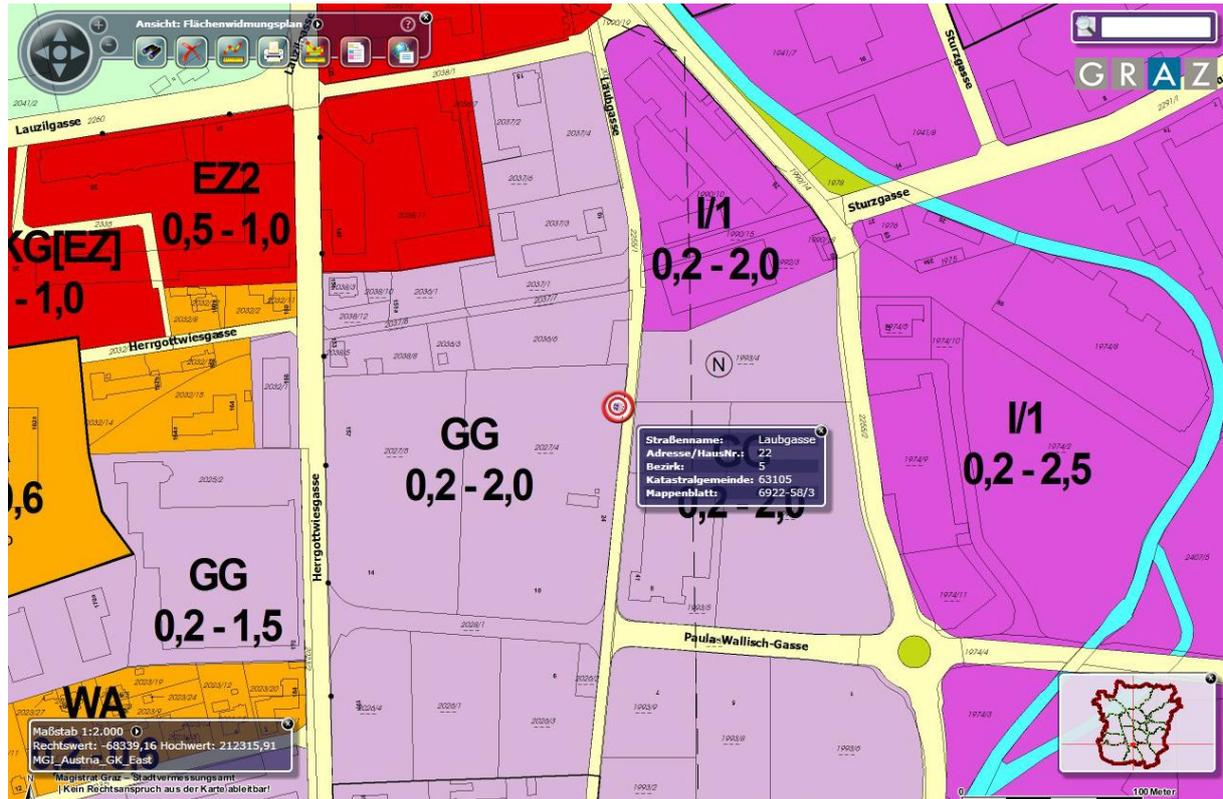


Das Online-Spiel „Moschee ba ba!“ im Herbst 2010

²⁶⁶ 13.3.2012: „Die Grenzen des Strafrechts sind nicht überschritten, die Grenzen des guten Geschmacks sind hier nicht Gegenstand der Verhandlung“, begründete der Richter die Entscheidung. (...) Laut dem Oberstaatsanwalt geht es bei dem Spiel, bei dem Muezzine weggeklickt werden mussten, um eine Emotionalisierung, um „Verächtlichmachung einer Religionsgemeinschaft“. (...) Kurzmann-Verteidiger Bernhard Lehofer führte dagegen ins Treffen, das sich über das Spiel in der Schweiz „kein Mensch aufgeregt hat“, und auch in der Steiermark hätten sich nur die politischen Gegner beleidigt gefühlt; außerdem würden die Muezzine nicht abgeschossen, sondern beim Anklicken im Minarett verschwinden, betonte der Anwalt. Der Richtersenaat kam nach kurzer Beratung zu dem Schluss, dass der Freispruch von Oktober 2011 richtig gewesen sei: Das Tatbild der Verhetzung sei nicht erfüllt, und „eine Tendenz, zum Hass aufzurufen, kann nicht erkannt werden“, führte der Richter aus. Damit ist der Freispruch für Kurzmann und Segert rechtskräftig. (...) Siehe dazu die Stellungnahme des Grazer Menschenrechtsbeirates vom 2.9.2010: „Das Minarett“spiel“ ist kein Scherz, sondern ernst zu nehmen und als unverantwortliche Provokation zu bewerten. Minarette oder Muezzins quasi „abzuschießen“ stellt eine Herabwürdigung oder Verspottung der islamischen Religionsgemeinschaft dar, (...) Schaden für das Ansehen der Steiermark und Österreichs im Allgemeinen ist bereits entstanden und kann noch weiter entstehen, weil das Minarett“spiel“ geeignet ist, das gute Zusammenleben mit den Muslimen in der Steiermark zu beeinträchtigen, indem es diese durch Beleidigung provoziert und ihre Religion – noch dazu mitten im Fastenmonat Ramadan – herabwürdigt und verächtlich macht beziehungsweise einer Religionsgemeinschaft die gleichberechtigte Nutzung des öffentlichen Raumes für die Ausübung abspricht. Eigentlicher Zweck des Minarett“spiels“ ist die Beantwortung eines Fragebogens, der unter anderem ein Verbot des Baus von Moscheen nahe legt. Ein derartiges Verbot wäre eine Verletzung des verfassungsrechtlich gewährleisteten Rechts auf freie Religionsausübung. Das „Spiel“ richtet sich an Nicht-Muslime und suggeriert Angst und Ablehnung vor Andersgläubigen. Es trachtet so, das „Wahlverhalten“ im Fragebogen zu einem rechtswidrigen Zweck zu manipulieren. (...) Das „Spiel“ beeinträchtigt nach Auffassung des Menschenrechtsbeirates daher die verfassungsrechtlich garantierten Menschenrechte auf Gleichbehandlung, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und Freiheit des Privatlebens. (...)“ (http://www.graz.at/cms/dokumente/10153821_3723110/96a6f121/stn_mrb_fp2010_.pdf)

November 2010: Die Planungen für das „Islamische Kulturzentrum“ des Vereins der „Muslimischen Gemeinschaft Steiermark“ starten

Am 14. November 2010 wird der Kaufvertrag zwischen der im Eigentum der Stadt Graz befindlichen „Holding Graz“ und dem Verein der „bosnischen“ Muslime für das Grundstück in der Laubgasse im Bezirk Gries unterschrieben.



Der Bauplatz für das „Islamische Kulturzentrum Graz“ liegt in einem Gewerbegebiet, weit entfernt von Wohngebieten²⁶⁷

In den folgenden Monaten geht es mit den Planungen für den Bau eines „Islamischen Kulturzentrums“ (neben einer Moschee soll ein Ausbildungszentrum mit Kindergarten, Bibliothek, Shops, Restaurant, Spielplatz, Park-

²⁶⁷ http://geodaten1.graz.at/WebOffice/synserver?client=flex&project=flaewi_3, Abfrage 8.2013

plätzen, Friseur, Fleischerei und einer Mehrzweckhalle errichtet werden)²⁶⁸ rasch voran.

Bereits im Jänner 2011 sind die Bauwerber des Islamischen Kulturzentrums in der Laubgasse mit der Baudirektion *„in regelmäßigem Kontakt und bereiten einen Bauwettbewerb vor. Die Moschee, sagen sie selbst, und es war auch in der Zeitung schon zitiert, soll modern und der Architekturstadt Graz würdig sein. Konkret gab es fünf Arbeitsgespräche, das nächste findet am kommenden Montag in der Baudirektion statt, dabei werden die Wettbewerbsunterlagen finalisiert werden.“*²⁶⁹

²⁶⁸ 22.11.2012: „Freitag, 14. November, 2010. Ein Tag, an dem das Kapitel der bosnischen muslimischen Gemeinde in Graz neu geschrieben wird. Denn an diesem für Muslime heiligen Tag hat Obmann Mahdi Mekic den lang ersehnten Kaufvertrag für jenes Grundstück in der Herrgottwiesgasse/Laubgasse in Puntigam mit der Holding Graz unterschrieben, wo einmal die erste steirische Moschee erbaut wird (...): als Herzstück eines Kulturzentrums (...) Zwei Millionen Euro - "davon eine halbe Million Spenden als Eigenkapital" - kosteten die 12.000 Quadratmeter Fläche, die für die 800 aktiven Familien Heimat und Kulturzentrum werden sollen. (...) Wie's weitergeht? "Wir planen, unser Kulturzentrum in vier Phasen zu bauen." Phase eins: ein Gebetshaus in zwei Stöcken, in dessen Hauptraum 500 Anbeter Platz haben sollen. Ein Vorsaalbereich sowie ein Bereich im zweiten Stock sollen so ausweitbar sein, dass bis zu 1000 Personen Platz haben. (...) Die Moschee, die sich der 33-jährige Manager und Vater von drei Kindern vorstellt, ist modern. "Wir werden keine traditionell orientalische Moschee in Graz bauen", betont der Obmann. "Ich hätte gerne ein mutiges, cooles Gebäude." Zur Demonstration packt der Manager, der Elektrotechnik und Informatik in den USA studiert hat, seinen Laptop aus und zeigt Fotos von einem Bau in Singapur, der deutschen Penzberger Moschee oder einen Plan von Rijeka. Zu sehen sind helle, transparente Bauten mit symbolischen Minaretten. Niemand soll denken, dort passe etwas Geheimes, sagt Mekic. Apropos Minarett: Es ist eines geplant, ein modernes. Das heißt, "nicht riesengroß, sondern symbolisch. Und: nicht aktiv, also ohne Muezzin." Die Moschee wird nur ein Teil des Kulturzentrums werden. "Wir beten fünf oder zehn Minuten, die meisten bleiben zwei Stunden." Zum Fußball- oder Schachspielen, Kaffeetrinken, Plaudern. Die Stadt Graz bekannte sich von Anfang an zur Moschee.“ (<http://www.kleinezeitung.at/g7/2566976/fahrplan-fuer-moschee.story>)

²⁶⁹ Bürgermeister Nagl in Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 20.1.2011, S. 36. 17.2.2011: „Und wenn Sie mich konkret fragen, was wir denn da vorhaben, im Moment gibt es die Gespräche mit Stadtplanung und Stadtbauverwaltung und jenem Architekten, der auch jetzt versucht, dieses Projekt zu starten, diese Ausschreibung zu machen, diese Einladung an Architekten und Architektinnen uns ein solches Projekt dann einzureichen, wie die Jury sich zusammensetzt und, und, und. Da gibt es gar kein Geheimnis und es wird gerade überlegt, da gibt es fünf Punkte, die wir von Seiten der Stadt als wichtig sehen, dass wir überhaupt dabei sind bei einem solchen Wettbewerb. Erstens die Optimierung

des Raum- und Funktionsprogramms, das muss uns natürlich der Projektwerber einmal abgeben, was möchte er dort tun. Zweitens: Ein Betriebsorganisationskonzept, das heißt, die Nutzungsoptimierung, was findet dort statt, wie kann man das bewältigen. Drittens: Die städtebaulichen Konzepte inklusive Umgebungsareal, das ist das, wo wir uns als Stadtplanungsteam hier einbringen. Viertens: Die Rückkoppelung dieses Programms mit der Politik im Planungsausschuss, da sitzen Sie dann auch mit dabei und fünftens, das Wettbewerbsverfahren einstufig, das zirka zehn bis zwölf Wochen dann dauern wird. Also es ist heuer noch damit zu rechnen, dass wir im Planungsausschuss damit beschäftigt werden, dann eine Jurysitzung haben, die wir auch gerne sehr öffentlich wieder machen wollen, wie wir es bei der Annenstraße gerade gemeinsam vorgestellt haben. Es wird einen Wettbewerb geben, dann wird ein Wettbewerbssieger da sein und dann wird diese Religionsgemeinschaft versuchen, nach den Plänen des Architekten auch dieses Projekt umzusetzen. Also kein Versteckspiel, gar nichts, jetzt wird intern gearbeitet, wir haben das, soweit ich weiß, haben wir das Bau- und Funktionsprogramm, auf das wir noch warten ist dieses Betriebsorganisationskonzept, wie viel Menschen sind dort, wie wird sich da der Verkehr und all diese Dinge dann regeln lassen (...) Selbstverständlich wird es unter Einbeziehung von Anrainern usw. gehen. Die werden im Rahmen des Bauverfahrens sowieso, aber Sie wissen, dass wir ja auch Bürgerbeteiligungsverfahren in der Stadtplanung und in der Stadtbauverwaltung leben und es gibt, wie gesagt, nichts zu verstecken, aber erst, wenn es soweit ist, können wir informieren.“ Bürgermeister Nagl in Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 17.2.2011, S. 29f (http://www.graz.at/cms/dokumente/10164725_410977/7a9242f4/110217_fragestunde2.pdf)

Für beide geplanten muslimischen Bauprojekte wurde weiters eine gemeinsame mehrsprachige Informationsbroschüre „Weltoffenes Graz“ herausgegeben²⁷⁰.

Von den KritikerInnen werden in der Folge ab Herbst 2010 und verstärkt im Jahr 2011 vor allem folgende Aspekte in die politischen Diskussionen eingebracht:

- ➔ a) die Höhe des geplanten Minaretts in der Laubgasse,
- ➔ b) die Frage, wie die geplante Moschee finanziert wird bzw. ob Finanzhilfen (von mehrheitlich muslimischen Staaten) zu einer „Radikalisierung“ beitragen würden
- ➔ c) die Ängste vor „radikalislamistischem Terror“ und Fragen zu Kontakten der „bosnischen“ Betreiber zu „radikalen Islamisten“

a) Minarett: von befürchteter Uhrturm-Höhe zum Symbolcharakter

Von der FPÖ wird sofort nach dem Grundstücksankauf des „Kulturkreises der Muslimanen“ im November 2010 der von der grünen Gemeinderätin Binder sieben Monate zuvor, im April 2010, im Gemeinderat getätigte Standpunkt hinsichtlich des Baues von Minaretten für eine Warnung vor einem „Riesen-Minarett“ genutzt.²⁷¹

²⁷⁰ http://www.islamgraz.org/wp-content/uploads/2011/09/Offenes_Graz.pdf

²⁷¹ 28.11.2010: „Weil die Muslime in Graz zur Vermeidung von Provokationen zu ihrer Moschee in der Lazarettgasse 26 kein Minarett errichten wollen, sind die Grünen jetzt "sprachlos über die Form des Moscheebaus". Die Grün-Gemeinderätin und Integrationssprecherin Sigrid Binder forderte daher in einer Gemeinderatssitzung den Bau einer Moschee im arabischen Stil, samt großem Minarett, wie es in denjenigen Ländern existiert, in denen man "auf Urlaub fährt". Von mickrigen Minaretten wie in Telfs oder Bad Vöslau hält Binder ebenfalls nichts: "Ich habe überhaupt kein Problem mit einer Moschee, die ein Minarett hat". Für die Grazer FPÖ-Nationalratsabgeordnete Susanne Winter, die schon im Gemeinderatswahlkampf 2008 vor dem Bau einer Groß-Moschee in der steirischen Landeshauptstadt gewarnt hat, ist die Chlorophyll-Truppe im Rathaus mit ihrer Minarett-Forderung völlig übergeschnappt: "Allen Bedenken und Sorgen der Bevölkerung zum Trotz will man Graz nämlich zum islamischen Zentrum für ganz Südostösterreich machen. Dabei verfolgt man dasselbe Motto wie in den anderen österreichischen Städten: Drüberfahren, auch gegen den Widerstand der Betroffenen", so Winter. Dank Schwarz-Grün komme Graz jetzt in den Genuss (sic!) von zwei neuen Moscheen, weil sich türkische und bosnische Muslime nicht auf eine gemeinsame Variante einigen konnten. Die FPÖ fordert unterdessen eine Volksbefragung über die geplanten Moscheen.“ (http://www.fpoe-stmk.at/news-detail/news/fpoe-winter-grazer-gruene-mit/?tx_thgenericlist%5B168%5D%5Boffset%5D=0&cHash=ecf63c64903b33534bf353077bc25d90)



Graz City of Moscheen

Zeitungsaufmacher im November 2010 mit Zitat vom April 2010²⁷²

Ende März 2011 sorgt die „Kronen Zeitung“ mit der Meldung für Aufsehen, dass von den bosnischen Betreibern des Bauprojektes in der Laubgasse ein 25-Meter-Minarett geplant sei. Damit sei es nur um drei Meter kürzer als das, allerdings einige Kilometer entfernt stehende, Grazer Wahrzeichen - der Uhrturm am Schlossberg. Noch am selbe Tag vermeldet die steirische FPÖ-Parlamentarierin Susanne Winter: *„Unser Uhrturm muss auch weiterhin Luft-höhe über Graz haben. Der wahnwitzigen Forderung der bosnischen Muslime muss von Bürgermeister Nagl umgehend eine klare Absage erteilt werden. Mega-Minarett im arabischen Stil sind keine Zeichen freier Religionsausübung, sondern sichtbare Herrschaftssymbole, die nach der Ausbreitung des Islam in neue Gefilde errichtet werden.“*²⁷³

²⁷² <http://www.youtube.com/watch?v=v9gyvjDheB4>

²⁷³ http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110330_OTS0267/fpoe-winter-kein-mega-minarett-in-graz

Mittwoch, 30. März 2011 **GRAZ EXTRA** Seite 21

Graz
INOFFIZIELL
VON GERALD RICHTER

Der Uhrturm misst 28 Meter – das Minarett der bosnischen Muslime sollte fast genauso hoch werden!

Nicht jeder im Rathaus ist von den beiden geplanten Moscheen so begeistert wie VP-Bürgermeister Siegfried Nagl...

Und so wurde der „Krone“ nun zugetragen, dass das Minarett der von den bosnischen Muslimen in der Herrgottwiesgasse geplanten Moschee 25 Meter hoch werden soll.

Grazer sind nicht prinzipiell gegen eine Moschee. Die Sorge ist aber groß, dass Moscheen Anziehungspunkte für radikale Muslime sind.

Die „Krone“ berichtete ja unlängst von Radikalen, die auch in Graz ihr Unwesen treiben – und bei einer Veranstaltung die Dschihad-Fahne, also die Kriegsflagge des Mohammed, geschwungen haben, was einen absoluten Tabu-Bruch in Graz darstellt. Im Visier der

PHOTO: CHRISTOF BIRBAUMER, SEPP FAL



Das 25-Meter-Minarett

274

Bereits am nächsten Tag weiß das selbe Medium zu berichten: „Für dieses Areal gibt es keine Bebauungsplanpflicht - welcher Bau genehmigt wird, entscheidet allein das städtebauliche Gutachten von Stadtplanungs-Chef Heinz Schöttli. Chef von Schöttli ist Bürgermeister Siegfried Nagl (VP). Der hat, wie berichtet, ein Machtwort gesprochen: Keine Moschee im arabischen Stil, kein 25-Meter-Minarett! (...) Wie hoch das Minarett in der Herrgottwiesgasse werden soll, ist noch unklar: "Wir arbeiten gemeinsam mit der Stadt an einer Machbarkeitsstudie", so Serdarevic. (...) dass Stadtplanungschef Schöttli gegen den Wunsch Nagls eine arabische Moschee mit Riesenminarett gutheißt, ist ausgeschlossen. (...) Noch dazu ist Schöttli Schweizer - und die haben bekanntlich wenig Freude mit Minaretten. Übrigens: Muezzin soll es bei den Bosniaken keinen geben ...“²⁷⁵

Ende April 2011 ist dann klar: „Das Minarett betreffend gehen alle Seiten auf Nummer sicher: "Nicht im orientalischen Stil" ist eine der Vorgaben. Maximal die ortsübliche Höhe, lautet eine andere. (...) Das geplante Gebetshaus in der Herrgottwiesgasse war schon mehrmals Sitzungsgegenstand. (...) Es wird "ein symbolisches Minarett. Ohne eine Stiege, ohne Lautsprecher, ohne

²⁷⁴ Kronen Zeitung, 30.3.2011, S. 21

²⁷⁵ Kronen Zeitung, 31.3.2011, S. 20

Balkon oder dergleichen", berichtet ein Sitzungsteilnehmer. Die acht bis zehn geladenen Architekturbüros sind angehalten, ihre Entwürfe "nicht im orientalischen Stil" zu gestalten. Ein transparenter, ein offener Stil werde bevorzugt. Weiteres Limit: "Das Minarett darf die ortsübliche Höhe, das sind etwa 15 bis 18 Meter, nicht überschreiten", heißt es in der Stadtbaudirektion."²⁷⁶

Im Mai 2011 sind die Unterlagen für den Architekturwettbewerb für die Entwürfe zum Bau des Islamischen Kulturzentrums erstellt.²⁷⁷ Hinsichtlich der Auswahl eines Siegerprojektes betont Bürgermeister Nagl selbst, dass in der Wettbewerbs-Jury die Stadt Graz die Stimmenmehrheit besitzt.²⁷⁸ Der im September 2011 präsentierte Siegerentwurf für den Bau des „Islamischen Kulturzentrums Graz“ sieht schließlich *„als Symbol für den muslimischen Glauben“* ein 22 Meter hohes, nicht begehbares Minarett vor. *„Es wird allerdings keine Funktion haben, sagt der Sprecher der bosnischen Muslime, Mahdi Mekic: „Es war unser Wunsch, ein symbolisches Minarett zu haben, es ist nicht aktiv, ohne Muezzin. Wir möchten uns gut anpassen und niemanden durch unsere Gebete stören.“ Für Bürgermeister Nagl ist damit eine jahrelange Diskussion beendet.“²⁷⁹* Die FPÖ bleibt hingegen bei ihrer prinzipiellen Ablehnung des Minarettes, unabhängig von Nutzung, Gestaltung und

²⁷⁶ Kleine Zeitung, 29.4.2011, S. 31. Vgl. dazu auch die Ausschreibung: „Ein Minarett ist geplant: In seiner Größe zum stadträumlichen Kontext passend, nicht orientalisierend, eine zeitgemäße Interpretation des Themas wird erwartet, nicht aktiv, d.h. ohne Muezzin, ohne Lautsprecher, ohne Aufstieg und Umgang“ (http://www.architekturwettbewerb.at/data/media/med_binary/original/1317377099.pdf, S. 25)

²⁷⁷ Auslobung: „Das Ziel ist es angemessene zeitgenössische Architektur umzusetzen und dabei Aspekte zeitgemäßer islamischer Kultur zu berücksichtigen. Das islamische Kulturzentrum ist für eine Frequenz von maximal 1000 Personen (gleichzeitig im gesamten Zentrum) ausgelegt. Durch Betrieb des Restaurants und der anderen Geschäftslokale (z.B. Friseur, Nahversorger etc.), die Sport-Aktivitäten in der Mehrzweckhalle, das Jugendzentrum, das tägliche Gebet, den Kindergarten etc. ist mit der Anwesenheit von einigen hundert Personen, über den gesamten Tag verteilt zu rechnen.“ (http://www.architekturwettbewerb.at/data/media/med_binary/original/1317377099.pdf, S. 15)

²⁷⁸ 11.6.2011: „Wie von Bürgermeister Siegfried Nagl (ÖVP) stets angekündigt, wird den Planern ein "symbolisches Minarett" ohne Funktion "in ortsüblicher Höhe" (15 bis 18 Meter) vorgeschrieben. (...) Den Juryvorsitz hat Architekt Alfred Bramberger aus Graz. Er und seine Kollegen sollen Mitte September über den Sieger entscheiden.“ (<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2764433/gruenes-licht-vom-land-fuer-grosse-parkraumkontrolle.story>) 7.7.2011: Nagl: „Und er hat angesprochen, dass sich eine Gruppe von Bosniern abgespalten hat von jener Gruppe von Bosniern, die mit uns gemeinsam in der Stadtplanung auch in einem Wettbewerb, in dem im Übrigen die Stadt Graz auch in der Jury die Mehrheit darstellt, damit man nicht diese Debatten über Gebetstürme etc. haben“ (Bürgermeister Nagl: Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 7. Juli 2011, S. 186)

²⁷⁹ 22.9.2011, <http://steiermark.orf.at/news/stories/2502624/>

Höhe, denn es „sei das Minarett - begehbar oder nicht – jedenfalls als Siegeszeichen des Islam zu sehen.“²⁸⁰



Geladenes anonymes Gutachterverfahren

zur Erlangung von baukünstlerischen Vorentwurfskonzepten für das

IKG - Islamisches Kulturzentrum Graz

Ausloberin:
MUSLIMISCHE GEMEINSCHAFT STEIERMARK
KULTURKREIS DER MUSLIME
 Hans Groß Gasse 13, 8055 Graz

281

²⁸⁰ 22.9.2011, http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110922_OTS0168/fpoe-winter-islamisches-kulturzentrum-in-graz-foerdert-parallelkultur

²⁸¹ Gutachterverfahren, Mai 2011
 (http://www.architekturwettbewerb.at/data/media/med_binary/original/1317377099.pdf)

b) Grazer Moscheen als (mögliche) Treffpunkte für Terrorverdächtige?

Aufgrund verschiedener Medienberichte²⁸² und Ereignisse (Mitführen einer Dschihadfahne bei einer Demonstration im Februar 2011²⁸³, Infostände von Salafisten auf Grazer Plätzen im Frühjahr 2011²⁸⁴, Einschätzungen des steirischen Landessicherheitsdirektors Josef Klamminger im Juli 2011²⁸⁵

²⁸² 5.2.2011: „Islamisten in der Stmk.? In einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „News“ plaudert ein Insider aus dem Nähkästchen: Junge Männer sollen in Moscheen in Graz rekrutiert worden sein und sich derzeit in einem Terrorcamp in Pakistan aufhalten. Wie groß ist die Gefahr des radikalen Islamismus wirklich? 14 Gebetshäuser gibt es in Graz. Vier davon gelten als bedenklich, weil dort Stimmung gegen westliche Werte gemacht wird. Diese Einrichtungen werden regelmäßig vom Staatsschutz observiert. (...) Ebenfalls ein Faktum ist, dass islamistische Vordenker auf Einladung von Vereinen - wie etwa des der Muslimbruderschaft nahestehenden „Liga Kulturvereins“ - immer wieder Vorträge in Graz halten. Dass Muslime in der Murstadt rekrutiert und in Terrorcamps in Pakistan ausgebildet werden, hält ein Beamter zumindest für „möglich“. Dennoch müsse man die Kirche im Dorf lassen: Dafür, dass radikale Gruppen von Graz aus Anschläge vorbereiten würden, gebe es derzeit keine Anhaltspunkte.“ (<http://sosheimat.wordpress.com/2011/02/05/turken-bande-uberfallt-funf-jugendliche/>)

²⁸³ 17.2.2011: FPÖ-Sippel: „Am 4. Februar haben wir dann eine Demonstration anlässlich der Unruhen in Ägypten, auch in Graz erlebt, (...) es haben sich unter die Demonstranten eine Gruppe bosnischer Islamisten (...) hineinreklamiert, die dort die Dschihad Fahne, die Kriegsflagge Mohammeds auch mitgeführt haben, (...) und daraufhin wurde in einer Zeitung, in der Steirer Krone, auch ein Staatspolizist vom Verfassungsschutz zitiert, der in diesem Zusammenhang von einer unter Anführungszeichen möchte ich einmal sagen „kleinen radikalen Zelle“ unter den bosnischen Moslems in Graz zu berichten wusste. Wir reden hier von 150 bis 250 Radikalen in Graz. (...) Und daher möchte ich auch folgende F r a g e an Sie richten: Sind Sie als Bürgermeister und zuständiger Stadtsenatsreferent angesichts der vorliegenden Tatsachen bereit, Ihre Haltung zum Moscheebau in unserer Stadt zu überdenken?“ (FPÖ-Gemeinderat Sippel in Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 17.2.2011, S. 24f)

²⁸⁴ 4.7.2011: „Auf dem Vorplatz steht ein Partyzelt. Männer verteilen Broschüren mit Inhalten aus dem Koran. (...) Und sie werben um Mitglieder. Wer möchte, kann zu den Salafisten konvertieren. Jene, die zum Übertritt bereit sind, werden gefilmt. Das Video wird ins Internet gestellt. Drei solcher Veranstaltungen hat es bereits gegeben. Weitere sollen folgen, einmal im Monat. Das Landesamt für Verfassungsschutz hat bereits ein Auge auf diese Gruppe geworfen. (...) Die Freiheitlichen haben das Thema „radikaler Islamismus“ aufgegriffen. Der FP-Landtagsklub hat an Landesrätin Bettina Vollath eine schriftliche Anfrage eingebracht. Der Grazer FP-Klubchef Armin Sippel fordert von Bürgermeister Siegfried Nagl, den geplanten Bau der bosnischen Moschee zu stoppen.“ (<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2778797/extreme-islamisten-werben-partyzelt.story>)

²⁸⁵ 4.7.2011: „Der Islam ist nicht das Thema“, sagt Sicherheitsdirektor Josef Klamminger. „Der Islamismus und seine terroristische Form bereitet uns Kopfzerbrechen. (...) Die Zahl der Personen, die der radikalen Szene zuzuordnen seien, bewege sich allein in der Landeshauptstadt im zweistelligen Bereich. (...) Das Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung legt auf diese Gruppen ein besonderes Augenmerk. Aber die Möglichkeiten sind begrenzt. Der Sicherheitsdirektor erklärt, warum: „Es gibt in Graz 17 Gebetshäuser und 17 Vereine, denen Muslime aus verschiedensten Ländern angehören. Die Religionsausübung erfolgt auf Vereinsbasis. Da haben wir nicht viel Möglichkeiten einzugreifen. Wir wissen nicht, was hinter den Mauern der Gebetshäuser und innerhalb der Vereine passiert.“ In Graz sind zwei Moscheen geplant. „Mit der türkischen Moschee haben wir kein Problem“, bemerkt Klamminger. „Mit der bosnischen schon.“ Man befürchte, so der Sicherheitsdirektor, dass der Bau der bosnischen Moschee von radikalen Gruppen unterstützt wird. Erst im Februar 2011 stürmten 600 schwer bewaffnete Polizisten das Dorf Gornja Maoca in Bosnien-Herzegowina, nahmen zahlreiche radikale Islamisten fest und hoben ein Waffenlager aus. Das auf einem Hügel gelegene Dorf oberhalb der Savaebene hat sich in den vergangenen Jahren von dem ebenfalls von Muslimen bewohnten Dorf Donja Maoca abgeschottet. Gornja Maoca gilt als Zentrum des radikalen Islam. Klamminger: „Wir wissen, es gibt Verbindungen in die Steiermark. Deshalb bereitet uns der Bau der bosnischen Moschee solches Kopfzerbrechen.“ Unabhängig davon fordert der steirische Sicherheitsdirektor die Politiker auf, eine rechtliche Grundlage zu schaffen, damit die Religionsausübung auf Vereinsbasis öffentlicher wird. „Jetzt läuft alles im Geheimen ab. Es ist gesetzlich kaum möglich, einzudringen, weil die Vereins- und Versammlungsfreiheit ein Grundrecht ist. Wir

und des Grazer Polizeidirektors Alexander Gaisch im November 2011,²⁸⁶ Besuch des äußerst umstrittenen deutschen Aktivisten Pierre Vogel in einer Grazer Moschee im März 2012²⁸⁷) werden von der FPÖ ab dem Jahr 2011 mehrere Versuche, vom Grazer Gemeinderat²⁸⁸ bis zum Parlament²⁸⁹,

brauchen daher neue Gesetze, ähnlich des Verbotsgesetzes, dass wir tätig werden können." (<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/2777984/diese-entwicklung-besorgniserregend.story>). Dazu die „Stellungnahme des Menschenrechtsbeirats der Stadt Graz zur öffentlichen Debatte, ausgelöst durch den Artikel "Diese Entwicklung ist besorgniserregend" von Hans Breitegger, Interview mit Sicherheitsdirektor Josef Klamminger vom 4. 7. 2011 in der Kleinen Zeitung: (...) Der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz ist der Meinung, dass die gemeinsame Darstellung von Befürchtungen vor radikalen islamistischen Einflüssen in der Steiermark in Zusammenhang mit dem geplanten Bau einer Moschee geeignet ist, islamophoben Stimmungen Vorschub zu leisten, weil diese Darstellung pauschalierende Verdächtigungen gegenüber muslimischen MitbürgerInnen bosnischer Herkunft der Stadt Graz nahelegen. Dies kommt einer Einschränkung der freien Religionsausübung gleich. (...) Um ein menschenrechtskonformes Zusammenleben in der Stadt Graz möglich zu machen, ist pauschalierenden Verdächtigungen gegenüber Gruppen, in diesem Fall muslimischen MitbürgerInnen bosnischer Herkunft, eindeutig entgegenzutreten, da sie das Grund- und Menschenrecht auf freie Religionsausübung, welches auch den Bau einer Moschee umfasst, in Frage stellen können und die Einschränkung ihrer garantierten BürgerInnenrechte in Graz im öffentlichen Diskurs eine gewisse Legitimation erlangt.“ (<http://www.graz.at/cms/beitrag/10175128/3722883/>)

²⁸⁶ 13.11.2011: „GAISCH: Ich gehe davon aus, dass der Großteil der in Graz lebenden Muslime ein geordnetes, rechtschaffenes Leben führen möchte. Ich sehe aber auch andere Fakten: Dass wir eine Bewegung in Graz haben, die mit der Dschihad-Fahne (*steht für den Eroberungskampf des Islams, Anm.*) öffentlich am Hauptplatz in Erscheinung getreten ist. (...) Es gibt 17 Vereine aus der Türkei, Tschetschenien, Afghanistan, die in Gebetshäusern ihrer Religion nachgehen. Da sind gemäßigte und radikale Gruppen darunter. Eine Handvoll Menschen pflegt einen radikalen Lebensstil, trifft sich mit radikalen Bewegungen. (...) Wir hatten vor Jahren einen Brandanschlag in der Idlhofgasse und es hat Verdachtsmomente der Terrorismusfinanzierung gegeben. Ich kann es nicht beweisen, aber es würde mich wundern, wenn es in Graz nicht so wäre. *Warum ist der Moscheebau aus Ihrer Sicht problematisch?* GAISCH: Ich habe nichts dagegen, solange sie für alle da ist. Und die Finanzierung sollte kein Geheimnis sein. Für ihre Moschee in der Herrgottwiesgasse haben die Bosnier Kosten von zwölf Millionen Euro genannt. Das kann nicht durch die Vereinsmitglieder allein finanziert werden. Wir vermuten, dass ausländische, wohl saudi-arabische Kräfte dahinterstecken. In Bosnien war das so und dort gibt es heute Probleme. (...) *Die Moschee als Hort der Radikalisierung?* GAISCH: Im Worst Case. Das wird nie ein offensichtlicher Radikalismus sein. Schwertkämpfer werden nie kommen, wir werden langsam unterwandert. Diese Bevölkerungsgruppe hat mehr Kinder, einen anderen Lebensstil. Sie machen das recht geschickt mit einem Bau, in dem viele Menschen Platz haben. Das wird mehr als eine Moschee: ein kulturelles, soziales Zentrum mit Kindergarten. (...) Es kommt ein anderes Kulturgut rein, das wird größer. Das ist nicht unmittelbar gefährlich. Aber wenn die Politik hier nicht gegensteuert, halte ich es für gefährlich für unser Demokratieverständnis. (...) *Sie werden ja auch sukzessive in die politischen Vertretungen kommen, in den Gemeinderat und in den Landtag. (...) Sollte die Politik Moscheen verhindern?* GAISCH: Das ist gesetzlich nicht möglich. Aber die Politik muss Schlupflöcher schließen, damit ausländische Quellen bei uns solche Bauten nicht finanzieren können.“ (<http://www.kleinezeitung.at/g/2876732/werden-langsam-unterwandert.story>)

²⁸⁷ 7.3.2012: „Ein islamischer Verein hat für 16. März den deutschen Islamisten Pierre Vogel zu einem Vortrag nach Graz eingeladen. Der deutsche Konvertit wird von vielen als "Hassprediger" eingestuft. Er setzt sich unter anderem für die Steinigung von Ehebrecherinnen ein. In einer Pizzeria in der Lagergasse sollte Vogel zu rund 150 Menschen sprechen. Daraus wird nichts: "Wir haben die Veranstaltung untersagt", so Oberstleutnant Joachim Huber von der Pressestelle der Polizei. Die Pizzeria hat dafür keine Betriebsstättengenehmigung, auch an einem anderen Ort darf Vogel keinen Vortrag halten: "Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes würden wir das ebenfalls untersagen", so Huber.“ (<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2964251/polizei-untersagt-graz-hasspredigt.story>)

²⁸⁸ 7.7.2011, Sippel: „Einerseits kann es nicht das Ziel eines demokratischen Staates sein, Grundrechte auszuhöhlen und Angehörige einer Glaubensgemeinschaft pauschal zu verurteilen oder zu bespitzeln, andererseits gilt es, unsere Gesellschaft vor radikalen Strömungen und Einflüssen zu schützen. (...) Weil wir die Vertreter der bosnisch-muslimischen Gemeinde in Graz nicht pauschal inkriminieren wollen, muss im Gemeinderat die Tatsache diskutiert werden, dass sich mit einem Moscheebau dieses Ausmaßes auch radikal islamistischen Zellen die Tür in unsere Gesellschaft öffnet, was letztlich als Zeichen einer Einladung an islamistische Kreise im gesamten südeuropäischen Raum verstanden wird. (...) Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht, an das Innenministerium

unternommen, um das bereits begonnene Bauprojekt in der Grazer Laubgasse noch zu stoppen.



März 2012: Die FPÖ sieht sich durch Grazer Medienberichte bestätigt²⁹⁰

der Republik Österreich heranzutreten, um eine Auskunft hinsichtlich folgender Fragestellungen zu erbitten. 1. Kann ausgeschlossen werden, dass zwischen in Graz lebenden bosnischen Muslimen - gleichgültig ob diese in Vereinen organisiert sind oder nicht - und radikal islamistischen Zellen in Bosnien-Herzegowina Verbindungen bestehen? 2. Kann ausgeschlossen werden, dass sich unter der bauwerbenden Gruppe der bosnisch - muslimischen Gemeinde in Graz Strömungen befinden, deren Auslegung des Islams als radikal - islamistisch bezeichnet werden muss und die sich somit im Widerspruch zu unserer Rechtsordnung befinden? 3. Besteht die Gefahr, dass durch den Bau einer Moschee der bosnischmuslimischen Gemeinde in Graz Personenkreisen mit radikal - islamistischem Gedankengut ein Versammlungsort geboten bzw. ein Rekrutierungsnetzwerk für terroristische Zwecke geschaffen wird? 4. Ist ein terroristisches Gefahrenpotential, wie es der heimische Verfassungsschutz in Wien aufgedeckt hat, für Graz auszuschließen? Der Gemeinderat wolle abschließend beschließen: Bis zum Vorliegen der entsprechenden Informationen und Antworten werden seitens der Stadt Graz sämtliche Unterstützungstätigkeiten im Zusammenhang mit dem geplanten Moscheebau der bosnisch-muslimischen Gemeinde, die über das gesetzlich vorgeschriebene Ausmaß hinausgehen, eingestellt.“ (FPÖ-Gemeinderat Sippel, Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 7. Juli 2011, S. 181-183)

²⁸⁹ 9.7.2011: FPÖ-Abg. Kunasek: „Der Sicherheitsdirektor bestätigt nun, dass es auch Verbindungen in die Steiermark gibt. Laut eigenen Aussagen bereitet ihm der Bau einer bosnischen Moschee in Graz ‚Kopfzerbrechen‘. Wenn das nicht besorgniserregend ist, was dann?“ In diesem Zusammenhang stellte Kunasek nun eine parlamentarische Anfrage an Innenministerin Mikl-Leitner: „Wir wollen wissen, ob das Innenministerium Aufzeichnung über radikale Muslime, die sich in Graz oder der Steiermark niedergelassen haben, führt. Außerdem soll die Frau Innenminister darlegen, welche Maßnahmen getroffen werden, um der Gefahr radikaler Strömungen in Graz entgegen zu wirken!“ (<http://www.fpoestmk.at/news-detail/news/fpoe-kunasek-radikaler-isl/>)

²⁹⁰ Der Uhrturm, FPÖ-Zeitschrift, März 2012, S. 8

Von den Befürwortern des Moscheebaus, wie dem Grazer Bürgermeister Nagl, wird hingegen zum einen klar unterschieden zwischen Islamisten und jenen MuslimInnen, welche in Graz Baupläne verfolgen bzw. Mitgliedsvereine der IGGIÖ sind. Zum anderen wird betont, dass öffentlich zugängliche Bauten besser wären als derzeit kaum kontrollierbare Vereinsräumlichkeiten in Hinterhöfen.²⁹¹

Mai 2012: Grundsteinlegung

Parallel zu dieser Kritik werden die Vorbereitungen zur Ermöglichung des Baues des „Islamischen Kulturzentrums“ weitergeführt. Nach der Kür des Siegers des Architekturwettbewerbes werden alle Wettbewerbsprojekte im Herbst 2011 öffentlich präsentiert²⁹² und bereits Anfang November 2011 kann das islamische Opferfest von den Gläubigen des „Kulturkreises der Muslimanen“ am zukünftigen Bauplatz gefeiert werden.²⁹³

Nachdem es im Rahmen des behördlichen Bauverfahrens keine Einwendungen gibt, findet Mitte Februar 2012 bereits die Bauverhandlung statt und in der Folge wird die Baubewilligung erteilt.²⁹⁴

²⁹¹ Bgm. Mag. Nagl: (...) Ich selbst habe ständigen Kontakt, auch mit der Sicherheitsdirektion in der Steiermark und unterscheide sehr deutlich und sehr klar zwischen Religionsgemeinschaften, die sich friedlich an die Stadt Graz wenden, um ihre Bauprojekte durchzuführen und jenen radikalen Gruppierungen, die es in allen Religionsgemeinschaften gibt (...) Im Visier der Verfassungsschützer ist ausschließlich der Islamismus, welcher zweifellos die größte Bedrohung für den Islam selbst, für Angehörige anderer Religionen und Konfessionsfreiheit darstellt. (...) In Graz gibt es im Moment 14 Vereine, viele davon sind nicht radikal, wohl aber sind es etwa 100 bis 150 Personen, die als fundamentalistisch einzustufen sind (...) Der offizielle Islam in Österreich hat sich davon voll und ganz distanziert (...) Es ist uns wesentlich lieber, dass es künftig Versammlungsorte, Kulturzentren oder Moscheen gibt, die öffentlich zugänglich sind, wo wir wissen, was passiert und nicht Vereine, ich sage jetzt in Hinterhöfen existieren, wo nicht einmal die Polizei aufgrund unseres sehr liberalen Vereinsgesetzes überhaupt einen Zugang hat und wir gar nicht wissen, was sich dort alles abspielt.“ (Bürgermeister Nagl in Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 17.2.2011, S. 25-27)

²⁹² 7.10. 2011: „Alle neun Projekte des Wettbewerbs für die Grazer Moschee sind bis 21. Oktober im Bauamtsgebäude zu sehen. Vergleichen Sie selbst die Entwürfe.“ (<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2848560/moschee-schauen-gehen.story>)

²⁹³ Kleine Zeitung, 8.11.2011, S. 12

²⁹⁴ 11.2.2012: „Nach dem im September vorigen Jahres abgeschlossenen Architekten-Wettbewerb fand am Mittwoch dieser Woche bereits die Bauverhandlung statt. Der ursprünglich noch für heuer vorgesehene Baubeginn wird aber doch erst eher Anfang nächsten Jahres sein. "Da es bei der Bauverhandlung keinerlei Einwendungen gegeben hat, steht einer Baubewilligung nichts mehr im Wege. Der Bescheid wird in den nächsten Wochen erstellt", bestätigt Thomas Rajakovics im Büro des für die Bau- und Anlagenbehörde zuständigen Bürgermeisters Siegfried Nagl. Einem Baubeginn stünde dann nichts mehr im Wege, meint der Nagl-Sprecher (...).“ (<http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2945299/moscheebau-erst-2013.story>)

Am 12. Mai 2012 kommt es im Rahmen einer großen Feier mit rund 4.000 Menschen zur Grundsteinlegung²⁹⁵ für das ambitionierte Bauvorhaben des Vereins, der sich im April 2012 in "Islamisches Kulturzentrum Graz" umbenannt hat.²⁹⁶



GRUNDSTEINLEGUNG

ISLAMISCHES KULTURZENTRUM GRAZ



12. Mai 2012
Laubgasse 22 • Graz • Österreich

Programm

Freitag, 11. Mai 2012
13:00 Uhr • Freitagsgebet
19:00 Uhr • Mevlud

Samstag, 12. Mai 2012
11:30 Uhr • Tag der offenen Tür
13:00 Uhr • Mittagsgebet
ab 14:00 Uhr
Feierliche Grundsteinlegung



Dr. Mustafa Cerić
Reisu-l-ulema (Großmufti) der Islamischen Gemeinschaft in Bosnien und Herzegowina

Dr. Fuat Sanaç
Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich

und zahlreiche Gäste aus dem religiösen, kulturellen, politischen, gesellschaftlichen, diplomatischen und wirtschaftlichen Umfeld werden uns an diesem Tag die Ehre erweisen.

Nicht gefasst werden konnten jene TäterInnen, welche einige Tage vor der Grundsteinlegung Schweinekopfhälften am Baugelände deponiert und das dort aufgestellte Festzelt mit Blut bespritzt hatten.²⁹⁷

²⁹⁵ <http://www.graz.at/cms/beitrag/10193736/4613098/>

²⁹⁶ <http://www.islamgraz.org/aboutus/>

²⁹⁷ <http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/politik/3014521/anti-moschee-aktion-graz-abscheulich.story>

In der Folge wird mit dem Bau begonnen und im Dezember wird bereits die Fertigstellung des Kellers des Foyers der Moschee vermeldet.



298

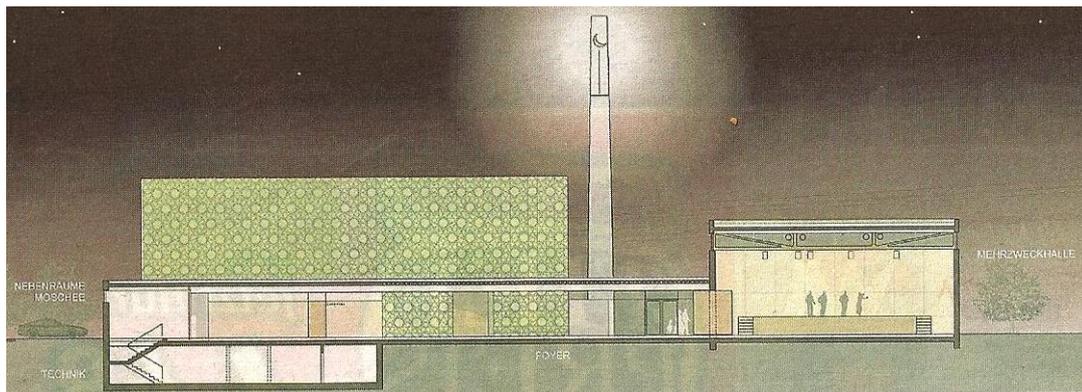
Im Jahr 2013 schreiten die Bauarbeiten langsamer voran, was auch an der finanziellen Lage des „Islamischen Kulturzentrums in Graz“ liegt, so Aldin Bektas: *„Es kommen ständig Spenden rein, aber wir brauchen für ein solches Projekt natürlich immer eine größere Summe, die man in der Hinterhand hat, damit man weiterbauen kann, weil mit 20.000 oder 30.000 Euro können wir gar nichts machen. Wir schauen, dass wir wieder eine größere Summe zusammenbekommen, damit wir dann ein ganzes Stück weiterkommen.“*²⁹⁹

Damit verbunden sind die bereits seit Beginn der Diskussion um das Bauprojekt immer wieder gestellten Mutmaßungen bezüglich der Finanzierungsfrage.

c) Frage der Finanzierung aus dem (arabischen) Ausland

²⁹⁸ <http://www.islamgraz.org/2012/12/baustatus-der-mosche/>

²⁹⁹ <http://steiermark.orf.at/news/stories/2585866/>



Acht Millionen Euro kostet die Moschee der Bosniaken – fließt dafür Geld aus Saudi-Arabien?

Wer zahlt Moschee wirklich?

300

Bereits seit 2011 wird von den BetreiberInnen und der Stadt Graz immer wieder betont, dass zum einen keine öffentlichen Gelder³⁰¹ und zum anderen keine Gelder aus dem arabischen Raum kommen.³⁰² Da die in der Ausschreibung angegebenen Kosten bei 8 Millionen Euro netto³⁰³ liegen, werden von Medien und KritikerInnen allerlei Mutmaßungen und Berechnungen aufgestellt: *„Wir können es natürlich nicht beweisen, aber wir trauen uns zu behaupten, dass hier wohl Gelder von den Wahabiten aus Saudi Arabien geflossen sein muss! Wenn allerdings Bürger und Politiker dies nicht näher hinterfragen und keinen Widerstand gegen diesen Mega-Moschee-Bau in Graz*

³⁰⁰ Kronen Zeitung, 17.11.2011, S. 18

³⁰¹ 14.8.2012: „Für Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl haben sich die zwei Jahre intensiver Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den bosnischen Muslimen gelohnt: „Wir bekommen eine moderne Moschee, die ins Stadtbild einer zentraleuropäischen Stadt des 21. Jahrhunderts passt, von einem Grazer Architekten entworfen wurde und von muslimischen Grazern gebaut wird!“ Die Stadt fördern keine Sakralbauten, daher obliege die Finanzierung des Acht-Millionen-Euro-Baus der muslimischen Glaubensgemeinschaft.“ (www.gat.st: nachrichten: Islamisches Kulturzentrum Graz,)

³⁰² 31.3.2011: Rund 500.000 Euro haben, die bosnischen Muslime, die Bosniaken, für den Moscheen-Bau beisammen. Bosniaken-Sprecher Emir Serdarevic: "Aus dem arabischen Raum kommt kein Cent. Das ist alles unser Geld, inklusive Spenden aus ganz Österreich." (Kronen Zeitung, 31.3.2011, S. 20)

³⁰³ http://www.architekturwettbewerb.at/data/media/med_binary/original/1317377099.pdf, S. 16. 11.2.2012: Die Finanzierung des rund acht Millionen Euro teuren Projekts soll über Spenden und Kredite erfolgen. Über 700.000 Euro an Spendengeldern sollen schon bereitliegen. <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2945299/moscheebau-erst-2013.story>

leisten, sind sie selber Schuld, wenn Graz zu einem Zentrum für Islamisten wird und die nächste Generation mit dem Muezzin-Ruf geweckt wird.“³⁰⁴

Befürchtet wird, „dass Geld aus Saudi-Arabien nach Graz fließen muss (wie angeblich für eine Moschee in Bosnien) - und mit dem Geld auch Einfluss genommen wird auf die "Politik" des Grazer Imams und somit auch auf die Moschee-Gänger. Fundamentalistische Strömungen, so die Befürchtungen, könnten Einzug halten. Wer zahlt, schafft schließlich an ...“³⁰⁵

Im Frühjahr 2013 wird dazu von der FPÖ im Parlament eine Anfrage³⁰⁶ mit 25 Fragen³⁰⁷ gestellt, welche u.a. Fragestellungen enthält wie: *„Konnte festgestellt werden, ob der Bau der bosnischen Moschee in Graz zumindest teilweise mit Geld aus Saudi-Arabien finanziert wird? - Wurden diesbezüglich bereits Ermittlungen angestellt? - Konnte festgestellt werden, ob der Bau der bosnischen Moschee in Graz zumindest teilweise mit Geld aus dem Umfeld des bosnischen Dorfes Gornja Maoca finanziert wird? - Konnte festgestellt werden, ob der Bau der bosnischen Moschee in Graz zumindest teilweise mit Geld aus*

³⁰⁴ <http://sosheimat.wordpress.com/2011/10/18/der-heilige-krieg-auf-dem-balkan-und-bald-in-graz/>

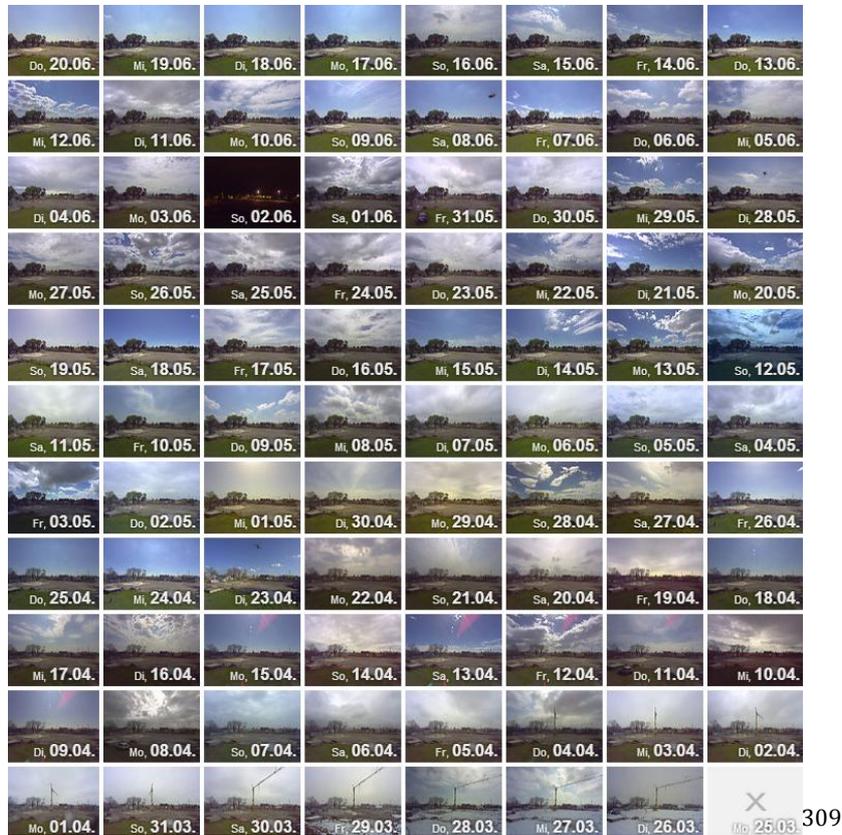
³⁰⁵ Also rechnen wir kurz nach: Um die nötigen acht Millionen Euro aufzubringen, müsste jede Familie, die beim Verein ist, 10.000 Euro spenden. Eine utopische Summe. Mekic rechnet vor, dass allein in Graz 20.000 Muslime leben und nicht nur die Vereinsmitglieder spenden würden. Schon möglich, dass diese Rechnung aufgeht (auch wenn in Graz "nur" 4600 echte Bosnier leben). Skepsis ist dennoch angebracht. Man wird sehen, wer die Rechnung für die Moschee am Ende begleicht. (Kronen Zeitung, 17.11.2011, S. 18)

³⁰⁶ 21.4.2013: „Wird Bosnische Moschee In Graz Zum Islamistentreff? Der Bau einer bosnischen Moschee in der steiermärkischen Landeshauptstadt Graz führt zu Verunsicherung in der Bevölkerung und ruft auch die Sicherheitsbehörden auf den Plan. Die Moschee mit Kindergarten und Versammlungsräumen, deren Bau nach jüngsten Berichten schneller als geplant vonstatten geht, könnte zu einem Zentrum des Salafismus werden. Die FPÖ-Nationalratsabgeordnete Susanne Winter will von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) daher Auskunft, wie die Sicherheitsbehörden mit der potentiellen Gefährdung durch diesen mutmaßlichen Islamistentreff umgehen werden. (...) In ihrer Anfrage zitierte Winter den Sicherheitsdirektor des Landes Steiermark, der sich bereits 2011 gegenüber der *Kleinen Zeitung* über den Bau der Moschee (...) beunruhigt gezeigt hatte. Auch der Polizeidirektor von Graz, Alexander Gaisch, stimmte in den Chor der Mahner ein. Gaisch verwies in der *Kleinen Zeitung* auf potentielle Hintermänner aus dem arabischen Raum: „Wir vermuten, dass ausländische, wohl saudi-arabische Kräfte dahinterstecken. In Bosnien war das so und dort gibt es heute Probleme. Diese Absicht ist für mich auch in Graz erkennbar.“ Insbesondere die Kontakte ins zunehmend islamistisch unterwanderte Gebiet von Bosnien-Herzegowina bereiten den lokalen Polizeiverantwortlichen Sorge. Winter möchte nun den Stand der Erkenntnisse erfragen. Mikl-Leitner soll Auskunft geben, ob Bau und Betrieb der bosnischen Moschee in Graz mit Geld aus Saudi-Arabien finanziert wurden und werden. Auch Geldflüsse aus Bosnien interessieren die engagierte freiheitliche Islamkritikerin Winter.“ (<http://koptisch.wordpress.com/2013/04/21/wird-bosnische-moschee-in-graz-zum-islamistentreff/>)

³⁰⁷ Kurz hingegen fällt die Beantwortung durch die Innenministerin aus: „Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt: Zu den Fragen 1 bis 25: Diesbezüglich liegen keine Erkenntnisse vor. Ermittlungen gegen natürliche sowie juristische Personen sind nur bei Vorliegen entsprechender gesetzlicher Voraussetzungen möglich.“ (http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_14099/fname_307690.pdf)

dem Umfeld von Muslimbruderschaften finanziert wird? - Konnte festgestellt werden, ob der Bau der bosnischen Moschee in Graz zumindest teilweise mit Geld aus Katar finanziert wird?“ Befürchtet wird nämlich von Seiten der FPÖ: „Außer Gebetsräumen wird die Moschee soziale Einrichtungen wie etwa einen Kindergarten umfassen. Dadurch ist besondere Aufmerksamkeit geboten. Schließlich könnte sich die Moschee unter diesen Umständen leicht in ein Zentrum der gesellschaftlichen Desintegration und systematischen Radikalisierung von Kindern und Jugendlichen werden.“³⁰⁸

Die Baufortschritte des Islamischen Kulturzentrums lassen sich übrigens durch eine eigene Webcam im Stundentakt und im Rückblick nachvollziehen.



309

f) Ein trotz Protesten realisiertes Bauprojekt in Knittelfeld

³⁰⁸ Anfragetext siehe: http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/I/I_14393/fname_297399.pdf

³⁰⁹ <http://www.bergfex.at/sommer/graz/webcams/c6143/?archive=1>

Neben den beiden – trotz parteipolitischem Gegenwind – in der Umsetzungsphase befindlichen Projekten in Graz, wird – im Gegensatz zu Leoben – in **Knittelfeld** ein ebenfalls von der lokalen FPÖ attackiertes Projekt umgesetzt.

- Nachdem sich 2009 in Knittelfeld ein Islamischer Verein gegründet hat³¹⁰, wird im November 2010 von einem FPÖ-Mandatar im Gemeinderat die Frage gestellt, ob in der Stadt ein „Islamisches Zentrum“ geplant sei. Zu diesem Zeitpunkt war das noch unklar.³¹¹
- Nach längerer Objektsuche findet im Juli 2011 in der Bahnstraße 15 eine Bauverhandlung zur Umwidmung eines ehemaligen Geschäfts- und Wohngebäude in ein „(Islamisches) Kulturzentrum“³¹² statt.
- Im August 2011 wird die lokale FPÖ aktiv, deren Parteilokal in Sichtweite zum neuen Islamischen Zentrum steht. Der stellvertretende FPÖ-Bezirksobmann Siegfried Oberweger fürchtet laut Medienberichten „radikale islamische Vereinigungen“. Bemängelt wird von ihm auch, dass die FPÖ angeblich „lange nicht über die Existenz dieses Vereins informiert“ wurde. Und es wird in den Raum gestellt: „viele Bürger, die sich jetzt bei uns beschweren, wussten nichts davon.“³¹³
- Die FPÖ verstärkt ihre Aktivitäten im Sommer 2011 mit dem Verschicken eines antiislamischen Flugblattes, um BürgerInnen über eine wie auch immer geartete "islamische Gefahr" aufzuklären. Im FPÖ-Flugblatt werden u.a. islamfeindliche Aussagen des damaligen südsteirischen katholischen Pfarrers Tropper zitiert. VertreterInnen des Pfarrergemeinderats und der katholische Pfarrer in Knittelfeld distanzieren sich in einem Schreiben von den zitierten Äußerungen Troppers.³¹⁴

³¹⁰ <http://zvr.bmi.gv.at/Start>

³¹¹ <http://neu.kleinezeitung.at/steiermark/murtal/2550012/ein-besucher-viele-themen.story>

³¹² http://www.knittelfeld.at/mediaCache/Kundmachung_Bauverhandlung_Islam_Kulturzentrum_20_624875.pdf

³¹³ <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/murtal/2821690/fpoe-diffamiert-knittelfelder-islam-verein-flugblatt.story>

³¹⁴ <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/murtal/2821690/fpoe-diffamiert-knittelfelder-islam-verein-flugblatt.story>

Dafür kämpfen wir: Zugestellt durch Post.at

KEIN islamisches Kulturzentrum in Knittelfeld!



ABGELEHNT
FPÖ gegen die
Öffnung des Zentrums!

JOSEF KLAMMINGER
Sicherheitsdirektor Steiermark (Kleine Zeitung 04.07.2011)
*„Die Entwicklung des Islam in der Steiermark ist besorgniserregend“
... „Islamische Vereine können wir nicht kontrollieren“ ... „Radikale
islamische Verbindungen gibt es auch in der Steiermark“*

NOCH FRAGEN?

KARL TROPPEL
Pfarrer aus St. Velt (Kleine Zeitung 11.03.2011)
*„Der Islam ist reiner Rassismus“ ... „Der Koran ist eine Hetzschrift“ ...
„Muslime kann man nicht integrieren“ ... „Der Islam ist ein
Politsystem, das nicht einmal eine Religion ist“ ...
„Moscheen waren nie ein Gotteshaus, alle
Kriege sind von dort ausgegangen“*

www.fpoe-stmk.at




F.d.L.: FPÖ Steiermark - Regionbüro Knittelfeld - Bahnstraße 12, 8720 Knittelfeld

315

³¹⁵ <http://www.kpoe-steiermark.at/download.php?f=0f5c4e743056a524b1bb74d2ca62d921>

NEIN zum islamischen Kulturzentrum in Knittelfeld!

Ing. Siegfried Oberweger
 Stadtparteioobmann der FPÖ-Knittelfeld und Gemeinderat
„Bürgermeister Schafarik hat auf mehrere Fragen der FPÖ in den Gemeinderatssitzungen zum islamischen Kulturzentrum keine Auskunft gegeben. Er hat sich immer über die für ihn scheinbar unangenehmen Fragen hinweg geschwindelt. Das ist keine Informationspolitik durch den Bürgermeister!“

Dominik Modre
 FPÖ-Gemeinderat in Knittelfeld
„Die FPÖ hat in Knittelfeld aber auch in umliegenden Gemeinden bereits zahlreiche Gespräche mit besorgten Bürgern geführt. Darum sagen wir als ‚soziale Heimatpartei‘: Kein islamisches Kulturzentrum in Knittelfeld, die FPÖ startet dagegen eine Unterschriftenaktion!“

www.fpoe-stmk.at

FPO DIE SOZIALE HEIMATPARTEI 

ABGELEHNT
Ihre Unterschrift zählt!

Petition gegen die Eröffnung eines islamischen Kulturzentrums in Knittelfeld
 Die Unterzeichner sind GEGEN die Eröffnung eines islamischen Kulturzentrums in Knittelfeld.

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten elektronisch erfasst werden um weitere Informationen zu erhalten. Alle Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.
 Bitte LESERLICH ausfüllen! Email Adresse, wenn vorhanden, bitte unbedingt angeben!

Nr.	Vor- und Zuname	Straße, Hausnummer, PLZ, Ort	Geburtsdatum	E-Mail-Adresse	Unterschrift
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					
8.					
9.					
10.					
11.					
12.					
13.					

Unterschriften bitte an: FPO Landespartei Steiermark Regionalbüro Knittelfeld, Bahnhofstrasse 12, 8720 Knittelfeld, Tel.: +43 (0)3512 46 66 Email: knittelfeld@fpoe-stmk.at

316

- Anfang September 2011 veranstaltet die FPÖ in Knittelfeld mehrere Infostände und sammelt dabei Unterschriften „gegen die Eröffnung eines Islamischen Kulturzentrums in Knittelfeld“: „Ein islamisches Kulturzentrum inmitten unserer Heimatstadt Knittelfeld? Als Vertreter der ‚sozialen Heimatpartei‘ stehe ich dem zugegebenermaßen sehr skeptisch gegenüber. (...) Die FPÖ lehnt daher die Errichtung eines islamischen Kul-

³¹⁶ <http://www.kpoe-steiermark.at/download.php?f=0f5c4e743056a524b1bb74d2ca62d921>

turzentrum in der Steiermark ab und tritt auch öffentlich dagegen auf.“³¹⁷ Hiermit wird deutlich, dass es der Knittelfelder FPÖ nicht um das konkrete Bauprojekt geht und etwaige damit verbundene Widmungsthematiken oder Auswirkungen auf die Nachbarschaft. Ziel ist die prinzipielle Verhinderung muslimischer Zentren bzw. Gebetsräume aufgrund der generell ablehnenden Haltung der FPÖ gegenüber muslimischen Gläubigen in der Steiermark.

- Im Herbst 2011 wird nach mehrmonatiger Umbauzeit das „Islamische Zentrum“ in Knittelfeld eröffnet. Dennoch wird das positiv abgewinkelte Bauverfahren von der Knittelfelder FPÖ nicht akzeptiert. Stattdessen wird im November 2011 in einem Brief des FPÖ-Parlamentariers Wolfgang Zanger und von FPÖ-Gemeinderat Siegfried Oberweger eine angeblich "fehlende Informationspolitik" hinsichtlich des muslimischen Versammlungsraumes bemängelt.
- Im November 2011 warnen die FPÖ-Szenarien vor dem Entstehen von Parallelgesellschaften in Knittelfeld und mit Bezug auf angeblich 1.100 Unterschriften gegen den religiösen Versammlungsraum der Muslime in Knittelfeld vor einer angeblichen Moschee mit Minarett.³¹⁸ Obwohl das Bauamt darauf hingewiesen hat, dass keine baulichen Veränderungen in Bezug auf die Höhe geplant sind, ist dies der FPÖ nicht genug: „Es bleibt abzuwarten, ob das auch der Wahrheit entspricht. Wir fordern eine höhenmäßige Beschränkung, da wir in Knittelfeld keine Moschee mit Minarett haben wollen!“ Der dementsprechende FPÖ-Dringlichkeitsantrag im Gemeinderat wird abgelehnt.³¹⁹
- 2013: Obwohl der Betrieb des muslimischen Versammlungsraumes keine ortsunüblichen Auswirkungen auf die Nachbarschaft hat, bleibt die FPÖ bei ihrer grundlegenden ablehnenden Haltung: So meinte FPÖ-NR Abg. Zanger: „Wir wollen keine Islamisierung unserer Heimat. Zu den Kulturvereinen hat uns eine aktuelle Studie, die ein türkischstämmiger

³¹⁷<https://www.facebook.com/notes/fp%C3%B6-steiermark/kein-islamisches-kulturzentrum-in-knittelfeld/216340431752667>

³¹⁸ <http://www.kleinezeitung.at/steiermark/murtal/oberweg/2872575/ruede-worte-den-buergermeister.story>

³¹⁹ <http://www.wolfgang-zanger.at/bezirksorganisation-knittelfeld.php>

Professor der Uni Wien veröffentlicht hat, bestätigt: Der Knittelfelder Verein scheint darin ebenso wie zahlreiche andere in der Steiermark auf, jedoch gehört gerade dieser Verein zu einer Dachorganisation, die von Integration nicht viel hält. Die Lehrer und Vortragenden, die in den Räumen dieses Vereins unterrichten, werden in der Türkei ausgebildet!“ Derartige Entwicklungen will Zanger verhindern: *„Integration ist und bleibt eine Bringschuld!“*³²⁰

Neben der in den letzten Jahren intensivierten Bekämpfung von neuen Standorten muslimischer Versammlungsräume gibt es an mehreren Standorten von muslimischen Gebetsräumen überdies teilweise bereits Jahre andauernde Konflikte, welche u.a. auf Nachbarschaftskonflikten, der religiösen Praxis und Ausrichtung der BetreiberInnen, aufgrund der Nichterfüllung behördlicher Auflagen und teilweise auch basierend auf ablehnenden Haltungen gegenüber dem Islam basieren.

³²⁰ <http://www.wolfgang-zanger.at/bezirksorganisation-knittelfeld.php>